

DER KAMPF

SOZIALDEMOKRATISCHE MONATSSCHRIFT

JAHRGANG 6

1. NOVEMBER 1912

NUMMER 2

Josef Seliger (Teplitz): Zum Parteitag

Die von der Parteivertretung vorgeschlagene provisorische Tagesordnung lenkt die Arbeit des nächsten Parteitages in der Hauptsache auf das Gebiet des inneren Parteilebens, der Ausgestaltung und Festigung unserer Organisation. Drei Punkte der Tagesordnung: Berichte, Aenderung des Organisationsstatuts, Bildungsarbeit werden diesem Zwecke gewidmet sein und wenn der Parteitag, was allerdings wohl kaum anzunehmen ist, in irgendeiner Form auf die Anregungen des Genossen Witternigg in der letzten Nummer des „Kampf“ eingehen sollte, so würde auch noch der Punkt: „Wahl der Parteivertretung“ zu einer Erörterung der Stellung der Parteivertretung im Parteigetriebe und ihrer Aufgaben und somit eines rein innerorganisatorischen Problems führen. Und schliesslich fällt, wenn auch in einem etwas weiteren Sinne auch der Vorschlag des Genossen Bauer in dieses Gebiet, die Frage der Wiedererrichtung der Gesamtorganisation auf die Tagesordnung des Parteitages zu stellen. Ueber den Rahmen dieser dem inneren Parteileben gewidmeten Arbeit geht eigentlich nur der Punkt 5 der Tagesordnung: „Das Parlament und der Arbeiterschutz“ hinaus und wir hätten demnach mit einem vorwiegend unpolitischen Parteitag zu rechnen.

Aber es scheint, dass dem doch nicht so sein wird. Schon der zuletzt bezeichnete Gegenstand wird den Parteitag zu sehr energischen und lebhaften politischen Aeusserungen veranlassen. Seit mehr als einem Vierteljahrhundert steht die Arbeiterschutzgesetzgebung in Oesterreich still. Die fortgesetzten Bemühungen unserer Abgeordneten im Parlament, sie wieder vom Fleck zu bringen und ein Stück vorwärts zu treiben, stiessen fortgesetzt auf den hartnäckigen Widerstand sowohl der Regierung als auch der bürgerlichen Parteien, die im Parlament die Geschäfte des kapitalistischen Unternehmertums und des gleichermassen arbeiterfeindlichen Zünflertums besorgen. Mit vieler Mühe nur ist es gelungen, einige kleine Reformen aus dem tauben Gestein herauszuschlagen, deren Bedeutung wir am allerwenigsten herabmindern wollen, die aber als klein bezeichnet werden müssen im Verhältnis zu dem, was die Arbeiter zum Schutze ihrer Gesundheit und ihres Lebens fordern müssen und im Verhältnis zu dem, was die Gesetzgebung in diesem Vierteljahrhundert der Arbeiterklasse schuldig geblieben ist. Aber selbst das wenige, was im Abgeordnetenhaus durchgesetzt wurde, wird noch gefährdet durch die teils versteckten und zum Teil auch offenen Umtriebe der Arbeiterfeinde im Herrenhaus, die darauf abzielen, das Herrenhaus dazu zu bringen, die im Abgeordnetenhaus beschlossenen Arbeiterschutzgesetze entweder glatt abzulehnen oder in den Ausschüssen für immer zu begraben. An diesen Umtrieben sind die bürgerlichen Parteien des Abgeordnetenhauses nicht unbeteiligt. Es ist das eine neue Methode, der lästigen Forderungen der Arbeiterklasse los zu werden, ohne dabei offen als Feinde der Arbeiter auftreten zu müssen. Im Abgeordnetenhaus stimmen diese Parteien wie der Nationalverband zum Teil für diese Gesetze in der sicheren Erwartung, dass Herrenhaus und Regierung schon das ihre tun werden, sie nicht in Wirksamkeit treten zu lassen. Es wird notwendig sein, dieses feine Spiel gehörig zu durchleuchten und Massregeln zu treffen, die diese Methode des Betrugens an den Arbeitern zunichte machen. Der Parteitag wird bei diesem Punkt Gelegenheit haben, in der nachdrücklichsten Weise gegen diese Umtriebe der Arbeiterfeinde gegen den gesetzlichen Arbeiterschutz zu protestieren, mit aller Entschiedenheit die längst fällige gründliche Reform unserer Arbeiterschutz-

gesetzgebung, die durch die technisch-industrielle Entwicklung längst überholt ist, von der Regierung und vom Parlament zu fordern und den Kampf der Arbeiterklasse für diese Reform vorzubereiten.

Aber noch eine andere Frage wird den Parteitag zu sehr entschiedener politischen Stellungnahme nötigen. Welche Stufe der Entwicklung und welche Richtung die kriegerischen Vorgänge auf dem Balkan im Augenblick, in welchem der Parteitag zusammenzutreten wird, erreicht haben werden, lässt sich heute nicht voraussehen. Aber welche Richtung diese Entwicklung immer nehmen mag, mit welchem Resultat die feindlichen Zusammenstöße auf dem Balkan immer ausgehen mögen, jede der vorhandenen Möglichkeiten trägt die schwere Gefahr eines europäischen Krieges in sich. Ist die Tatsache, dass auf dem Balkan in blutigen Kämpfen tausend und aber tausend Menschen wegen angeblicher nationaler oder vaterländischer Interessen gemordet werden, an sich schon Anlass genug für den Parteitag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Oesterreich, ihren Willen zum Völkerfrieden aufs neue zu bekräftigen, so kann sie noch weniger dazu schweigen, dass von der Gefahr europäischer kriegerischer Verwicklungen auch die Völker Oesterreichs bedroht sind. Dass es in Oesterreich eine an gewissen Stellen sehr einflussreiche Partei gibt, die unausgesetzt zum Kriege hetzt, weiss man. In ihrer Presse suchen die Klerikalen der Oeffentlichkeit einzureden, gewichtige staatliche Interessen geböten der österreichisch-ungarischen Monarchie das Eingreifen in die Ereignisse auf dem Balkan. Nur zu leicht unterliegt das Bürgertum solchen Einflüsterungen. Darin liegt die Gefahr, dass die Völker Oesterreichs um staats- und volksfremder Interessen willen Gesundheit und Leben ihrer Söhne, die Früchte jahrzehntelanger Kulturarbeit und ihre ganze Zukunft aufs Spiel setzen sollen. Demgegenüber muss die Sozialdemokratie, als die Vertreterin des Proletariats, das von den Folgen eines Krieges am allerhärtesten und schwersten betroffen würde, dessen kulturelle Entwicklung und politische Zukunft durch einen Krieg am allergrößten gefährdet wird, mit rücksichtsloser Entschiedenheit den Willen zum Frieden bekunden und die Entschlossenheit, alles daranzusetzen und das Aeusserste zu wagen, um ihn zu erhalten. Der Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich wird diesen Willen und diesen Entschluss mit allem Nachdruck kundtun. Er wird laut und deutlich warnen vor einem frivolen Spiel, bei dem es am Ende um etwas mehr gehen kann als um ein paar Fetzen karstigen Berglandes.

So wird der Parteitag berufen sein, politische Probleme von grösster Bedeutung zu erörtern und grosse politische Arbeit zu leisten neben jener, die der Bestellung und Betreuung des eigenen Hauses gilt. Diese Arbeit darf aber nicht gering eingeschätzt werden. Leider haben wir ihr bisher auf den Parteitag immer nur sehr flüchtige Aufmerksamkeit schenken können, woran eben der Umstand schuld war, dass wir unsern Parteitag erst immer in zwei Jahren abhielten, auf dem sich dann der Verhandlungsstoff drängte, zumal da seit dem Aufhören der Gesamtparteitage auch noch ein Teil der Aufgaben dieser auf die eigenen Parteitage übernommen werden musste. Es wäre daher ein für das Parteileben sehr schädlicher Rückschritt, den Beschluss des Innsbrucker Parteitages, den Parteitag nunmehr alljährlich abzuhalten, wieder aufzuheben, wie das von verschiedenen Seiten verlangt wird.

Breiten Raum dürfte wohl die Erörterung des neuen Organisationsstatuts in Anspruch nehmen, obwohl es sich hiebei nicht um einen Entwurf handelt, der unsere Parteiorganisation auf neue Grundlagen stellen oder ihr ein neues Gefüge geben soll, sondern lediglich darum, den heutigen Zustand statutarisch festzulegen. Aber die bisherige Diskussion im „Kampf“ über das neue Organisationsstatut hat doch zweierlei gezeigt: dass in manchen Gebieten die Organisation der Partei zwar dem Buchstaben des Statuts angepasst, nicht aber von seinem Geist beseelt ist, und zweitens, dass von dem Begriff Parteiorganisation — das haben die Ausführungen des Genossen Witternigg gezeigt — noch recht unklare Vorstellungen bestehen. Diese zwei Wahrnehmungen lassen auch eine Erörterung des organisatorischen Problems ganz im allgemeinen sehr wünschenswert erscheinen und es wäre vielleicht nicht klug, sie aus dem Grunde abzuschneiden, weil es sich in dem neuen Statut nicht um die Schaffung neuer Grundlagen

oder eines neuen Gefüges der Parteiorganisation handelt. Der Aufbau unserer Parteiorganisation ist für die ganze Entwicklung der Partei von solcher Wichtigkeit, dass ein paar Stunden Diskussion darüber, auch wenn sie voraussichtlich kein anderes Ergebnis zeitigen wird als die Beibehaltung unserer heutigen Organisationsform, nicht als müssige Arbeit bezeichnet werden können; denn die Vertiefung in ihr Wesen ist nicht zuletzt die Vorbedingung der richtigen Ausgestaltung der Organisation in der Praxis unseres Parteilebens.

In seinem Aufsatz im letzten „Kampf“ fordert Genosse Tittel (Aussig) mehr Demokratie in unserer Organisation. Mehr Demokratie als unser Organisationsstatut der Partei schafft, kann wohl kein Organisationsstatut geben, und wo sie fehlt, dort steckt der Fehler nicht im Statut, sondern in einer schlechten Anwendung und unglücklichen Praxis in der Partei. Genosse Tittel fordert ja auch nicht eine Neugestaltung unserer Organisation, sondern nur ihren inneren Ausbau im Geiste der Demokratie. Und da eben kommt alles auf die Praxis an, die schlecht und fehlerhaft ist, wenn sie wie in den Beispielen, die Genosse Tittel anführt, das demokratische Prinzip im Parteileben nicht verwirklicht.

In einer vor nun bald vierzig Jahren erschienenen Broschüre aus der Feder Wilhelm Liebknechts: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen“, die heute noch zu den populärsten Agitationsschriften der Deutschen Sozialdemokratie gehört, erläutert Liebknecht an dem Namen der Partei das Wesen der Sozialdemokratie; er stellt die Frage, warum die Partei sich nicht einfach „sozialistische“, sondern „sozialdemokratische“ Arbeiterpartei nennt. Liebknecht erklärt das damit, dass die Partei als Zweck des Staates erkennt, allen Angehörigen des Staates die höchstmögliche Summe von Wohlergehen zu sichern. Dieser Zweck könne aber nur erreicht werden, wenn das Volk die Herrschaft im Staate erobert und durch diesen eine gerechte Regelung der gesellschaftlichen Arbeit im Sinne des Sozialismus herbeiführt. Deshalb strebe die Partei die Regierung durch das Volk an; deshalb habe sie alle Forderungen der Demokratie in ihr Programm aufgenommen. Darum ist die sozialistische Partei zugleich auch eine demokratische Partei. Es liegt auf der Hand, dass sie ihrer demokratischen Aufgabe nur gerecht werden kann, wenn sie in sich selbst, in ihrem eigenen Leben und Gefüge die Demokratie verwirklicht, soweit das die Lebensbedingungen einer Partei nur immer möglich machen. Denn die Regierung durch das Volk kann sie nur mit dem Volk und durch das Volk erobern, sie muss also das Volk selbst zu bewusstem politischen Handeln erziehen.

Schärfer noch ist dieser Gedanke im prinzipiellen Teil unseres Parteiprogramms ausgedrückt. Die Trägerin jener Entwicklung, die zur Befreiung der Arbeiterklasse führt, kann nur das Proletariat selbst sein, und es mit diesem Bewusstsein zu erfüllen und es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, wird als die vornehmste Aufgabe der Partei gesetzt. Durch seine eigene Kraft muss das Proletariat seine ökonomische und geistige Befreiung erobern, es muss den Kampf in voller Erkenntnis seiner Lage und seines Zieles führen und alle seine Aktionen müssen von diesem Bewusstsein und dieser Erkenntnis getragen sein. Mit einem Wort: in allen seinen Handlungen muss der bewusste Wille des Proletariats zum Ausdruck gelangen. Das heisst also: das ganze Wesen unserer Partei verweist uns auf die Demokratie in allen Gebilden unserer Organisation.

Und wie das ganze Wesen unserer Partei zur Demokratie führt, so erweisen uns auch die Erfahrungen des täglichen Kampfes immer und immer wieder die Notwendigkeit der Demokratie in unseren eigenen Reihen. Der Elan, die Ausdauer, der Opfermut und die Widerstandskraft unserer Genossen wächst in dem Masse, als die Kämpfe, die wir zu führen haben, dem Entschluss und dem Willen der organisierten Masse selbst entspringen. Daher hat die Partei vom ersten Augenblick ihres Entstehens an danach gestrebt, sich eine Organisation zu schaffen, die die Uebereinstimmung des Willens der Masse der Parteigenossen mit den Aktionen der Partei sichert. Es ist ihr das nicht leicht geworden; denn diesem Bemühen standen die reaktionäre Vereinsgesetzgebung und technische Schwierigkeiten entgegen, von denen manche überhaupt nicht zu überwinden sind, Schwierigkeiten, die einer Partei unvermeidlich erwachsen, die ihre Wurzeln

in das Erdreich selbst der verborgensten Gebirgsdörfer gesenkt hat. Die Entwicklung unserer Parteiorganisation aber ist die Entwicklung zu immer vollkommenerer Demokratie. Denn dessen müssen wir uns bewusst sein: Die Demokratie in der Partei ist die stärkste Wurzel ihrer Lebenskraft, durch sie empfängt sie die besten Säfte und ohne sie müsste die Partei verkümmern und verdorren. Darum setzt die Partei die Anteilnahme und Mitwirkung am inneren Parteileben nicht nur als ein Recht der Parteimitglieder, sie erhebt sie darüber hinaus für jeden, der sich zur Partei bekennt, zur Pflicht.

Darum versteht es sich von selbst, dass die Gesamtheit der Parteimitglieder in jedem Orte das Forum der Partei ist, dass in der Lokalversammlung, die alle Mitglieder der Partei im Orte zu umfassen hat, das heisst allen zugänglich ist, die entscheidenden Beschlüsse zu fassen sind und die Organe der Lokalorganisation — Lokalexekutive, Sektionsvertrauensmänner u. s. w. — lediglich Ausführungsorgane, Vollstrecker des Willens und der Beschlüsse der Gesamtheit der Parteimitglieder sein können. Von der Lokalversammlung der Parteimitglieder werden die lokalen Vertrauensmänner und Bevollmächtigten der Partei bestimmt, ihr gegenüber sind sie verantwortlich und legen sie Rechenschaft ab für ihre parteimässige Tätigkeit, und der Lokalorganisation kommt zu, die Kontrolle darüber zu üben. Jede Organisation, die daran nicht festhält und etwa die Rechte der Parteigesamtheit auf Parteiteile (Sektionen) oder gar auf einen Stab von Vertrauensmännern überträgt — wie das in der Darstellung des Genossen Tittel der Fall ist, von der wir allerdings nicht wissen, ob sie bloss angenommen ist oder tatsächlichen Verhältnissen entspricht — begeht damit einen schweren, unter Umständen verhängnisvollen Fehler und handelt gegen das innerste Wesen der Partei. Denn ein solcher Zustand muss den Kontakt, die Uebereinstimmung zwischen den Vertrauensmännern und der Masse der Parteimitglieder zerreißen, er degradiert die Parteimitglieder zu blossen Zuschauern im Getriebe des Parteilebens, stumpft ihr Interesse an der Partei ab und macht sie gleichgültig gegen ihre Schicksale. Nichts Schlimmeres aber als das kann der Partei geschehen. Daher muss oberster Grundsatz sein, unsere Organisationsgrundlagen so zu konstruieren — und das Parteistatut lässt darüber gar keinen Zweifel zu — dass sie die unmittelbare persönliche Anteilnahme aller Parteimitglieder an den Parteigeschäften aller Art in weitestem Masse herbeiführt; jedes Parteimitglied muss in der Lage sein, an diesen Parteigeschäften in gleichem Masse wie alle anderen mitzuwirken. So wird in jedem Parteimitglied zum stets lebendigen Bewusstsein, dass in der Partei nichts ohne den Willen oder gar gegen den Willen der Parteimitglieder geschieht; so werden alle Lebensäusserungen der Partei getragen von dem Gesamtwillen ihrer Mitglieder und das Schicksal der Partei wird zum persönlichen Schicksal jedes einzelnen Genossen, jedes Erleben der Partei zum persönlichen Erleben jedes Parteimitgliedes. Kann es einen festeren Kitt zwischen Partei und Parteimitglied geben und eine sicherere Gewähr dafür, dass der Partei nichts geschehen kann?

Mit dem Grundsatz der Demokratie in der Partei in einem sehr scharfen Gegensatz stehen die Vorschläge des Genossen Witternigg, die im Grunde auf eine Bürokratisierung, auf ein Alles-über-einen-Leisten-schlagen hinauslaufen. Genosse Witternigg will die Bezirks- und Kreisorganisationen aus dem Gefüge unserer Parteiorganisation herausbrechen und nur die Lokalorganisationen, die Landeszentrale und das Reichszentrum bestehen lassen, die beide dann in direktem Verkehr mit den Lokalorganisationen stünden. Genosse Witternigg betrachtet offenbar die Parteiorganisation als eine künstliche Konstruktion, die man nach Belieben so und auch anders, wie sie einem eben gefällt, einrichten kann und nicht selbst als das Ergebnis einer bestimmten organischen Entwicklung unseres Parteilebens. Das zeigt auch sein Vergleich der Partei mit den Gewerkschaften, der schon darum auf allen Füßen hinkt, weil die Aufgaben, der Wirkungskreis und die ganze Tätigkeit in der Gewerkschaft und in der Partei grundverschieden sind. Genosse Witternigg geht bei seinen Betrachtungen augenscheinlich von den Verhältnissen in dem Kronland Salzburg aus, in dem er lebt und in der Partei arbeitet und das zu den industriell am wenigsten entwickelten Ländern Oesterreichs gehört. Ganz abgesehen davon, dass die Partei ihre

gesamtorganisatorischen Grundlagen nicht den am wenigsten fortgeschrittenen Ländern anpassen kann, treffen die von Genossen Witternigg für seinen Standpunkt angeführten Gründe heute nicht einmal mehr für Salzburg zu. „Jedes Land könnte“ — so meint Genosse Witternigg — „ein wirkliches Parteisekretariat erhalten und Genossen anstellen, die sich planmässig mit dem Ausbau der Organisation beschäftigen könnten.“ Was versteht Genosse Witternigg unter diesem „Ausbau der Organisation“? Es genügt doch nicht, hinauszufahren, ein Referat über die Notwendigkeit der politischen Organisation zu erstatten, die Lokalorganisation zu gründen und das weitere den Genossen zu überlassen. Die Zentrale muss vielmehr durch persönliche Berührung den Organisationen fortgesetzt mit Rat und Tat an die Hand gehen, für eine geordnete, planmässige Tätigkeit in der Organisation sorgen, sie beleben, anregend auf das Parteileben einwirken und sehr häufig auch — das zeigt ja die Praxis — regelnd in das Getriebe der lokalen Organisation eingreifen. Kann diese Arbeit durch die Landeszentrale selbst in den räumlich nicht zu den ausgedehntesten Ländern gehörenden Salzburg gewissenhafter und mit geringeren Kosten wie durch eine Bezirkszentrale erfüllt werden? Ich wage es nicht, das zu bejahen, und vielleicht auch Genosse Witternigg nicht, wenn er den planmässigen Ausbau der Organisation so auffasst wie ich. Für die entwickelten Industrieländer müsste ein solcher Vorschlag entschieden abgelehnt werden, dort geht die Entwicklung im Gegenteil in der Richtung der Stärkung der Bezirksorganisation. Und wenn es in Salzburg möglich und für die Partei erspriesslicher wäre, aber bei den Verhältnissen in diesem Lande die Einrichtung von Bezirkszentralen mit der ihnen zukommenden Betätigung nicht möglich ist, wer hindert die Genossen in Salzburg, das Gefüge der Parteiorganisation ihren besonderen Verhältnissen so anzupassen, dass die Organisation in die Lage kommt, das Höchstmass organisatorischer Leistungen aufzubringen? Das Organisationsstatut ist kein Hindernis. Es kommt wohl dabei viel auf das Geschick derjenigen Genossen an, denen die Einrichtung der Dinge im Lande zukommt. Ein Zustand, wie ihn Genosse Witternigg als Beispiel anführt, dass, wenn die Landesorganisation eine Aktion unternimmt, erst der Bezirk einen „besonderen Beschluss fassen“, also etwa seine Zustimmung geben muss, der erst dann an die Lokalorganisation zur endgültigen Bestätigung gegeben wird, und dass dann nachher noch ein Streit über die Frage der Kostentragung ausbricht, entspricht nicht unserem Organisationsstatut, dieses ist wahrhaftig daran unschuldig. Er wird wohl auch, wenn er irgendwo besteht, ganz vereinsamt sein. Die Gebrechen, die Genosse Witternigg in der jetzigen Organisationsform findet, haften nicht dieser, sondern ihrer falschen Anwendung an.

Ueber den anderen Vorschlag des Genossen Witternigg, alljährlich etwa eine Auswechslung der Mitglieder der Parteivertretung vorzunehmen, worauf er am Ende hinausläuft, ist wohl nicht viel zu sagen, da er sich bei näherem Zusehen von selbst erledigt. Heute, so meint Genosse Witternigg, ist die Parteileitung ein ausschliessliches Privileg der Wiener, und er schlägt vor, dass sie in Zukunft aus Genossen aller Kronländer des Reiches zusammengesetzt werde, die dann nach Wien übersiedeln müssen. Da aber diese „Provinzler“ — vielleicht übersieht Genosse Witternigg diese Wirkung seines Vorschlages — binnen kurzem alle „Wiener“ geworden sein würden, so bliebe nichts übrig, als, um dieses Privileg gründlich auszurotten, jedes Jahr den Umtausch aufs neue zu vollziehen. Und da Genosse Witternigg wünscht, dass die ausrangierten Mitglieder der Parteivertretung in die Provinz versetzt werden, so kann das alle Jahre ein hübscher Umzug werden. Da kann der Parteitag auch gleich die Anschaffung von mindestens einem Dutzend Möbelwagen beschliessen.

Genosse Witternigg kommt zu seinem heiteren Vorschlag freilich nur in einer völligen Verkennung der Aufgaben der Parteivertretungsmitglieder. Er meint nämlich, ihre Aufgabe wäre, sich um den Ausbau der politischen Organisation im Reiche zu kümmern, die sie heute den Bezirks-, Kreis- und Landesvertrauensmännern überlassen. Aber wenn nun diese Arbeit in Zukunft von den in die Parteivertretung gewählten fähigsten Genossen aus dem Reiche verrichtet werden soll, so ist nicht einzusehen, warum man sie nach Wien übersiedeln und nicht lieber draussen lassen soll; die Partei würde dabei Uebersiedelungskosten ersparen. Nein, Lokalorganisationen zu gründen fällt nicht in den Aufgabenbereich der Parteivertretung.

Dem Rufe des Genossen Tittel nach mehr Demokratie möchte ich den Ruf anschliessen: Mehr Kameradschaft! Es kann ja in dem Getriebe einer so grossen Partei mit so vielseitiger Betätigung, so vielen und so komplizierten Aufgaben nicht vermieden werden, dass es zu gegensätzlichen Auffassungen und Meinungen in den verschiedensten Fragen kommt. Und dass daher häufig und mit der steigenden Intensität des Parteilebens immer häufiger Auseinandersetzungen in der Partei notwendig werden, das ist an sich durchaus kein Uebel, im Gegenteil ein gutes Zeugnis und ein grosser Vorteil für die Partei, denn es zeigt, in welchem hohem Grade die Selbständigkeit in der Betrachtung der Dinge und im Denken der Genossen entwickelt sind. Aber ein Uebel tritt dabei oft zutage: dass die Verfechtung der eigenen Meinung, von der natürlich jeder überzeugt ist, sie sei die beste und allein richtige, sich bis auf das persönliche Gebiet erstreckt. Darunter leidet dann das Parteileben schwer, namentlich aber wenn ein solcher Konflikt zwischen Vertrauensmännern besteht. Rechthaberei ist Gift für das Parteileben, und wo es krank, ist in den meisten Fällen dies der Krankheitserreger. Wir vergessen nur zu häufig, dass wir uns beständig im Kriegszustand befinden und gegen eine ganze Welt von Feinden im Felde stehen. Da darf die Kameradschaftlichkeit nicht fehlen und insbesondere beim Vertrauensmann nicht gegenüber dem Parteigenossen, der als schlichter Soldat in unseren Reihen steht. Wer in der Partei von den Genossen ein Amt übertragen bekommt, darf sich nie in der Rolle des Vorgesetzten — denn solche gibt es nicht in der Partei — fühlen, er ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als der Beauftragte der Parteigenossen, der Vollstrecker ihres Willens. Ein Vertrauensmann, welche Stellung er in der Parteibewegung immer bekleiden mag, begeht einen schweren Fehler und ist für das Amt nicht qualifiziert, wenn er andere von oben herab behandelt. Kameradschaftlicher Geist im Verkehr der Genossen untereinander, bei allen Diskussionen und trotz aller Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Fragen des Parteilebens ist ein Ausdruck unserer inneren Stärke. Wo er nicht besteht, lockert sich leicht das Gefüge trotz der besten Organisationsbestimmungen auf dem Papier. Nicht auf den Wortlaut der Paragraphen unseres Organisationsstatuts allein kommt es an, sondern auch darauf, von welchem Geist die Organisation erfüllt wird.

Darum stellt der Punkt Bildungsarbeit eine Frage von grösster Wichtigkeit für das Parteileben zur Diskussion. Der methodische Unterricht der Genossen und Genossinnen in den Lehren des Sozialismus, die Einführung der Arbeiter in das Verständnis des Getriebes unseres modernen Wirtschaftslebens bilden wichtige Aufgaben der Parteiorganisation, deren zufriedenstellender Lösung noch immer ungeheure Schwierigkeiten im Wege stehen. Bei der ungeheuren Dezentralisation unseres Parteilebens ist die Frage der methodischen Bildungsarbeit eines der schwierigsten Probleme in der Partei. Denn es genügt nicht, mit dieser Arbeit nur die Massen in den grösseren Industriezentren zu erfassen, wir müssen sie hinaustragen in die zahlreichen Industriedörfer und kleinen Industriestädte, in denen eine nicht unbeträchtliche Masse industriellen Proletariats verstreut ist. Um auch hier mit der erforderlichen Intensität einsetzen zu können, bedarf es sowohl einer grossen Zahl entsprechender Lehrkräfte als auch reicher Mittel. Hiefür muss die Mitwirkung unserer Bildungszentrale in weitestem Masse gesichert werden, namentlich was die Bereitstellung von Vortragenden anlangt. Denn die Agitations- und Organisationsarbeit in der Provinz nimmt alle verfügbaren Kräfte in einem solchen Masse in Anspruch, dass diese nur ganz geringfügig für diese Arbeit in Betracht kommen. Hoffentlich bringt uns der Parteitag auch auf diesem Wege ein Stück vorwärts.

Beim Punkt: „Der internationale Kongress in Wien“ wird sich der Parteitag mit den Vorbereitungen des Kongresses beschäftigen müssen, falls nicht das Internationale Bureau der Anregung der Holländer und unserer reichsdeutschen Genossen, den Kongress auf das Jahr 1914 zu verschieben, stattgibt. Gegen den Vorschlag erheben englische und französische Genossen unter Berufung auf die Vorgänge auf dem Balkan ernste Einwände. Aber es ist wohl anzunehmen, dass in dem Zeitpunkt des Zusammentrittes des Kongresses der Krieg auf dem Balkan beendet sein wird; der Kongress könnte wohl nur nachträglich dazu Stellung nehmen. Sind aber die Dinge auf dem Balkan bis zu diesem Zeitpunkt nicht erledigt, dann, scheint uns, würden die Ereignisse

einen Lauf nehmen, der das Proletariat zum Handeln zwingen würde, ohne dass der Kongress vorher zusammentritt.

Ernste Aufgaben und wichtige Arbeiten harren des Parteitages, der in einem für die österreichische Arbeiterklasse wie für das gesamte europäische Proletariat schicksalsschweren Augenblick zusammentritt. Er wird sich der Aufgaben und der verantwortungsvollen Pflichten gewachsen zeigen.

Friedrich Austerlitz: Parteigedanken

Die Bedingungen, die dem Kampfe einer sozialdemokratischen Partei gesetzt sind, die Bedingungen, unter denen die Sozialdemokratie den Befreiungskampf des Proletariats zu führen hat, hängen von mannigfachen Tatsachen ab. In erster Reihe natürlich von dem Entwicklungsgrade der Arbeiterklasse selbst: von ihrer Stärke und Reife, von der politischen und wirtschaftlichen Macht, die sie bereits ihr eigen nennt; der Anfang einer sozialdemokratischen Bewegung hat andere Kampfformen, als sie ihr Fortgang bedingt. Aber nicht minder wird der proletarische Kampf beeinflusst sein von Wesen und Art des Staates, innerhalb dessen die sozialdemokratische Partei wirkt: von seiner ökonomischen Struktur, von seiner politischen Konsolidierung, von seiner nationalen Geschlossenheit; all dies wirkt auch auf die Kampfformen der Partei, die man mit einem nicht ganz zutreffenden Ausdruck ihre Taktik benennt, fühlbar zurück. Die dritte unsere Entwicklung und die Bedingungen unserer Kämpfe beeinflussende Tatsache ist aber der Charakter unserer Gegner: worunter nicht bloss ihre Angriffs- und Widerstandskraft, sondern ebenso ihre Kultur und Unkultur, ihre geistige und moralische Verfassung, mit einem Wort, worunter ihr gesamtes Sein und Wirken inbegriffen ist. Die Erwägung dieser Tatsache, so lebhaft wir sie auch in unserem politischen und sozialen Kampfe empfinden, ist bisher einigermassen vernachlässigt worden; aber die politischen Dinge haben sich in den letzten fünf Jahren in dem deutschen Oesterreich so gründlich verändert, dass sich, zumal vor einem Parteitag, der ja immer eine Art Rechnungslegung ist, unwillkürlich das Bedürfnis regt, über die Kampfbedingungen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich jene Klarheit zu gewinnen, aus der erst wir die Grösse und den Ernst unserer Aufgabe überblicken können.

Um das Ergebnis der Untersuchung vorwegzunehmen: die Kampfbedingungen unserer Partei, der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, scheinen mir schwieriger zu sein, als sie überhaupt einer sozialdemokratischen Partei in Europa beschieden sind. Unsere Partei hat grössere Schwierigkeiten zu überwinden, als sie vor den Bruderparteien in national einheitlichen Staaten stehen, und der Kampf unserer, der deutschen Partei, ist schwieriger auch als der der sozialdemokratischen Parteien der anderen Nationen in Oesterreich. Und klarmachen sollen und müssen wir es uns deshalb, weil wir daraus den Antrieb empfangen, um so energischer, tapferer, zielbewusster vorwärtszugehen. Es wird uns nicht entmutigen, sondern anfeuern.

Die grösste Schwierigkeit entspringt für die Sozialdemokratie natürlich aus dem österreichischen Staate: daraus, dass er kein national einheitlicher Staat ist und dass der Machtkampf der Nationen um den Staat der natürlichen Entwicklung immer von neuem hindernd in den Weg tritt. Schon dass es den Gegnern möglich ist, ihre Arbeiterfeindlichkeit mit dem nationalen Schein zu umkleiden, sich und ihren Arbeiterhass hinter dem nationalen Schlagwort zu verstecken, schon das bedeutet für unser Wirken eine besondere Schwierigkeit. In national-einheitlichen Staaten erscheinen die Parteien als was sie sind: da gibt es keine Ausrede, keine Vertuschung, keine Flucht. Da erblickt das Volk die Parteien in ihrem wahren Wesen, jede Abstimmung entschleiern den Charakter der Partei zur vollen Deutlichkeit. Machen die preussischen Konservativen aus ihrer Gesinnung, ihren Absichten, ihrem Wollen je ein Hehl? Es fällt ihnen nicht ein, sich anders zu gebahren als sie sind; sich etwa in zärtlichen, schmeichlerischen Worten, mit denen die Arbeiter eingefangen werden sollen, zu ergehen, mit ihrer eigentlichen Ueberzeugung, nach der der „Arbeiterpöbel“ niedergehalten und

nötigenfalls, wenn er sich nicht fügt, niedergeschlagen werden muss, hinter dem Berge zu halten. Nicht anders bei allen Parteien; und diese Durchsichtigkeit, Geradlinigkeit der politischen Vorgänge, diese Wahrhaftigkeit der Politik, sie ist es vornehmlich, die den reichsdeutschen Arbeiter politisch reif macht, ihm die Klarheit über den alle Politik beherrschenden Klassengegensatz verschafft, ihm jenes Klassenbewusstsein einhämmert, an das sich Verlockungen und Verführungen gar nicht mehr heranwagen. Die bloße Tatsache der nationalen Kämpfe verfälscht aber in Oesterreich alle Politik; hier kann sich jeder Verrat national maskieren. Nun ist es ja sicher, dass auch die „nationale“ Lüge kurze Beine hat und dass das anmutige Spiel, die politischen Lumpereien mit der „nationalen“ Schminke zu Taten für das deutsche Volk umzudichten, allmählich auch von dem Dämmsten im Lande durchschaut werden wird; aber es zu durchkreuzen, es zu entlarven, braucht Zeit und macht viel Arbeit nötig. Der reichsdeutsche Arbeiter braucht die Augen nur offen zu halten und sieht die Dinge, wie sie sind: sieht in der gesamten Politik das Ringen zweier Welten, sieht den Klassengegensatz in jeder Einzelheit der Politik leibhaftig vor sich; sein Urteil kann nicht irregehen. Dem Arbeiter in Oesterreich — wir sprechen natürlich nicht von den geschulten und in ihrem Klassenempfinden nicht zu erschütternden Genossen, wir sprechen von denen, die zwischen der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Welt hin und herpendeln — diesen Arbeitern muss erst gleichsam der Star gestochen. In Oesterreich steckt alles sozusagen im nationalen Nebel, und damit es richtig erkannt und sachgemäss gewertet werden könne, muss es erst heruntergeholt werden, seiner falschnationalen Verhüllung entkleidet werden. Der Nationalitätenstaat stellt der sozialdemokratischen Aufklärung schwere Hindernisse entgegen.

Aber für die deutsche Sozialdemokratie hat der Nationalitätenkampf noch eine andere Seite. Die nationalen Kämpfe, soweit an ihnen die deutsche Nation beteiligt ist, sind in Oesterreich durchaus slawische Angriffe auf den deutschen „Besitzstand“; die einzige Ausnahme ist vielleicht die Forderung der Deutschböhmen nach nationaler Autonomie im Landtag. Diese slawischen Angriffe stützen sich nun überall auf das Missverhältnis zwischen den wirklichen und den rechtlichen Tatsachen, berufen sich darauf, dass die Deutschen im Besitz sind, wogegen die Slawen im Rechte wären; sie treten also jederzeit und überall als Ansprüche der Gerechtigkeit und der nationalen Gleichberechtigung auf. Obwohl wir uns nun über die eigentliche Natur vieler dieser slawischen Forderungen als nationaler Machtforderung nicht im unklaren sind und es uns schon abgewöhnt haben, vor jeder tschechischen Forderung, die natürlich unerbittlich als die Forderung nach nationaler Gleichberechtigung auftritt, in Verehrung zu zerfließen, so bleibt es selbstverständlich aus unserem internationalen Wesen doch wieder unsere Pflicht, an die Prüfung dieser Forderungen unbefangenen heranzutreten, also sich der Untersuchung keineswegs zu entschlagen, ob und inwieweit sie auch durch kulturelle und proletarische Notwendigkeiten fundiert erscheinen. Aber diese Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu den nationalen Fragen, aus der es natürlich ausgeschlossen ist, dass sie sich zum Vorspann für tschechische Machtgelüste hergeben könnte, die es ihr aber nicht minder verwehrt, den Herrenstandpunkt der Besitzstandspolitik zu beziehen und den berechtigten Kern in mancher augenblicklichen Forderung der Nichtdeutschen zu verkennen, diese Stellung der Partei setzt sich in der praktischen Politik zu einer dornenvollen Aufgabe um. Es ist in der überhitzten, von der nationalen Demagogie erfüllten Atmosphäre der österreichischen Politik keine Kleinigkeit, gegen den Besitzstand der eigenen Nation und für den Anspruch des nationalen Gegners der eigenen Nation zu optieren; keine Kleinigkeit, wengleich dieser Besitz nur ein äusserlicher, der Anspruch berechtigt sein mag. Wohl sind auch die sozialdemokratischen Parteien der anderen Nationen im gleichen Falle und entsprechen ihrer Verpflichtung mit gleicher Treue. Unsere italienischen Genossen haben sich in der Frage der italienischen Universität mit vollkommener Korrektheit verhalten — die kulturelle Notwendigkeit voranstellend, das nationalistische Moment ablehnend — und nicht anders verhalten sie sich zu den Ansprüchen der Slowenen in Triest. Die polnischen Genossen haben nicht geschwankt, sich der ruthenischen Forderungen, soweit sie sie als berechtigt erkannt haben, mit Eifer anzunehmen. Die südslawischen Sozialdemokraten haben den Ver-

lockungen des nationalistischen Südslawentums den besten sozialdemokratischen Widerstand geleistet. Aber so wenig wir für die deutsche Sozialdemokratie die Anerkennung eines besonderen Heldentums beanspruchen und so gern wir zugeben, dass unsere Bruderparteien es nicht anders halten, so ist die Stellung der deutschen Sozialdemokratie doch aus zwei Tatsachen eine ungleich schwierigere. Erstens ist der national-internationale Zwiespalt, um es so zu bezeichnen, für jede andere Partei ein seltener, ein Einzelfall; anders für die deutsche Partei, weil die Deutschen der Machtkampf vieler Nationen berührt und weil gegen sie der Machtkampf einer ihr an Zahl fast ebenbürtigen, eben der tschechischen Nation anstürmt, einer Nation überdies, die im Fordern nie prüde war, wonach an sie dieser „Zwiespalt“ ohne Unterlass herantritt, sie in jener Lage fast ununterbrochen sich befindet. Und zum zweiten wird diese Stellung der deutschen Partei deshalb besonders schwer, weil das Gegengewicht ihrer internationalen Treue, die internationale Treue der tschechoslawischen Sozialdemokratie, nun vollständig fehlt. Denn die tschechisch-separatistische Partei fühlt sich von den internationalen Verpflichtungen allmählich ganz entbunden, und ihre nationalistisch-aggressive Art, in der sie heute völlig aufgegangen, ist für unsere Gegner, die Feinde der deutschen Partei, gegen uns das eindringlichste Argument geworden. So empfinden wir nicht bloss den Nationalitätenstaat als schweres Hemmnis unseres sozialdemokratischen Wirkens, sondern es ist im besonderen der tschechische Machtkampf, der die Kampfbedingungen der deutschen Partei schwieriger macht, als sie für irgendeine der Parteien des kämpfenden Proletariats gegeben sind.

Die unerlässliche Voraussetzung für das Wachstum der Sozialdemokratie ist natürlich die Entwicklung der Industrie. Aber es ist für uns nicht gleichgültig, wo sich die Industrie entwickelt, wie und wo sie sich zusammenballt. Auch in dieser Hinsicht sind wir Sozialdemokraten in Oesterreich Stiefkinder des Glückes und wir deutschen Sozialdemokraten wieder vom Glück am schlimmsten enterbt. Die Entwicklung der Industrie hat im Deutschen Reiche zu jener märchenhaften Städtebildung geführt, die von allen Tatsachen der Entwicklung des neuen Reiches vielleicht die eindrucksvollste ist. Wohin der Blick auf die Karte des Deutschen Reiches fällt, überall nimmt er wahre Hochsitze des industriellen Lebens wahr, überall trifft er grosse und Grossstädte an, in denen sich die arbeitende Menschheit in den gewaltigsten Massen konzentriert. Was nun die grosse Stadt für die sozialdemokratische Bewegung bedeutet, braucht wohl nicht auseinandergesetzt zu werden; erst an ihr, an den Massen der Proletarier, die sie vereinigt, gewinnen wir das geistige und ökonomische Zentrum, das für die Entfaltung und Weiterentwicklung unseres Lebens unerlässlich ist. Und deshalb gehört es auf das Kapitel unserer besonderen Schwierigkeiten, dass die Städteentwicklung in Oesterreich so kümmerlich ist, wohl hinter der in jedem europäischen Staat zurückbleibt. Hier breitet sich die Industrie vornehmlich auf den Dörfern aus; es ist ganz bezeichnend, dass die sozialdemokratischen Wahlbezirke in Böhmen fast ausschliesslich Landgemeindenbezirke sind. In diesen Dörfern und kleinen Landstädten ist aber die Macht des Unternehmertums ungleich grösser als in der grossen Stadt; der Fabrikant erscheint dort als der Mann, der den Leuten „Brot gibt“, beherrscht die Gemeindevertretung, die staatlichen Behörden sind mit ihm versippt; der Druck des Unternehmertums auf die Arbeiter, der wirtschaftliche Druck, der sich bei jeder Wahl in rohe Vergewaltigung umsetzen kann, ist dort noch in ungezügelter Ursprünglichkeit anzutreffen. Auf welche Hindernisse nun die Organisation in diesen entlegenen, zersprengten Dörfern stösst, wie schwer die Verschüchterung der Arbeiter zu überwinden ist, wie weit ihre Verängstigung von proletarischem Rebellentrotz entfernt: das hat wohl jeder, der in unserer Partei Agitationsarbeit leistet, unzähligmal erfahren. Aber für die deutsche Sozialdemokratie tritt als besondere Schwierigkeit das Fehlen einer Hauptstadt in dem eigentlichen Industriegebiet, in Böhmen, hinzu. Wie ganz anders stünde es um die Partei in Böhmen, wenn wir dort einen Mittelpunkt hätten, die Hauptstadt, in der die geistigen Kräfte reifen und sich sammeln und von der aus wir das sozialdemokratische Land verwalten könnten! Die wirkliche Hauptstadt, die der intellektuelle und geographische Mittelpunkt ist, von der also die Bahnen ins Land laufen und in der die allgemeine und Arbeiterkultur sich sammelt! Dieser Mangel einer wirklichen Hauptstadt ist natürlich durch die „Er-

klärung“ einer beliebigen Stadt zum Zentrum nicht zu ersetzen; dem steht schon das Kursbuch als ein unüberwindliches Hindernis entgegen, und überhaupt ist durch Uebersiedlungen der wirkliche Mangel nicht zu beseitigen. Nicht viel besser steht es um Mähren, wo der Hauptstadt wieder die Arbeiterschaft fehlt; jene Verdorrung der Partei in Mähren, der der traurige Ausfall der Wahl in Neutitschein, nämlich der grosse Stimmenverlust, ohne Zweifel angerechnet werden muss, ist zum grossen Teil aus dem Umstand zu erklären, dass in Mähren das Zentrum der Parteibewegung in keiner Hinsicht das Zentrum einer Organisation ist. Dem vergleiche man etwa die ausserordentlich günstige Stellung, die die Tschechoslawen durch den Besitz von Prag und Brünn haben, und man versteht, dass das Fehlen einer Hauptstadt für Deutschböhmen — woran beiläufig auch das gesamte deutschböhmische Leben leidet und was nicht zum wenigsten die Enge, die Dürftigkeit, die moralische Verwahrlosung der deutschbürgerlichen Politik in Böhmen verschuldet hat — dass auch der Mangel eines wirklichen politischen Mittelpunktes in Deutschböhmen zu den besonderen Schwierigkeiten unserer Arbeit in Oesterreich gehört.

Aber wir werden die Schwierigkeiten unseres Lebens vielleicht am besten erkennen, wenn wir die Kampfbedingungen der deutschen Sozialdemokratie mit denen der tschechoslawischen vergleichen. Wenn nämlich die deutsche Partei von allen Sozialdemokratien das härteste und schwierigste Leben hat, so die tschechoslawische das leichteste; freilich könnte hinzugefügt werden, dass es vielleicht das leichteste geworden ist, weil es aufgehört hat, ein sozialdemokratisches zu sein. Während nämlich der nationale Kleinkrieg, die nationalen Differenzen der Völker für jede sozialdemokratische Partei eine Behinderung ihres proletarischen Wirkens bedeuten, sind sie von den Separatisten zur Nährquelle ihrer Agitation gemacht worden. Mehr oder minder befinden sich nämlich alle Parteien in Oesterreich im Verteidigungszustand; die Tschechen allein sind ausschliesslich Angreifer. Und in dieser Offensive sind die Separatisten die Vortruppen, sie bilden im nationalen Kriege die Avantgarde. Wir denken hier gar nicht an ihren Beruf als Minoritäten, obwohl wir nicht zweifeln, dass der Eifer, womit sie um die tschechischen Minoritäten in der ganzen Welt bemüht sind, nicht bloss aus dem Interesse um die Entwicklung der Arbeiterteile dieser Minoritäten entspringt, vielmehr in einem sehr starken Masse auf das Bestreben zurückzuführen sein wird, vor der tschechischen Nation ja nur den Befähigungsnachweis als zielbewusste und nimmer müde „gute Nationale“ zu erbringen; wird doch dieser Eifer in den Polemiken mit den bürgerlichen Parteien unausgesetzt als der Beweis dafür angeführt, dass die tschechische Sache bei den tschechoslawischen Sozialdemokraten zum mindesten so gut aufgehoben sei wie nur bei jeder nationalistischen Partei. Es ist auch ganz unzweifelhaft, dass der krankhafte Eifer für die Minoritäten, denen zuliebe die Tschechoslawen alles aufopfern, zum Beispiel auch ein erträgliches Verhältnis zu der deutschen Partei aufgeopfert haben, eine Entartung ist, mit den sozialdemokratischen Grundsätzen, aller Berechtigung der kulturellen Forderungen dieser Minoritäten ungeachtet, nicht zu vereinbaren ist. In diesem rastlosen Aufgehen in dem Minoritätsgedanken ist die Sozialdemokratie zu einem Hilfsmittel der nationalen Propaganda erniedrigt worden. Man sieht das besonders fasslich an dem Wiener Separatismus. Ehemals wollte und sollte die tschechische Organisation ein Hilfsmittel der Sozialdemokratie sein; mittels ihrer sollten die tschechischen Arbeiter zu guten Sozialdemokraten erzogen werden. Heute ist es umgekehrt: mit dem Separatismus sollen aus den internationalen (und ebenso aus den indifferenten) tschechischen Arbeitern fanatische Chauvinisten gemacht werden. Aber die krankhafte Bemühung um die Minoritäten — deshalb krankhaft, weil ihre hauptsächlichste Sorge darin besteht, dass, Gott behüte, kein Tscheche der Barbarei des Deutschtums anheimfalle, was nach Anschauung der Separatisten wahrscheinlich das grösste Unglück ist, das einem Menschen zustossen kann — ihr angeblicher Minoritätenschutz ist es ja nicht allein, der ihr Aufgehen in der nationalistischen Welt kundgibt. Wir sehen die Separatisten bei jeder nationalistischen Querele immer im Vordergrund; dem ganzen Katalog der Forderungen der nationalen Gleichberechtigung sind sie längst beigetreten. Was im Grunde genommen der Stolz einer sozialdemokratischen Partei ist, nämlich mit dem nationalistischen Furor in Gegensatz zu stehen, namentlich dann in Gegensatz zu stehen, wenn er mit Ausnahme der klassenbewussten Arbeiter alle Schichten

ergreift, also als eine Art Nationalbegeisterung erscheint, das ist den Tschechoslawen ein schier unerträglicher Gedanke. „Ausgestossen“ zu sein aus der Nation vertragen sie nicht, und so war ihr Sinnen und Wirken seit jener Kriegserklärung an das sagenhafte Staatsrecht, die sie längst und feierlich verleugnet haben, eigentlich nur darauf gerichtet, in den „Schoss der Nation“ wieder aufgenommen zu werden. Nie waren sie in dem tschechischen Chauvinismus ein mässigendes Element, immer haben sie ihm Nahrung zugetragen. So haben sie nun im tschechischen Volkskörper auch ihre bestimmte nationale Funktion und sie wird, aller Parteikonkurrenz ungeachtet, von den nationalen Parteien auch anerkannt: sie haben die nationalen Forderungen der Tschechen zu sozialen zu erheben. Man versteht nun den tiefgreifenden Unterschied zwischen der Stellung der tschechoslawischen Partei und der Stellung aller übrigen sozialdemokratischen Parteien und insbesondere der deutschen Partei: während für diese und namentlich für uns die nationalen Fragen eine Erschwerung unserer proletarischen Arbeit sind, sind sie den Tschechoslawen eine Begünstigung ihrer Agitation; während wir sie als Störung empfinden müssen, ziehen die Tschechoslawen aus ihnen Vorteile. Denn ebendeshalb ist die Stellung der separatistischen Sozialdemokratie — der gewerkschaftliche Separatismus ist ja nur der letzte Ausläufer des tschechischen Chauvinismus — innerhalb der tschechischen Nation eine ganz andere als die jeder Sozialdemokratie in Oesterreich und wieder insbesondere als die unserer Partei. Während sich gegen uns die „Nation“ als eine einzige antisozialdemokratische Organisation konstituiert — das Antisozialdemokratische wird mit dem österreichischen Deutschtum immer mehr identisch — erscheinen die Separatisten als eine Partei innerhalb der anderen tschechischen Parteien. Als eine Partei, die man natürlich bekriegt, weil man sich nicht gern Mandate wegnehmen lässt, aber über deren nationalen Charakter, über deren nationale Verlässlichkeit und über deren Zuständigkeit im „Schosse der Nation“ in der tschechischen Welt keine Meinungsverschiedenheit besteht.

Ob nun die Zugehörigkeit der Separatisten zu den nationalen tschechischen Parteien der letzte Grund sein mag, dass sich die politischen Kämpfe zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen unter den Tschechen ganz anders abspielen als unter den Deutschen: sicher ist, dass sie sich anders abspielen. Wie sieht es bei den Deutschen aus? In der Geographie und nach der Ethnologie gehört Deutschösterreich zu Süddeutschland, aber in der Politik gehört es zu Preussen, und zwar zu jenem Preussen, wo es im Reich am dunkelsten ist: eine so wilde, fanatische, zügellose Gehässigkeit gegen die Sozialdemokratie, wie sie die österreichischen Deutschbürgerlichen beseelt, wird man auch bei dem extremsten und ungehobelsten der preussischen Junker nicht antreffen. Deutschösterreich ist sonst als das Land der Gemütlichkeit verschrien; aber von Gemütlichkeit hat das Verhältnis der bürgerlichen Parteien zu der Partei der Arbeiter weiss Gott nichts an sich. Ueberhaupt kann man sagen, dass eine ähnliche Entwicklung, wie wir sie in Deutschösterreich antreffen, kein Analogon in ganz Europa findet. Ueberall nehmen wir nämlich ein wachsendes Bedürfnis des Bürgertums wahr, mit der grossen proletarischen Bewegung Fühlung zu bekommen, sich zu ihrem Verständnis durchzurufen, die augenblicklichen Notwendigkeiten des staatsbürgerlichen Lebens mit ihr gemeinsam zu vollziehen. Deutschland ist ohne Zweifel ein Land starker Klassengegensätze, und dennoch konnte die Sozialdemokratie mit der Freisinnigen Volkspartei, der Partei des freiheitlichen Bürgertums, ein allgemeines Stichwahlabkommen abschliessen — ein Abkommen, das aus den aktuellen politischen Bedürfnissen nicht zur Gänze zu erklären, das nur möglich war, weil sich das Verständnis für die Daseinsnotwendigkeit der Sozialdemokratie bei den freiheitlichen Schichten des Bürgertums ungemein gesteigert hat. In Oesterreich haben wir zwei deutschbürgerliche Parteien, die Christlich-sozialen und die Nationalverbändler, und beide sind auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie dressiert, sie haben überhaupt nichts anderes mehr im Kopfe als diesen Kampf, weshalb ja auch die Unterschiede zwischen ihnen immer mehr verschwinden und der Tag nicht mehr fern ist, wo sie ganz aufgehört haben werden. Demgegenüber vergleiche man die Idylle im tschechischen Lager! Die guten Separatisten möchten sich freilich reinwaschen und weisen immer auf die Verhältnisse in Wien hin und auf das Wahlkompromiss bei den vorigen Reichsratswahlen in Wien, was zwar keines war, aber

über das Verhältnis zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie auch nichts aussagen würde, wenn es eines gewesen wäre. Denn dass sich die Wähler in der Zweimillionenstadt, in der so gewaltige Menschenmassen leben, die am Rande zwischen bürgerlicher und proletarischer Welt stehen — man denke nur an die Massen von Beamten und Bediensteten — nicht nach dem Diktat der im Nationalverband vereinigten kleinen und grossen Scharfmacher lenken lassen und dass hier, wo das christlichsoziale Joch von den Freiheitlichen unmittelbar und darum am schmerzhaftesten empfunden wird, der Verschmelzung in die antisozialdemokratische Liga, die sich sonst überall geradezu automatisch vollzieht, besondere Hindernisse im Wege stehen, das ist eine Sache für sich, die für die Sachen in Deutschösterreich keinen Ausschlag gibt. Aber es handelt sich gar nicht um Stichwahlen, obwohl man schon erwähnen darf, dass wir von den vierzig Stichwahlen, an denen wir bei den Neuwahlen ausserhalb Niederösterreichs beteiligt waren, nur in zweien gesiegt haben (und in beiden, wie hinzuzufügen, infolge besonderer Umstände), was auch schon beweist, dass es gegen die Sozialdemokratie überall nur eine bürgerliche Partei gibt, die wirklich die eine reaktionäre Masse ist. Worin sich die Stellung der deutschen und die der tschechischen Sozialdemokratie in Hinsicht auf das Verhältnis zu der bürgerlichen Welt so fundamental unterscheidet, ist die Tatsache, dass die Separatisten im „Schosse der Nation“ zu Hause sind, wogegen wir die „Nation“ in nimmer rastendem und immer gehässiger werdendem Kampfe gegen uns gerüstet und begriffen sehen.

Das tschechische politische Leben unterscheidet sich freilich auch darin vom deutschen, dass es von Natur aus ungleich demokratischer ist. Dass die Tschechen von der parasitären Erscheinung des Adels befreit sind, mag unerheblich sein. Wichtiger ist schon, dass ihr Unternehmertum, das ja recht selten bodenständiges Gewächs ist, auf das politische Leben beinahe so gut wie keinen Einfluss ausübt, ihn auszuüben gar nicht anstrebt. Jene ekelhafteste Erscheinung in der deutschen Politik, das politische Scharfmachertum, gestiftet und geführt von den Grossbanditen der Industrie, das fehlt, ihr zum Heile, der tschechischen Politik gänzlich, wie ihr natürlich auch die Fabrikantenkandidaten und die Fabrikantenabgeordneten ferngeblieben sind. Und dass es ihr fehlt, ist noch nicht das Entscheidende; während die Schuster und Schicht und Brass, die unter dem Vorwand der Rettung der deutschen Nation vor dem Ansturm der internationalen Sozialdemokratie ein gemeines Scharfmachergewerbe betreiben, von jener deutschen Nation als Wohltäter empfangen und mit Jubel begrüsst werden, während in der deutschen Welt jeder Ausbeuter, der „seine“ Arbeiter zur Wahl des Arbeiterfeindes zwingt, der Eintragung in das deutsche Heldenbuch sicher ist, würde die tschechische bürgerliche Welt, und das kann sie sich als rühmlichen Vorzug buchen, die Vergewaltigung ihrer politischen Freiheit durch die Ausbeuter wohl gar nicht vertragen, jedenfalls würde der entschiedene Widerspruch auch von bürgerlichen Parteien her nicht ausbleiben. Natürlich gibt es auch bei den Tschechen Unternehmerorganisationen, aber die Politik, die Wahlkämpfe beeinflussen sie dort nicht, wogegen sie sie bei uns geradezu beherrschen. Damit stimmt überein, dass der kleinbürgerliche Radikalismus bei den Tschechen, aller seiner demagogischen Laster ungeachtet, mit dem, was sich bei uns radikal nennt und radikal gebärdet, nicht verwechselt werden darf; man würde selbst die Choc-Leute beleidigen, wenn man sie etwa den Wolf-Leuten gleichsetzen wollte. Diese Deutschradikalen, die sich von Hohenzollernschwärmern zu den schwärzest-gelbsten Stiefelwichspatrioten entwickelt haben, die aus Los-von-Rom-Männern Busenfreunde der Christlichsozialen geworden sind, die einmal wilde Freiheitsfreunde waren und nun für jedes Ausnahmsgesetz gegen die Sozialdemokraten zu haben wären; Leute und Parteien dieser moralischen Qualitäten findet man in den anderen Nationen in Oesterreich überhaupt nicht. Und erst die famosen Deutschgelben, die gedungenen Fanghunde gegen die Sozialdemokraten — gegen die sind die Nationalsozialen einfach ideale Gegner! Auch die von Grund aus verschiedene Stellung der sogenannten Schutzvereine darf nicht übersehen werden. Die tschechischen Schutzvereine sind, soweit einem Fernestehenden ein Urteil möglich ist, wirklich neutrale, unpolitisch-nationale Organisationen, wogegen die deutschen Schutzvereine ausnahmslos (der Deutsche Schulverein, der es aufs Wort haben will und mit seinem neutralen

Charakter protzt, nicht minder) politische, die meisten direkt antisozialdemokratische Organisationen, Organisationen zur Bekämpfung der Sozialdemokraten sind. Politische Gegnerschaften, Wahlkämpfe, Wahllügen, das gibt es natürlich auch bei den Tschechen. Aber jene Organisation der bürgerlichen Welt, die geradezu einer Verschwörung gleicht, die alles mobilisiert und alles in den Dienst des einen erhabenen und hehren Gedanken stellt, in den Gedanken der Bekämpfung der Sozialdemokratie, die haben nur wir zu überwinden. Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich hat auch hierin die schwersten Kampfbedingungen.

Indem sich nun das tschechische Leben eine gewisse Demokratie bewahrt hat, ist es auch von jener Demoralisation freigeblieben, die immer mehr das Merkmal der deutschen bürgerlichen Politik wird. Zu dieser Verwahrlosung gehört, nebenbei bemerkt, auch die dumme Totschweigetaktilk der Wiener Presse; (die „Neue Freie Presse“ wird den „Konflikten“ um die Person des Herrn Stapinski ungezählte Spalten widmen, aber über den deutschtschechischen Konflikt in der Sozialdemokratie, der, auch wenn wir den Umkreis der Sozialdemokratie verlassen, zu den wichtigsten und folgenschwersten Ereignissen der österreichischen Politik gehört, hat sie, wie übrigens alle Wiener Blätter, noch nicht ein Wort geschrieben, so dass die armen Leser nicht einmal wissen, was es mit dem Separatismus, von dem sie manchmal hören, eigentlich los ist); aber die geistige und moralische Verwahrlosung, der die deutschbürgerliche Politik allmählich anheimfällt, kann nur der ermessen, der mit der berüchtigten Schriftleiterpresse vertraut ist. Jener ganze Unrat der im Grossbetrieb hergestellten Verleumdungen wider die Sozialdemokratie, der planmässigen, unausgesetzten Entstellung ihres Wirkens, jene systematische Zusammentragung von abernen Lügen, Entstellungen und Verleumdungen aus der ganzen Welt, die man „Material gegen die Sozialdemokratie“ nennt, und zu deren Herstellung, Aufspeicherung und Vertreibung eine ganze Reihe von Betrieben organisiert und tätig ist, diese Vergiftung der Politik ist wirklich nur deutscher Besitz, ein Besitz freilich, der den deutschen Anspruch, als erste Kulturnation in Oesterreich zu gelten, ins rechte Licht setzt. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie im Reiche ist ohne Zweifel auch keine erquickliche Erscheinung; aber auf der Stufe der Bekämpfung der Sozialdemokratie, auf die der Kampf unserer Gegner gesunken ist, wird vielleicht auch er nicht anzutreffen sein. Und wie rasch hat der deutsche Volkskörper diese Ordinärheiten ausgestossen, wie rasch von ihnen, als einem widerwärtigen Fremdkörper, sich befreit! Unsere famose Schriftleiterpresse frisst den Dreck mit dem grössten Behagen! Zu den Dingen, die unser Arbeiten besonders erschweren, die eine Schwierigkeit über die natürlichen Widerstände hinaus sind, die die Sozialdemokratie überall zu überwinden hat, gehört auch die Unkultur unserer Gegner, die Reduzierung des Kampfes wider uns auf Lügen und Pöbeleien. Auch hier sind wir deutschen Sozialdemokraten ärger daran als alle anderen Parteien, ärger darum, weil diesem Pöbelsinn nicht bloss die Klerikalen huldigen (die sind ja wahrscheinlich nirgendwo besser), sondern ihm auch die Freiheitlichbürgerlichen verfallen sind und unter diesen, was das ärgste, vor allem die intellektuellen Schichten, von denen sonst überall die Reinigung der bürgerlichen Politik ausgeht.

Nun könnte man einwenden, dass anderswo wieder die Staatsgewalt unerschüttert und mächtig dasteht und darum verfolgungssüchtig sei, wogegen die österreichische Verschlampung despotischen Anwandlungen keinen Raum böte. Das hat gewiss seine Richtigkeit und ohne Zweifel haben etwa unsere reichsdeutschen Genossen Zeiten schwerer und schwerster Verfolgungen erlebt und überwunden, von Verfolgungen, die alles aufwiegen, was wir als besondere Erschwerungen unseres Wirkens in Oesterreich erkannt haben, von Verfolgungen, die weniger wetterfeste Organismen vielleicht gebeugt hätten, während die deutsche Partei aus ihnen allen wie aus einem Stahlbad kräftiger und entschlossener hervorgegangen ist. Aber auch hier ist auf eine österreichische Eigentümlichkeit aufmerksam zu machen. Es ist wahr, dass man in Preussen-Deutschland brutal ist, der Sozialdemokratie keinen Fussbreit Boden gönnt, den sie sich nicht selbst erkämpft hat, dass man dort nicht wehleidig und, wenn man will, auch nicht furchtsam ist. Aber eines ist in Deutschland, das kein Betyarenland ist, unerschütterbar und ist nie erschüttert worden: der Sinn für Gesetzlichkeit, der Respekt vor dem

Gesetz. Gesetz ist Gesetz, mit der ehernen Kraft der jederzeitigen und ausnahmslosen Geltung ausgestattet, und die Gesetze umzubiegen, umzuinterpretieren, durch freche Willkür zu ersetzen, das ist in Deutschland, soweit es nicht Ostelbien ist, ganz unmöglich. Ein Beispiel für hunderte: in allen deutschen Kommunen herrschen Bürgerliche, schroffe, feste Gegner der Sozialdemokratie. Aber die Wählerlisten sind überall tadellos! In Deutschland gibt es Kampf, heissen Kampf, aber der Betrug wird als kein berechtigtes Kampfmittel anerkannt! Ueberhaupt die österreichische Spezialität, nur Gesetze zu machen, die man ins Gegenteil umbiegen kann, die kennt man in Deutschland nicht. Wir freilich haben nur solche Gesetze. Wir haben Vereinsfreiheit, aber man kann jeden Verein verbieten und auflösen; Versammlungsfreiheit, aber jede Versammlung kann verhindert werden; Pressfreiheit, aber jede Zeitung kann konfisziert werden. Wir haben ein Kolportageverbot, um das sich niemand kümmert, aber das man doch nicht beseitigt, weil man es doch wieder gegen unbequeme Parteien wird brauchen können. Wir haben die Einrichtung der nichtpolitischen Vereine und das Verbot der politischen Vereine für die Frauen, beides durch die Entwicklung sachlich längst beseitigt. Aufgehoben werden die Verbote trotzdem nicht; man kann sie doch einmal gegen Parteien, die man schurigeln will, nötig haben. Wir haben das grossartigste Wahlschutzgesetz und die ärgste Wahlbedrückung. Wir haben eine Verfassung, daneben aber den § 14 und das uneingeschränkte Recht der Verwaltung, die verfassungsmässigen Freiheiten mit Stumpf und Stil auszurotten. Wir haben ein Reichsgericht zum Schutze der staatsbürgerlichen Rechte, aber die Behörden brauchen sich um seine Richtersprüche nicht zu bekümmern. Ueberhaupt wenn es das germanische Wesen auszeichnet, vor dem Gesetz, ob es bequem oder unbequem, Respekt zu haben, so ist es österreichische Eigenart, das Gesetz zu verachten, und wer hier zu Lande das Gesetz anruft oder dabei beharrt, macht sich wie ein Ausländer lästig. Die Tüchtigkeit der österreichischen Verwaltung besteht darin, immer noch, selbst wenn das Gesetz noch so klar scheint (man denke zum Exempel an die Sache mit der Fleischeinfuhr), ihm eine Nase drehen zu treffen. Man versteht also: die gehässigste, die verrückteste Verfolgungssucht hat in Deutschland eine Grenze, die sie nicht überspringen kann: das Gesetz; das jeden bindet, worüber sich niemand wegsetzen kann! Aber mit den österreichischen Gesetzen bewaffnet und mit der naiven Verachtung des Gesetzes erfüllt, die unsere Verwaltung beseelt, könnte die Sozialistenhatz, wenn ihr einmal das Stichwort von oben gegeben ist, eine ganz andere Wirksamkeit entfalten. Hier ist übrigens von keiner Zukunft, hier ist von der Gegenwart die Rede. Noch einmal sei an das Beispiel mit den Wählerlisten erinnert, denn es reicht zum Beweise aus, dass der Kautschukcharakter unseres gesamten öffentlichen Rechtes, die Geringschätzung der gesetzlichen Bestimmungen und das geminderte Rechtsgefühl — das böartigste Exempel der österreichischen Unkultur — ein Element der Erschwerung unserer Kampfbedingungen darstellt, einer Erschwerung, die die angebliche Eignung der österreichischen Bureaukratie, Notwendigkeiten zu begreifen, auch wenn sie Sozialdemokraten zugute kommen, weit überwiegt.

All das, was hier dargelegt ist und dessen Darlegung den Zweck hat, den Parteigenossen das Gewissen zu schärfen, ist natürlich nichtig, wenn wir uns mit proletarischer Entschlossenheit an die Arbeit machen. Wenn wir mit kräftiger Hand zupacken, so werden wir mit dem Gezücht der österreichischen Sozialistenbekämpfer rascher fertig sein, als sie es heute vermeinen, und rascher noch als wir es selbst vermuten. Was wir brauchen, ist einfach, zu sagen: wir brauchen bei den nächsten Neuwahlen einen rechtschaffenen Sieg. Die Niederlage vom vorigen Jahr lastet auf uns mit bleierner Schwere und macht die Feinde üppig und frech. Aber wo Arbeiter wohnen, kann die Sozialdemokratie siegen, und wo sie siegen kann, muss sie siegen; siegt sie nicht, so ist halt was nicht in Ordnung gewesen. Und es war im vorigen Jahre, glaube ich, vielerlei nicht in Ordnung gewesen und wird noch heute mancherlei nicht in Ordnung sein. Aber das muss eben geleistet werden. Es ist nicht schädlich und wird keine trübe Stimmung hervorrufen, wenn wir uns klarmachen, dass wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich mit grossen und besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Es ist gut und wird nützlich sein: denn diese Erkenntnis wird uns verhindern, in Trägheit zu verfallen oder in Versumpfung zu geraten. Indem wir alle unsere Feinde

erkennen und erblicken, werden wir zu einer Anstrengung gezwungen, die wir vielleicht sonst nicht machen würden; indem wir über die Grösse unserer Aufgabe Klarheit gewinnen, wird erst der wahre Willensentschluss reifen, wird uns erst der zähe, unbeugsame, nie aussetzende Wille entstehen, aller Feinde Herr zu werden, um ans Ziel, koste es was wolle, zu gelangen. Möge von dem Parteitag die Kraft ausströmen, die alle Glieder unserer grossen Partei zu der kampffrohen, leidenschaftsdurchglühten Schar gestaltet, unter deren Ansturm alles, was wir hassen, erliegt und zerbricht!

Otto Bauer: Der Krieg um Mazedonien

Feudalismus und Kapitalismus in der Türkei.

In den Fünfzigerjahren des 19. Jahrhunderts herrschte in Mazedonien noch die Naturalwirtschaft. Die Ernte des Bauern wurde nicht verkauft, sondern von der Bauernfamilie verzehrt. Der Bauer produzierte nicht Waren für den Markt, sondern Güter für den Eigenbedarf. Die Produktion der Bauernfamilie fand ihre Ergänzung in urwüchsigem Naturaltausch. Auf den Wochenmärkten von Ipek und Prizrend tauschten die Bauern Getreide gegen Salz, Felle oder Talg gegen Eisen aus. Geld wurde bei diesem Tausch nicht verwendet.

Seit dem Krimkrieg wurde die Naturalwirtschaft allmählich zersetzt. Unter dem Druck des europäischen Kapitalismus musste sie der Geldwirtschaft weichen. Zweier Mittel bediente sich das Kapital, die Wirtschaftsverfassung der Türkei umzuwälzen: erstens der Entwicklung des Staatsschuldensystems, zweitens des Baues der Eisenbahnen.

Immer wieder von Russland bedroht, musste sich die Türkei ein starkes Heer schaffen, der europäischen Industrie ungeheure Summen für Waffen und Kriegsmaterial bezahlen und ihren Besitzstand in vielen Feldzügen verteidigen. So wurde der türkische Staatsschatz mit schwerer Staatsschuld belastet. Das europäische Finanzkapital legte auf die türkischen Staatseinnahmen seine Hand. Seit dem Jahre 1881 sind die wichtigsten Staatseinnahmen — Salz- und Tabakmonopol, Stempel- und Spirituosensteuer, Fischereisteuer und Seidenzehent, Zollgefälle und Gewerbesteuer — der Verwaltung des türkischen Finanzministeriums entzogen und einem Verwaltungsrat unterstellt, der aus den Vertretern der Grossbanken von Paris, Wien, London, Berlin, Rom und Konstantinopel zusammengesetzt ist. Diese Einnahmen werden ausschliesslich dazu verwendet, dem europäischen Kapital die Schuldzinsen zu bezahlen. Desto eifriger musste die Türkei darauf bedacht sein, ihre Einkünfte aus den anderen Steuern zu erhöhen. Es waren dies vornehmlich die von den Bauern getragenen Steuern: Zehent, Grundsteuer, Steuer auf Hammel, Büffel und Schweine. Zur Leistung höherer Steuern gezwungen, mussten die Bauern sich entschliessen, einen Teil ihrer Ernte zu verkaufen, um das Geld für den Steuereinheber aufzutreiben. So begannen sie zur Produktion für den Markt überzugehen.

Diese Tendenz wurde verstärkt durch den Bau der Eisenbahnen. Die seit 1872 von österreichischem, belgischem und französischem Kapital gebauten Eisenbahnen brachten europäische Waren auf die mazedonischen Märkte. Der Verlockung, diese Waren zu kaufen, konnte der Bauer nicht widerstehen. Er verkaufte seine Ernte, um Geld für den Ankauf der fremden Waren zu gewinnen. Und zum Verkauf schufen die neuen Verkehrsmittel Gelegenheit: war es früher unmöglich, Getreide oder Vieh auf entferntere Märkte zu schaffen, so weiteten die Eisenbahnen das Absatzgebiet. Getreidehändler tauchten in den Dörfern auf, die Brotfrucht oder Mais aufkauften, um sie auf der neuen Eisenbahn in die grossen Handelszentren und Hafenstädte zu führen.

So vollzog sich in Mazedonien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Uebergang von der Güterproduktion für den Eigenbedarf zur Warenproduktion für den Markt, von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft. Die nächste Wirkung

dieser Veränderungen im Wirtschaftsleben war die Verschärfung der Klassengegensätze im Lande.

Die beiden grossen Klassen der mazedonischen Gesellschaft sind die Grundherren (Spahis) auf der einen, die Bauern auf der anderen Seite. Der Klassengegensatz ist zugleich ein nationaler und ein religiöser Gegensatz: die Spahis sind Türken und Mohammedaner, die Bauern Slawen und Christen. Das Verhältnis zwischen den beiden Klassen wurde unter dem Einfluss des Ueberganges von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft vollständig verändert.

Zuerst veränderte sich die Steuerverfassung im Lande. Die wichtigste Steuer ist der Zehent. Der Bauer muss, ehe er mit dem Drusch beginnt, ein Zehntel der Ernte als Steuer abführen. Diese Steuer schuldet der Bauer dem Staat. Aber der Staat hatte die Zehenteinnahmen den Spahis zu Lehen gegeben, wofür diese sich verpflichten mussten, Krieger zu stellen und zu erhalten: für je 3000 Aspern Zehenteinnahmen einen Mann. Nachdem die Revolution in Europa das Lehensrecht aufgehoben hatte, wurde seit 1839 auch in der Türkei die lehensrechtliche Heeres- und Steuerverfassung abgeschafft. Die Spahis wurden von der Pflicht, Soldaten zu stellen und zu erhalten, befreit; dafür verloren sie aber auch das Recht, den Zehent einzuhoben. Der Zehent fiel an den Staat zurück, der ihn aber nicht selber einhob, sondern das Recht der Einhebung an Steuerpächter verpachtete. So trat an die Stelle des Spahis der Steuerpächter, an die Stelle des Feudalherrn der Kapitalist.

Die Steuerpachtung ist ein kapitalistisches Unternehmen. Sie kann nur erfolgen, wenn der Pächter von den Bauern mehr eintreiben kann, als er dem Staat zahlen muss. Je mehr die von dauernder Finanznot bedrängte Türkei von den Steuerpächtern forderte, desto mehr mussten sie von den Bauern eintreiben. Die Steigerung ihrer Forderungen führte zu heftigen Kämpfen mit den Bauern. Der Bauer muss sein Getreide auf dem Acker liegen lassen, bis der Steuerpächter auf das Feld kommt, die Ernte abschätzt und den Zehent von ihr wegführt. Um den Zehentpächter zu betrügen, schaffen die Bauern einen Teil der Ernte beiseite, ehe der Pächter kommt. Der Pächter wehrt sich dagegen, indem er die Hilfe des von ihm bestochenen Ortsvorstehers anruft. So führt jede Zehenteinhebung zu heftigen Kämpfen.

Der Bau der Eisenbahnen steigert die Ausbeutung der Bauern. Die Eisenbahn erleichtert ja dem Steuerpächter die Kontrolle der Bauern, die Wegbringung des Zehentgetreides und seine Verwertung in den grossen Handelszentren, sie steigert daher die Gier des Pächters. Daher steigen mit dem Eisenbahnbau die Zehenteinnahmen. Als im Jahre 1894 die Eisenbahn Saloniki-Monastir dem Verkehr übergeben wurde, betrogen die Zahlungsanweisungen der Zehentpächter in den beiden Sandschaks 74.974 Pfund; im Jahre 1899 waren sie schon auf 222.515 Pfund gestiegen. Zugleich hat aber die Verdichtung des Eisenbahnnetzes noch eine andere Wirkung: die Geldwirtschaft verbreitet sich, der Bauer gewöhnt sich daran, einen grossen Teil seiner Ernte zu verkaufen. Nun ist der Zehentpächter in der Regel zugleich Getreidehändler. Da er den Bauern mit Hilfe der bestechlichen Beamten und Ortsvorsteher bei der Zehenteinhebung quälen kann, benützt er diese Machtstellung, um nicht nur den Zehent möglichst zu erhöhen, sondern den Bauern auch zu zwingen, ihm den Rest seiner Ernte um niedrigen Preis zu verkaufen. So werden die Bauern von gierigen Kapitalisten geplündert.

Andere Umstände trugen dazu bei, die Lage der Bauern zu verschlechtern: die Erhöhung der Grundsteuer, verheerende Tierseuchen, Plünderung der Bauern durch grosse Truppenmassen in einer Reihe von Feldzügen. Die Verelendung der Bauern führt einerseits zur Massenauswanderung in die Nachbarländer, insbesondere nach Bulgarien — auch in Oesterreich wird der mazedonische Wanderarbeiter bei Erdarbeiten, Eisenbahn- und Wasserbauten immer häufiger verwendet — anderseits zur Vermehrung des Lumpenproletariats im Lande, aus dem sich viele Räuberbanden rekrutieren. Die Verelendung der Bauern verändert schliesslich auch die Beziehungen zwischen den Bauern und den Grundherren.

Die mazedonischen Bauern zerfallen in drei Gruppen:

1. Freibauern, die Eigentümer des Bodens sind und nur Staatssteuern, aber keine Abgaben an die Spahis zu zahlen haben.

2. Zinspflichtige Bauern (Kassimdji). Der Boden gehört dem Grundherrn, doch hat der Bauer an dem Boden ein festes Besitzrecht. Er muss aber dem Herrn den Kassim, einen Zins in Naturalien oder Geld, zahlen.

3. Teilpächter (Ispoldji). Der Boden gehört dem Herrn. Der Bauer hat kein Besitzrecht an ihm, er ist bloss Pächter und kann abgestiftet werden. Der Grundherr überlässt dem Bauern den Boden zur Bebauung, wofür dieser einen Teil — in der Regel ein Drittel — der Ernte dem Herrn abliefern muss. Die Einhebung erfolgt auf dem Feld in ähnlicher Weise wie die des Zehents. Der Pachthof mit den zugehörigen Pächtern heisst Tschiflik*.

Unter dem Einfluss der Geldwirtschaft wird nun das Verhältnis zwischen diesen Gruppen der Bauernschaft verändert. Immer häufiger werden Freibauern in zinspflichtige, diese in Teilpächter verwandelt. Der überschuldete Bauer gibt, um die Hilfe des Grundherrn in seiner Not zu erlangen, dem Herrn eine Urkunde, worin er ihm den Boden abtritt, sich aber das Bebauungsrecht gegen Zahlung eines Zinses vorbehält. So wird der Freibauer zinspflichtig. Kann der Bauer Zinsen und Steuern nicht mehr aufreiben, dann muss er dem Grundherrn weichen und muss froh sein, wenn dieser ihm als Teilpächter seinen Boden zur Bebauung überlässt. So werden zinspflichtige Bauern zu Teilpächtern. Der feudale Tschiflik verdrängt die freie Bauernschaft.

Zugleich wachsen aber auch die Forderungen, die der Grundherr an die Teilpächter stellt. Auch ihm erleichtert die Eisenbahn die Kontrolle der Bauern. Auch seine Gier nach der Ernte des Bauern wächst, seitdem die Eisenbahn es ermöglicht, das Getreide mit Gewinn auf entfernteren Märkten zu verkaufen. So wird der Klassengegensatz zwischen Grundherren und Teilpächtern verschärft.

Bei den türkischen Behörden finden die Bauern keine Hilfe. Der türkische Beamte und der türkische Richter stehen dem türkischen mohammedanischen Herrn, der mit Backschisch nicht spart, gegen die slawisch-christliche Rajah, der die Mittel zur Bestechung fehlen, immer bei.

Die Erbitterung der Bauern über die Verschlechterung ihrer Lage wächst um so mehr, da die Bauern ihre Klassen- und Volksgenossen in den von der Türkenherrschaft befreiten Nachbarländern in viel günstigerer Lage sehen. Aus Serbien und aus Bulgarien sind die türkischen Spahis verjagt worden, der Bauer ist freier Eigentümer seines Landes, er hat keine Abgaben an Grundherren zu bezahlen, der Naturalzehent ist durch ein modernes Steuersystem ersetzt. Kein Wunder, dass die mazedonischen Bauern die bulgarischen und serbischen Truppen als Befreier herbeisehnen!

Die Türkei kann das Feudalrecht nicht aufheben: sie kann nicht der Klasse, die allein ihre Herrschaft in Mazedonien trägt, ihre Daseinsgrundlagen entziehen. Sie kann nicht Mohammedaner, Türken, enteignen, um Christen, Slawen, zu befreien. Die Verwandlung der feudalen Rechtsordnung in die bürgerliche kann sich in Mazedonien nicht anders vollziehen als durch die Aufhebung der Türkenherrschaft. Die Eroberung Mazedoniens durch Bulgarien und Serbien bedeutet für dieses Land die bürgerliche Revolution — sein 1789 oder 1848. Der Feudalismus, erträglich, solange die Naturalwirtschaft geherrscht, ist dort wie überall unhaltbar geworden, sobald die Geldwirtschaft ihn umgestaltet hat. War die Umgestaltung der naturalwirtschaftlichen Grundherrschaft in die geldwirtschaftliche Gutsherrschaft in ganz Europa die letzte Ursache aller Agrarrevolutionen von 1525 bis 1848, so ist sie heute in Mazedonien die Ursache der Erschütterung der türkischen Herrschaft. Die Eroberung Mazedoniens durch die christlichen Balkanstaaten würde einen grossen geschichtlichen Fortschritt bedeuten: die Befreiung des mazedonischen Bauern von der Ausbeutung durch türkische Feudalherren; die Ausweitung der allzu engen, ihre Entwicklung einschnürenden Grenzen der christlichen Balkanstaaten; die Befreiung der

* Der Tschiflik ist älter als die Türkenherrschaft. Er geht auf die byzantinische Paroikie zurück, die dem weströmischen Kolonat entsprach. Die Türken haben dieses Verhältnis nicht geschaffen, sondern nur den türkischen Spahi an die Stelle des griechischen Grundherrn oder des slawischen Edelmannes gesetzt. Vergleiche Zachariä v. Lingenthal, Geschichte des griechisch-römischen Rechts. Berlin 1877. Seite 242 ff.; Wlainatz, Die agrarrechtlichen Verhältnisse des mittelalterlichen Serbien. Jena 1903. — Den Lesern des „Kampfes“ ist dieses Teilbausystem aus den Aufsätzen des Genossen Topalovits über die bosnische Agrarfrage im 5. Jahrgang bekannt.

türkischen Bauern Anatoliens von den ungeheuerlichen Heeres- und Steuerlasten, die sie tragen müssen, um die Herrschaft von 15.000 türkischen Grundherren über Mazedonien zu verteidigen. Dieser geschichtliche Fortschritt hätte sich schon längst vollzogen, wäre er nicht gehemmt worden einerseits durch den nationalen Kampf der christlichen Balkanvölker gegeneinander, andererseits durch die Grossmächte, die das Leben der Türkei verlängern, weil sie sich über die Teilung ihres Erbes nicht einigen können.

Der Kampf gegen den Phanar.

Zwischen der türkischen Grundherrenklasse und den slawischen Bauern stehen die griechische Bourgeoisie und der griechische Klerus.

Als die Türken die Balkanhalbinsel eroberten, wurde der slawische Adel vernichtet, wo er nicht zum Islam übertrat. Die Slawen wurden ein Volk von armen, geknechteten, kulturlosen Bauern, ein Volk ohne Schrifttum, ohne politisches Leben, ohne höhere Gesittung. Serben und Bulgaren waren vom Anfang der Türkenherrschaft bis zu ihrer Befreiung vom Türkenjoch geschichtslose Nationen.

Anders die Griechen. Sie waren das Herrenvolk im byzantinischen Reiche gewesen, auf dessen Trümmern das Osmanenreich entstanden war. Griechisch blieb auch unter der Türkenherrschaft die christliche Herrenklasse der Balkanhalbinsel. Nicht nur im geschlossenen griechischen Sprachgebiet im Süden der Balkanhalbinsel, auch in den slawischen, rumänischen, albanischen Gebieten waren die Griechen die wohlhabende Oberschicht der städtischen Bevölkerung: Kaufleute, Steuerpächter, Wechsler, die höhere Geistlichkeit, Lehrer, Aerzte waren überall Griechen. Sie bildeten also die Bourgeoisie der christlichen Rajah des türkischen Reiches. Darum sind die Griechen nie so tief gesunken wie die Slawen. Sie waren eine historische Nation, ein Volk mit eigenem Schrifttum, eigener Kultur, eigenem politischen Leben, als die Slawen in das Elend geschichtsloser Bauernvölker hinabgestossen waren.

An der Spitze der griechischen Gesellschaft stand der phanariotische Adel. In den Phanar, das Griechenviertel Konstantinopels, hatten die Türken die vornehmen griechischen Familien des byzantinischen Reiches angesiedelt. Sie blieben auch unter türkischer Herrschaft eine mit Vorrechten ausgestattete Klasse. Sie waren reiche Kaufleute, Reeder, Bankiers, mit denen die türkische Regierung Geschäfte machte. Alle hohen und einträglichen Würden der griechischen Kirche waren ihnen vorbehalten. Nicht wenige von ihnen erlangten im Dienste des Sultans grossen Einfluss. Auch die christlichen Fürsten, die in der Moldau, in der Walachei, auf Samos als Vasallen des Sultans herrschten, waren der phanariotischen Aristokratie entnommen.

Das wichtigste Herrschaftsmittel der griechischen Herrenklasse war die griechische Kirche. Sie war die christliche Staatskirche des türkischen Reiches. Alle orthodoxen Christen der Türkei — nicht nur die Griechen, sondern auch Rumänen, Serben, Bulgaren, Albanesen — waren der Herrschaft des ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel unterworfen. Ihre Kirchengemeinden waren die einzige Organisation der christlichen Rajah, ihre Schulen die einzigen Pflanzstätten christlicher Wissenschaft, ihr Einfluss die einzige Wehr der christlichen Bevölkerung gegen türkische Willkür. Aber diese christliche Kirche war durchaus griechisch: die griechische Sprache war die Sprache der Kirche, der Schule, der Gemeinde.

Die wirtschaftliche, kirchliche und geistige Vorherrschaft der Griechen unterwarf die Oberschicht aller christlichen Völker der Türkei der Anziehungskraft der griechischen Sprache und Kultur. Jeder Rumäne, Serbe, Bulgare, der Reichtum, höhere Bildung oder höhere Würde erlangte, nahm die griechische Sprache an. Wie in Böhmen im 17. und 18. Jahrhundert jeder Tscheche, der in die herrschende Klasse aufstieg, die deutsche Sprache annahm, wie in Belgien die Bourgeoisie auch im flämischen Gebiet sich der französischen Sprache bediente, wie sich in Finnland die soziale Oberschicht der schwedischen Herrenklasse assimilierte, so waren im ganzen türkischen Reiche — auch in der Moldau und in der Walachei, in Serbien und Bulgarien — alle reichen und gebildeten Christen Griechen geworden. Griechentum und Christentum waren identisch geworden. Die slawischen Bauern, die das Patriarchat beherrschte, galten als „slawophone (slawisch sprechende) Griechen“.

Als die Stürme der grossen französischen Revolution durch das alte Europa rasten, als Bonapartes Zug nach Aegypten die Phantasie der Völker des Orients entflammte und die Ideen des europäischen Liberalismus auch in der griechischen Intelligenz der Balkanstädte Verbreitung fanden, setzte die nationale Bewegung der Griechen ein. Die Befreiung der christlichen Rajah von der osmanischen Herrschaft bedeutete für sie die Vertreibung der Türken aus Europa und die Aufrichtung eines griechischen Reiches, das, der echte Erbe des byzantinischen Kaisertums, alle Länder umfassen sollte, die die griechische Kirche und die griechische Bourgeoisie beherrschten, also die europäische Türkei in ihrem ganzen damaligen Umfang einschliesslich Rumäniens, Serbiens und Bulgariens. Das war die „grosse Idee“ des neuen Hellenentums. Nicht in Griechenland, sondern in der Walachei hat der griechische Aufstand begonnen und die ersten Truppen der Hetärie waren serbische und bulgarische Reiter.

Aber nur im Süden der Balkanhalbinsel, wo die griechische Bourgeoisie sich auf eine griechische Bauernschaft stützen konnte, war der griechische Aufstand siegreich. Im Norden dagegen ward ihm ein unerwarteter und unerwünschter Erfolg. Wohl erhoben sich auch hier die christlichen Völker; aber nicht um für die „grosse Idee“ des Allgriechentums zu streiten, sondern um sich zu befreien sowohl vom türkischen Feudalismus als auch von der Vorherrschaft der griechischen Kirche und der griechischen Bourgeoisie.

Die griechische Kirche hat unter der türkischen Herrschaft eine grosse soziale Aufgabe erfüllt. Ihre Organisation sicherte den Christen eine breite, weit über das Kirchliche hinausgreifende Autonomie. Ihre Schule hat ein Stück der alten byzantinischen Kultur herübergerettet in unsere Zeit — ganz so wie im Abendland die katholische Kirche das Erbe des weströmischen Reiches durch die Jahrhunderte des Mittelalters erhalten hat, bis Humanismus und Renaissance ihm neues Leben gaben. Aber die dem Patriarchat unterworfenen Völker haben diese Leistung des Griechentums teuer bezahlt. Rumänen, Serben, Bulgaren fühlten sich vom griechischen Kaufherrn, vom griechischen Wucherer, vom griechischen Steuerpächter nicht weniger ausgebeutet als von dem türkischen Feudalherrn. „Der Bulgare arbeitet, der Grieche hält den Pflug“, sagt ein mazedonisches Sprichwort. Am schlimmsten aber bedrückte sie die griechische Kirche. Das Patriarchat verschachtelte die Bischofssitze an die Meistbietenden. Die Bischöfe trieben den hohen Kaufpreis, für den sie ihre Würden gekauft, von den Gläubigen ein, die sie mit hohen Kirchensteuern belegten. In manchen Teilen der Türkei war auch die niedere Geistlichkeit griechisch; hier verstand der slawische Bauer die Sprache seines Seelsorgers nicht. In anderen Gebieten war die Landgeistlichkeit der Bauernschaft entnommen; desto tiefer war hier die Kluft zwischen dem darbenenden slawischen Dorfgeistlichen und dem reichen, üppig schwelgenden griechischen Bischof in der Stadt. Wenn der griechische Bischof, von türkischen Bewaffneten umgeben, durch slawische Dörfer ritt oder wenn er durch türkische Soldaten die drückenden Kirchensteuern von den slawischen Bauern einheben liess, erschien er der Rajah als der Verbündete der verhassten türkischen Herren, als der Nutzniesser ihrer auf Ausbeutung des christlichen Bauernvolkes gegründeten Herrschaft. So hatte sich leidenschaftlicher Hass gegen das Griechentum in der Volksmasse aufgehäuft. Als die Griechen ihren Befreiungskampf gegen die Türkenherrschaft begannen, erblickten sie in ihrem Rücken, bewaffnet nicht nur gegen die Türken, sondern auch gegen sie selbst, den rumänischen und slawischen Bauern!

In einer siebzigjährigen Periode der Revolution, die mit dem serbischen Aufstand von 1804 begann und mit dem Russisch-Türkischen Kriege von 1878 endete, wurden Rumänien, Serbien, Bulgarien von der Türkenherrschaft befreit. Mit der Herrschaft der Türkei fiel auch die Herrschaft des Phanars in diesen Ländern. Die Phanarioten wurden von den Bischofssitzen vertrieben, die griechische Sprache wurde in der Kirche und in der Schule durch die Volkssprache ersetzt, die wohlhabenden und gebildeten Klassen — Bojaren und Bürgertum — die vordem gräzisiert worden waren, kehrten zur Volkssprache zurück. Die jungen Nationen schufen sich eine nationale Schriftsprache, eine nationale Literatur. So vollzog sich hier im Kampfe gegen das Griechentum derselbe Prozess des Erwachens geschichtsloser Nationen, der in Oesterreich wie in Ungarn, in Belgien wie in Finnland, in Russland wie in Indien eine der grossen geschichtlichen Tatsachen unseres Zeitalters ist.

In Mazedonien, das unter türkischer Herrschaft blieb, dauerte die Herrschaft der griechischen Kirche viel länger. Aber nach 1878 setzte auch hier die slawische Bewegung ein.

Im Jahre 1870 riss sich die bulgarische Kirche von der griechischen los: nach ihrem Oberhaupt wird jene das Exarchat, diese das Patriarchat genannt. Jene bedient sich in der Kirche und in der Schule der bulgarischen, diese der griechischen Sprache. Nachdem sich die Kirche zunächst in Bulgarien von dem Griechentum befreit, suchte sie auch in Mazedonien die Kirchengemeinden zum Abfall vom Patriarchat, zum Anschluss an das Exarchat zu bewegen.

Zwischen Mazedonien und Bulgarien besteht eine starke Wanderbewegung. Viele Slawen aus Mazedonien leben als Offiziere, Beamte, Lehrer, Aerzte, Rechtsanwälte, Kaufleute, Handwerker in Bulgarien. Noch viel grösser ist die Zahl der mazedonischen Bauern, die nach Bulgarien wandern und sich dort als Lohnarbeiter verdingen, um nach einigen Monaten oder Jahren mit Ersparnissen in die Heimat zurückzukehren. Diese beiden Gruppen der mazedonischen Auswanderer fördern die Propaganda des Exarchats. Die in Bulgarien angesiedelte, dort zu bulgarischem Nationalgefühl erzogene mazedonische Intelligenz steht in dem Kampfe gegen das Patriarchat im ersten Treffen: sie hat die Organisationen geschaffen, die in den slawischen Kirchengemeinden Mazedoniens für den Uebertritt zum Exarchat agitieren. Unter den mazedonischen Bauern, die in Bulgarien als Wanderarbeiter gearbeitet, dort die bulgarische Kirche und Schule kennen gelernt haben, findet diese Agitation einen empfänglichen Boden. Der bulgarische Staat unterstützt sie mit reichen Geldmitteln; er hofft, die Verbreitung der bulgarischen Kirche und Schule in Mazedonien werde ihm den Weg bahnen zur schliesslichen Annexion Mazedoniens durch Bulgarien. So geht in Mazedonien eine Kirchengemeinde nach der anderen zum Exarchat über; wo immer dies geschieht, wird der griechische Geistliche durch den bulgarischen, die griechische Schule durch die bulgarische ersetzt. Das Patriarchat wehrt sich gegen diese Agitation; es findet in seinem Abwehrkampf die Unterstützung nicht nur der national fühlenden griechischen Bourgeoisie der mazedonischen Städte, sondern auch des griechischen Staates. Denn wenn sich die „slawophonen Griechen“ Mazedoniens in exarchistische Bulgaren verwandeln, dann ist die „grosse Idee“ des Hellenentums, die Hoffnung auf den allgriechischen Staat mit Konstantinopel als Hauptstadt begraben. So wird Mazedonien zur Stätte heftiger Kämpfe zwischen Exarchisten und Patriarchisten.

Räuberbanden haben in der Geschichte der Balkanhalbinsel stets eine grosse Rolle gespielt. Dem serbischen Aufstand haben die Heiducken, dem griechischen die Klephten die verwegenen Kämpfer gestellt. Auch im Kampfe zwischen Exarchisten und Patriarchisten in Mazedonien stellten beide Parteien die aus dem mazedonischen Lumpenproletariat gebildeten Räuberbanden in ihren Dienst. Zunächst rüsteten die mazedonischen Komitees in Bulgarien bewaffnete Banden aus, denen die Aufgabe zugewiesen wurde, die Kirchengemeinden in Mazedonien zum Anschluss an das Exarchat zu zwingen. Diese Banden überfielen die slawischen Gemeinden, ermordeten die Anhänger des Patriarchats und zwangen die Bauern, den Uebertritt zum Exarchat zu beschliessen. Die Mittel zu diesem Feldzuge, der von Sophia aus planmässig geleitet wurde, wurden teils vom bulgarischen Staat beigestellt, teils durch Brandschatzung reicher Griechen in Mazedonien aufgebracht. Die Griechen wehrten sich, indem sie gleichfalls Banden ausrüsteten, die die exarchistischen Gemeinden in Mazedonien nicht besser behandelten, als die patriarchalistischen Gemeinden von den bulgarischen Banden behandelt wurden. So sahen sich alle slawischen Gemeinden in Mazedonien der Erpressung der Banden ausgeliefert: gestern wurden sie von einer bulgarischen Bande gezwungen, den Uebertritt zum Exarchat zu beschliessen; heute taucht plötzlich eine griechische Bande auf, die sie zwingt, zum Patriarchat zurückzukehren. Die türkischen Behörden, auf eine unzulängliche Truppenmacht angewiesen, waren unfähig, diesen Bandenkrieg zu verhindern.

In diesen Bandenkämpfen blieben die Bulgaren siegreich. Schritt für Schritt wurde auch in Mazedonien die griechische Kirche zurückgedrängt. Ein dichtes Netz exarchistischer Gemeinden bedeckt das Land. So vollzog sich auch hier, wie vorher

schon in Rumänien, Serbien und Bulgarien, die Befreiung von der Herrschaft des Phanars. Nur im Süden, wo griechische Bauern angesiedelt sind, und in einigen Städten ist das Griechentum noch eine Macht. Im grössten Teile Mazedoniens ist in der Schule und in der Kirche die bulgarische Sprache an die Stelle der griechischen getreten. Die „grosse Idee“ des Hellenentums ist tot.

Der nationale Kampf und die Grossmächte.

Die serbische Schriftsprache ist der bulgarischen nahe verwandt. Die Mundarten der slawischen Bauern in Mazedonien stehen in der Mitte zwischen den beiden Sprachen. Im Osten sind sie der bulgarischen, im Westen der serbischen Sprache ähnlicher. In der Mitte des Landes stehen sie beiden Sprachen gleich nahe.

Trotzdem hatten die Slawen Mazedoniens, als sie sich vom Griechentum zu befreien begannen, nirgends die serbische, überall die bulgarische Sprache zur Sprache ihrer Kirchen und ihrer Schulen gemacht. Denn nur die Bulgaren hatten eine nationale Kirche; die Befreiung vom Griechentum konnte sich also nicht anders als durch den Uebertritt zum Exarchat vollziehen, das sich in Kirche und Schule der bulgarischen Sprache bedient. So wurde selbst Altserbien von einem Netz exarchistischer Gemeinden bedeckt. Selbst dort wurde die griechische Sprache nicht von der serbischen, sondern von der bulgarischen abgelöst. Serbien musste darum fürchten, dass es an dem Tage des Zusammenbruchs der Türkenherrschaft leer ausgehen, dass ganz Mazedonien zur Beute Bulgariens werden werde.

Daher musste sich auch Serbien entschliessen, selbständig in die mazedonischen Kämpfe einzugreifen. Zunächst strebten die Serben die Wiederherstellung des Patriarchats von Ipek, der alten serbischen Nationalkirche, an: dem bulgarischen Exarchat wollten sie eine ebenso selbständige serbische Nationalkirche gegenüberstellen. Aber diese Bestrebungen stiessen auf Widerstand nicht nur in Konstantinopel, sondern auch in Wien. Denn der Patriarch von Ipek ist im Jahre 1690 nach Ungarn ausgewandert; das Patriarchat von Karlowitz gilt daher als der rechtmässige Nachfolger der serbischen Nationalkirche und die Serben konnten die Errichtung einer selbständigen serbischen Kirche nicht durchsetzen. Wohl aber wurden die mazedonischen Serben als ein besonderer „Millet“, eine besondere Nation anerkannt, deren Kirchengemeinden sich der serbischen Sprache bedienen, deren Kirchenwürden von Serben besetzt werden sollten. Nun setzte die serbische Agitation in Mazedonien ein. Sie suchte die slawischen Kirchengemeinden dazu zu bewegen, dass sie nicht zum bulgarischen Exarchat übergehen, sondern dem Patriarchat treu bleiben, innerhalb der patriarchistischen Organisation aber statt der griechischen die serbische Sprache verwenden sollten. Diese Agitation stiess aber auf den Widerstand der Bulgaren, die dieselben Kirchengemeinden für das Exarchat zu gewinnen suchten. Auch die Serben stellten nun bewaffnete Banden in ihren Dienst. Die bulgarischen Banden, die bisher nur gegen die Griechen gekämpft hatten, fanden jetzt in ihrem Rücken die Serben!

Die Verwirrung zu vollenden, griff endlich auch Rumänien ein. In Mazedonien leben, teils als arme Hirten auf dem Lande, teils als Kaufleute, Gastwirte, Handwerker in den Städten, Hunderttausende Kutzowalachen, deren Mundart der rumänischen Sprache verwandt ist. Sie gehörten dem Patriarchat an; die „wlachophonen Griechen“ waren stets eine der stärksten Stützen der hellenischen Macht gewesen. Nun gerieten auch sie in Bewegung: sie forderten und setzten schliesslich mit Unterstützung Rumäniens durch ihre Anerkennung als ein besonderer „Millet“ innerhalb der griechischen Kirche, die Ersetzung der griechischen Sprache durch die rumänische in ihren Kirchen und Schulen. Der Abfall der Walachen vom Griechentum erbitterte die Griechen noch mehr als die Rebellion der Slawen. Auch hier kam es zu blutigen Bandenkämpfen.

So standen die Nationen Mazedoniens in wildem Kampfe gegeneinander: die Bulgaren gegen Griechen und Serben, die Serben gegen die Bulgaren, die Walachen gegen die Griechen, die Griechen gegen Bulgaren und Walachen. Immer zahlreicher wurden die Banden, immer häufiger ihre Gewalttaten, jedes Dorf musste Tag für Tag den Ueberfall der Banditen fürchten. Oft kam es zu blutigen Schlachten der verschiedenen Banden gegeneinander. Dutzende Dörfer wurden von ihnen in Brand

gesteckt; und während die Bauern in das Gebirge flohen, um der Rache einer feindlichen Bande zu entgehen, verfaulte die Ernte auf dem Felde. Die türkische Regierung hatte anfangs den Kampf der Christen gegeneinander nicht ungerne gesehen; der Zwist ihrer Feinde sicherte ihr ja die Herrschaft. Als die „grosse Idee“ des Griechentums noch gefährlich erschien, förderte die Türkei die Propaganda des Exarchats; später, als die Bulgaren gefährlicher wurden, stand sie Griechen und Serben gegen sie bei. Aber die Bandenkämpfe waren schliesslich so gefährlich geworden, dass die Türkei den Banden entgegentreten musste. Als die von den Banden geplünderten Bauern dem Staat keine Steuern, dem Grundherrn keine Abgaben mehr bezahlen konnten; als auch türkische Herren immer häufiger zu Opfern des Bandenkrieges wurden; als die Wirren des Bandenkrieges die Gefahr eines Eingreifens der Grossmächte näher rückten, entschloss sich endlich die Türkei, mit eiserner Faust den Banden gegenüberzutreten. Mit blutigen Gewalttaten rächte Abdul Hamid die Opfer des Bandenkrieges. Aber die Gegenmassregeln der türkischen Behörden erzielten nur eine Wirkung: die Banden, die eben noch im Kampfe gegeneinander gestanden waren, vereinigten sich gegen die Türken! Und sobald sie sich gegen die verhassten Feudalherren wandten, fanden sie die freudige Unterstützung der Bauern, die nun das Ende der feudalen Ausbeutung, den Tag der Befreiung von der Türkenherrschaft gekommen glaubten. So endete der Bandenkrieg im Jahre 1903 in einer förmlichen Revolution Mazedoniens gegen die Türkei. Nun griffen die Grossmächte ein.

Russland war damals in der Mandschurei beschäftigt. Es konnte nicht wünschen, dass die Türkei zerfalle, solange Russlands Heere in Ostasien gebunden waren. Darum verständigte es sich mit Oesterreich-Ungarn, die Ruhe in Mazedonien wieder herzustellen. Im Oktober 1903 wurde bei einer Zusammenkunft des Kaisers Franz Josef mit dem Zaren in Mürzsteg ein Reformprogramm für Mazedonien vereinbart; die Türkei wurde durch eine Flottendemonstration der Mächte gezwungen, sich den Forderungen von Mürzsteg zu unterwerfen. Dem Generalgouverneur der mazedonischen Wilajets wurde ein österreichischer und ein russischer Ziviladlatus beigelegt. In Salonik wurde eine Gendarmerieschule errichtet, ihre Leitung deutschen Offizieren übertragen. Die mazedonische Gendarmerie wurde unter das Kommando österreichischer, russischer, italienischer, französischer und englischer Offiziere gestellt; das Oberkommando führte ein italienischer General. Diese Organisation der Gendarmerie sollte den Bandenkämpfen ein Ende machen. Zugleich wurde die Finanzverwaltung in Mazedonien unter die Kontrolle der europäischen Mächte gestellt und es wurde — zunächst versuchsweise in einigen Bezirken Mazedoniens — eine Reform des Zehents nach bosnischem Muster angebahnt. Hätten sich die Mächte einträchtig und tatkräftig um die Durchführung und Fortsetzung dieser Reformen bemüht, dann hätten sie in dem gequälten Lande Ruhe und Ordnung wiederherstellen können. Aber die Reformaktion war von allem Anfang an durch die Eifersucht der Mächte gelähmt. Nach dem Russisch-Japanischen Kriege wurde sie vollends unmöglich.

Nachdem Russlands Pläne in Ostasien gescheitert waren, wandte es seine Aufmerksamkeit wieder der Balkanhalbinsel zu. Im Jahre 1903 hatte Russland Mazedonien beruhigen wollen, um seine Kräfte in Ostasien konzentrieren zu können. Nach der Niederlage in Ostasien nahm es seine alte türkenfeindliche Politik auf; jede Schwächung der Türkei bringt es ja um einen Schritt seinem Ziele näher: die Herrschaft über den Bosphorus und die Dardanellen zu erringen. Diese russische Politik fand jetzt die Unterstützung Englands, das eben damals sich bemühte, Deutschland „einzukreisen“, Russland zum Anschluss an die englisch-französische „Entente“ zu bewegen. Im August 1907 schlossen England und Russland einen Vertrag, in dem sie sich über die Teilung ihrer Einflussphären in Persien, Afghanistan und Tibet verständigten. Dadurch war der alte Gegensatz zwischen Russland und England in Asien beigelegt. Nun gingen die beiden Mächte auch am Balkan einig vor.

Oesterreich-Ungarn schuf ihnen den Anlass zur Verständigung über Mazedonien. Im Jahre 1908 verhandelten die Mächte mit der Türkei über die Reform der Gerichte in Mazedonien. Diese Verhandlungen benützte Aehrenthal dazu, Sondervorteile für Oesterreich zu erlangen. Er machte der Türkei Zugeständnisse und erkaufte dafür im Jänner 1908 von ihr die Zustimmung zum Bau der Sandschakbahn, die von Uvac, der Endstation des

bosnisch-herzegowinischen Eisenbahnnetzes, nach Mitrowitz, das mit der Bahn Nisch-Uesküb-Salonik verbunden ist, führen soll. Gegen dieses Verhalten Oesterreich-Ungarns protestierten die Balkanstaaten und Italien. Serbien verlangte den Bau der Donau-Adria-Bahn, Bulgarien den Bau einer Eisenbahn von Küstendil nach Durazzo, Italien die Verlängerung der Bahn Salonik-Monastir bis Valona. Alle Begehrlichkeiten der Nachbarmächte waren geweckt. Russland aber erklärte, durch den Vorstoss Oesterreichs sei die Mürzsteger Vereinbarung zerrissen. Im Juni 1908 verständigten sich England und Russland bei einer Zusammenkunft des Königs Eduard mit dem Zaren in Reval über ein neues Reformprogramm für Mazedonien.

Die Forderungen Englands und Russlands verletzten das Nationalgefühl der türkischen Offiziere. Die Armee erhob sich, das bedrohte Vaterland zu retten. Wieder ward Mazedonien zur Stätte des Aufruhrs. Aber diesmal waren es nicht die slawischen Bauern, sondern die türkischen Offiziere, die rebellierten. Am 24. Juli 1908 wick Abdul Hamid der revolutionären Armee. Die Verfassung wurde verkündet, ein Parlament gewählt, die Jungtürken waren die Herren des Staates.

Die Mächte benützten die Gelegenheit, sich der Mürzsteger Reformen, deren Fortführung ihr Hader unmöglich erscheinen liess, zu entledigen. Die europäischen Offiziere wurden aus Mazedonien abberufen, die Verhandlungen über die Reformen abgebrochen. Europa überliess es der verjüngten Türkei, in Mazedonien Ordnung zu machen.

Mit eiserner Hand gingen die Jungtürken ans Werk. Eine grosse Heeresmacht wurde im Lande gesammelt. Die Bauern wurden entwaffnet. Harte Strafen erzwangen die Auslieferung der Waffen. Sobald das Volk entwaffnet war, ging die Regierung daran, die nationalen Vereine der Bulgaren und Griechen aufzulösen und die Autonomie der Kirchengemeinden aufzuheben. Die christlichen Schulen, bisher von den Kirchen geleitet, wurden unter Staatsaufsicht gestellt. Der Lehrplan wurde von den türkischen Behörden vorgeschrieben, die Einführung der türkischen Unterrichtssprache angeordnet, die Bestellung ausländischer Lehrer verboten. Die Befreiung der Christen vom Heeresdienst wurde aufgehoben. Auch die christlichen Bauern mussten jetzt Rekruten stellen. Um die Kosten dieser Reformen zu decken, wurden die Steuern erhöht.

Man hat oft gesagt, dieses tatkräftige Vorgehen der Jungtürken gegen die unterworfenen Völker sei ihr „Fehler“ gewesen. Diese Ansicht ist falsch. Mit anderen Mitteln war die türkische Fremdherrschaft nicht zu erhalten, die Sicherheit der Person und des Eigentums unter türkischer Herrschaft nicht wiederherzustellen. In der Tat hatte die jungtürkische Aktion gerade in Mazedonien einen vollständigen Erfolg: während Araber, Drusen, Albanesen gegen die Stärkung der türkischen Staatsgewalt rebellierten, blieb Mazedonien unter der jungtürkischen Herrschaft ruhig. Die jungtürkische Militärdiktatur hat die Aufgabe gelöst, an der der Hamidische Absolutismus und die europäische Reformaktion gescheitert waren.

Unter den Christen Mazedoniens aber häufte sich der Grimm über die türkische Herrschaft. Ihre Waffen waren ihnen genommen, ihre Vereine aufgelöst, die Autonomie ihrer Kirchengemeinden beseitigt, die Steuern erhöht, ihre Söhne zum Militär berufen, Macht und Selbstbewusstsein des türkischen Grundherrn gegen den slawischen Bauern gestärkt — was Wunder, dass der alte Hass zwischen Griechen, Bulgaren und Serben der gemeinsamen Feindschaft gegen die erstarkte türkische Herrschaft wich? Zwar wagte man in Mazedonien selbst keinen Widerstand gegen die drohende Waffengewalt. Aber in Sofia, Belgrad und Athen fanden die Klagen der mazedonischen Volksgenossen lauten Widerhall. So keimte hier der Gedanke eines gemeinsamen Feldzuges gegen die Türkei. Indem die Jungtürken die nationalen Kämpfe der Balkanvölker gegeneinander mit Waffengewalt unterdrückten, schufen sie selbst die Voraussetzung der Vereinigung der Balkanvölker gegen die Türkei.

Der Balkanbund.

Der nationale Kampf in Mazedonien hat Griechenland, Bulgarien und Serbien zu Todfeinden gemacht. Ihre Feindschaft gegeneinander war die stärkste Bürgschaft der Fortdauer der türkischen Herrschaft in Mazedonien. Im Jahre 1878 protestierte Griechenland gegen die grosse Ausdehnung, die der Friede von San Stefano Bulgarien geben

wollte. Im Jahre 1885 wurde Milan, der sich stolz „König von Serbien und Mazedonien“ nannte, von Bulgarien in offener Feldschlacht besiegt. Im Jahre 1897 blieben Bulgarien und Serbien neutral, als Griechenland von der Türkei geschlagen wurde. Im Jahre 1908 ging Bulgarien mit Oesterreich-Ungarn gemeinsam vor, um sich die volle Unabhängigkeit von der Türkei zu erringen, während Serbien durch die Annexion Bosniens zur Todfeindschaft gegen Oesterreich getrieben wurde. So standen die christlichen Balkanstaaten einander feindlich gegenüber. Erst die Ereignisse der letzten Jahre haben die Annäherung Griechenlands und Serbiens an Bulgarien herbeigeführt.

Im Jahre 1896 brach ein Bürgerkrieg zwischen Griechen und Türken auf Kreta aus. Die Griechen Kretas beschlossen den Anschluss der Insel an Griechenland. Eine griechische Flotte landete Truppen auf der Insel. Nun erklärte die Türkei Griechenland den Krieg. (April 1897.) Die griechischen Truppen wurden geschlagen. Der Anschluss Kretas an Griechenland wurde verhindert. Doch verhinderten die Grossmächte auch die Wiederherstellung der türkischen Herrschaft auf der Insel. Kreta wurde ein selbständiger Staat mit eigenem Parlament und eigener Gesetzgebung. Europäische Truppen besetzten die Insel und hielten dort die Ordnung aufrecht. Die Griechen Kretas setzten aber ihre Bemühungen, die Vereinigung mit dem Mutterlande zu erreichen, fort. Nach der Annexion Bosniens beschloss das Parlament von Kreta neuerlich den Anschluss an Griechenland. Die Türkei bedrohte Griechenland wiederum mit überlegener Waffengewalt. Griechenland konnte den Krieg mit der Türkei nicht wagen. So geriet es in eine demütigende Lage: obwohl Kreta dem griechischen Königreich einverleibt werden will, obwohl die griechische Flagge auf allen öffentlichen Gebäuden Kretas weht, konnte Griechenland es nicht wagen, die Insel zu besetzen. Diese Demütigung führte zu der griechischen Militärrevolution von 1909. Aber die Revolution hat an den Machtverhältnissen zunächst nichts geändert. Sie machte Venizelos, den Führer der griechischen Partei auf Kreta, zum Herrn Griechenlands. Aber auch er musste den Abgeordneten, die Kreta in das griechische Parlament entsandte, den Zutritt verweigern. So musste sich Griechenland Bulgarien nähern, um, mit dem stärksten Balkanstaat verbündet, im Krieg gegen die Türkei die Annexion Kretas zu erkämpfen.

Im Krieg um Tripolis hat Italien einige Inseln im Aegäischen Meer besetzt. Auch diese Inseln sind von Griechen bewohnt. Auch hier setzte nun — wie früher in Kreta — die nationale Bewegung ein, die den Anschluss an Griechenland fordert. So wurde die Aufmerksamkeit Griechenlands in noch höherem Masse den Inseln des Aegäischen Meeres zugewendet.

Dagegen hat Mazedonien für Griechenland die alte Bedeutung verloren. Die Propaganda des Exarchats hat die „slawophonen Griechen“ des Landes in national-bewusste Bulgaren verwandelt. Griechenland kann noch hoffen, im Kampfe gegen die Türkei das geschlossene griechische Sprachgebiet in Epirus und Thessalien zu erobern; Mazedonien aber muss es den Bulgaren überlassen. In dem Augenblick aber, in dem Griechenland Mazedonien aufgab, bestand zwischen ihm und Bulgarien kein Interessengegensatz mehr. So waren die Voraussetzungen des Bündnisses der beiden Staaten geschaffen.

In derselben Zeit veränderten sich die Beziehungen Serbiens zu Bulgarien. Durch die Umwälzung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien wurde Serbien an die Seite Bulgariens gedrängt.

Serbien ist ein Binnenstaat, von Oesterreich-Ungarn umschlossen. Im Westen grenzt es an Bosnien, im Norden an Ungarn. So ist es auf den Warenaustausch mit der Monarchie angewiesen: ihr muss es Vieh und Getreide verkaufen, von ihr die Erzeugnisse der Industrie beziehen. Dieser Warenaustausch wurde jedoch in den letzten Jahren empfindlich gestört.

Der am 9. August 1892 abgeschlossene Handelsvertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien wurde im Jahre 1905 von Oesterreich gekündigt. Er trat am 1. März 1906 ausser Kraft. Bei den Verhandlungen über die Abschliessung eines neuen Handelsvertrages stellte Oesterreich-Ungarn folgende Bedingungen: 1. Vollständiges Aufhören der Einfuhr von Lebendvieh nach Oesterreich. 2. Zulassung der Einfuhr von Fleisch nur in beschränktem Umfang. 3. Abschaffung der Serbien früher gewährten Begünstigungen im

Grenzverkehr. Oesterreich-Ungarn weigerte sich also, der serbischen Landwirtschaft und Viehzucht ihre Waren abzunehmen; die serbischen Bauern sahen sich ihres wichtigsten Absatzgebietes beraubt. Infolgedessen kam im Jahre 1906 nur ein provisorischer Handelsvertrag zustande. Erst am 14. März 1908 wurde wieder ein Handelsvertrag unterzeichnet, der die Einfuhr des Fleisches von 35.000 Rindern und 70.000 Schweinen nach Oesterreich zuließ. Dieser Vertrag wurde am 1. September 1908 in Kraft gesetzt. Aber schon am 31. März 1909 trat er infolge des Einspruches der österreichischen und der ungarischen Agrarier wieder ausser Kraft. Es trat nun ein vertragsloser Zustand ein; die serbischen Bauern konnten ihre Waren nicht mehr nach Oesterreich ausführen. Erst am 24. Jänner 1911 konnte ein neuer Handelsvertrag in Kraft gesetzt werden; nach diesem Vertrag ist die Fleischeinfuhr Serbiens nach Oesterreich auf das Fleisch von 15.000 Rindern und 50.000 Schweinen beschränkt. So hat die agrarische Handelspolitik Oesterreich-Ungarns der serbischen Landwirtschaft ihr wichtigstes Absatzgebiet genommen. Serbien muss nun den Weg nach neuen Absatzgebieten suchen. Darum wollen sich die serbischen Bauern den Weg zum Meer erkämpfen, um ihre Waren zur See nach Italien, Frankreich, England ausführen zu können.

Dieses Bestreben wird von der serbischen Bourgeoisie unterstützt. Sie will die Entwicklung der serbischen Industrie durch eine merkantilistische Politik nach dem Vorbild Rumäniens und Bulgariens fördern. Das kann sie aber nicht, solange Serbien die Zölle auf österreichische Industrieprodukte herabsetzen muss, um doch wenigstens kleine Zugeständnisse an seinen Agrarexport von der Monarchie zu erlangen. Eine grosszügige merkantilistische Politik wird in Serbien erst möglich, wenn seine Landwirtschaft von Oesterreich unabhängig wird. Darum drängt auch die serbische Bourgeoisie zum Meere.

Im letzten Jahrzehnt sind in Serbien viele Industriebetriebe entstanden: Bierbrauereien, Branntweimbrennereien, Dampfmühlen, Zuckerfabriken, Ziegelwerke, Lederfabriken, Spinnereien, Webereien, Seifenfabriken, Zündhölzchenfabriken. Diese Betriebe wurden von ausländischem, nicht von österreichischem Kapital gegründet. Serbien musste sich verpflichten, Waren, insbesondere Maschinen, von der Industrie der Länder zu beziehen, die Fabriken im Lande gründeten. Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien sicherten ihrer Industrie den Absatz, den früher Oesterreich beherrscht hatte. Oesterreich konnte dem nicht durch gute Handelsverträge entgegenwirken, da die Agrarier dies nicht gestatten. Es suchte also sein Kapital durch andere Mittel zu schützen. Im Jahre 1906 erklärte die österreichische Regierung, sie werde mit Serbien über einen Handelsvertrag nicht verhandeln, wenn dieses sich nicht vorher verpflichte, Eisenbahnmaterial nur vom österreichischen Eisenkartell, Kanonen nur von den österreichischen Skodawerken zu kaufen, und zwar auch dann, wenn Serbien aus anderen Ländern billigeres Eisenbahnmaterial und bessere Kanonen bekommen könnte. Diese Erpressung der österreichischen Regierung im Dienste des österreichischen Grosskapitals hat nicht nur im Jahre 1906 den Abbruch der Verhandlungen über den Handelsvertrag herbeigeführt; sie hat in Serbien die Ueberzeugung gefestigt, dass das kleine Land in drückender Abhängigkeit leben müsse, wenn es ihm nicht gelingt, sich „einen Korridor zum Meer“ zu erobern.

Zunächst wollte Serbien im Jahre 1906 eine Zollunion mit Bulgarien abschliessen: Serbien und Bulgarien sollten ein gemeinsames Zollgebiet bilden. Aber dieser Plan scheiterte an dem Einspruch Oesterreich-Ungarns. Die österreichische Regierung zwang Serbien, den schon abgeschlossenen Vertrag der Skupschtina nicht vorzulegen. Der Weg nach Osten war gesperrt. Serbien versuchte den Weg nach Westen: im Jahre 1908 forderte es die Erbauung der Donau-Adria-Bahn, die Belgrad und Nisch mit Antivari verbinden soll. Aber auch da stiess es auf den Widerstand Oesterreich-Ungarns. So wird die serbische Volkswirtschaft von Oesterreich erwürgt: Oesterreich nimmt den serbischen Bauern selbst ihre Waren nicht ab und erlaubt ihnen trotzdem nicht, sich im Osten oder im Westen den Weg zu anderen Absatzgebieten zu bahnen. So blieb Serbien nur eine Hoffnung: sich mit der Waffe in der Hand den „Korridor zum Meer“ zu erzwingen, mag dieser Weg nun über den Sandschak und Montenegro, über Altserbien nach einem Hafen Albaniens oder über Altserbien nach Salonik führen.

Im grössten Teil Mazedoniens hat die Propaganda des Exarchats gesiegt. Dort hat Serbien wenig zu hoffen. Es entschloss sich daher, Mazedonien den Bulgaren zu überlassen, sich mit Altserbien zu begnügen und alle Kräfte auf die Eroberung des Weges zum Meer zu konzentrieren. Mit der Preisgabe Mazedoniens war der Interessengegensatz zwischen Serbien und Bulgarien aufgehoben, ein Bündnis zwischen den beiden Staaten möglich geworden.

So hatten sich Griechenland und Serbien den Bulgaren genähert. Die russische Diplomatie nützte die günstige Lage aus. Seit der Annexion Bosniens war sie rastlos bemüht, den Balkanbund zustande zu bringen. Er soll einerseits die Türkei schwächen, damit Russland Gelegenheit finde, die Durchfahrt durch den Bosphorus zu erzwingen; andererseits die Balkanstaaten gegen Oesterreich, den Nebenbuhler Russlands, vereinigen. Unter der Führung Russlands wurde das Bündnis zwischen Bulgarien, Griechenland und Serbien geschlossen, dem sich auch Montenegro, der Vasall Russlands, zugesellte.

Nun lauerte der Balkanbund auf eine günstige Stunde. Die Ereignisse des letzten Jahres brachten sie. Die Türkei wurde durch den Krieg um Tripolis, durch den Aufstand Albanien's *, schliesslich durch innere Kämpfe in der Armee, die zum Sturz der Jungtürken führten, geschwächt. Nun war die Stunde gekommen, den Kampf zu beginnen. Die europäische Diplomatie, durch den Gegensatz zwischen Russland und Oesterreich, zwischen Deutschland und England zerrissen, konnte den Krieg nicht verhindern.

Dürften wir die Ereignisse am Balkan isoliert betrachten, losgelöst von den Bestrebungen und den Kämpfen der grossen kapitalistischen Staaten, dann müssten wir dem Balkanbund den Sieg wünschen. Denn sein Sieg würde für die Balkanvölker wirtschaftlichen und sozialen, nationalen und kulturellen Fortschritt bedeuten. Aber das Schicksal der Balkanvölker wird nicht auf den Schlachtfeldern Mazedoniens entschieden. Denn der Zusammenbruch der Türkei würde die Grossmächte auf den Kampfplatz rufen, die nach ihrem Erbe gieren. Die Gefahr besteht, dass ein Sieg des Balkanbundes alle Völker Europas ins Verderben reissen, die Gefahren eines Krieges zwischen den Grossmächten heraufbeschwören und die Völker des Balkans dem eroberungsgierigen Imperialismus Russlands, Oesterreichs und Italiens ausliefern würde. Ein Sieg der Türkei bedeutet Fortdauer der feudalen Ausbeutung und der türkischen Fremdherrschaft in Mazedonien. Ein Sieg des Balkanbundes bedeutet Kriegsgefahr für ganz Europa.

Oesterreich und Russland.

Die Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns ist durch drei Erwägungen bestimmt.

Die erste Erwägung geht aus von der Wirtschaftspolitik der Monarchie. In seiner heutigen Ausdehnung ist Serbien dem österreichischen Grosskapital und den ungarischen Agrariern ausgeliefert. Die Ausdehnung seiner Grenzen bis an das Meer würde es von Oesterreich unabhängig machen. Darum verweigert Oesterreich Serbien jede Ausdehnung seines Gebietes.

Die zweite Erwägung ist nationalpolitisch bestimmt. Die Mehrheit des serbisch-kroatischen Volkes lebt in unserem Reiche. Aber Oesterreich-Ungarn weiss Kroatien und Slawonien nur mit dem Kommissariat des Cuvaj, Bosnien und die Herzegowina nur mit der militärischen Diktatur zu regieren. Unfähig, den Südslawen im eigenen Reich freie Heimstätten zu schaffen, fürchtet es die Anziehungskraft eines blühenden Serbenstaates ausserhalb unserer Grenzen. Darum will es nicht dulden, dass das Serbenvolk sich am Balkan einen lebensfähigen Staat schaffe.

Die dritte Erwägung hat noch Grösseres im Sinn. Immer noch rechnen manche Staatsmänner mit der Möglichkeit, eine günstige Konjunktur könnte Oesterreich einmal erlauben, unser Reich bis zum Aegäischen Meer auszudehnen, die grosse Hafenstadt Salonik in einen österreichischen Hafen zu verwandeln, die Donaumonarchie zur Vormacht im östlichen Mittelmeer zu erheben. Zwar ist der Weg nach Salonik heute nicht gangbar: ein Vormarsch dahin würde uns in einen Krieg nach drei Fronten,

* Die Ursachen dieses Aufstandes sind hier nicht darzustellen. Wir behalten uns vor, das albanesische Problem in einem besonderen Aufsatz zu erläutern. Hier genügt es, darauf aufmerksam zu machen, dass die Wirren in Albanien ganz andere geschichtliche und soziale Wurzeln haben und dass dort ganz andere Kräfte wirken als in Mazedonien.

einen Krieg gegen Russland, Italien und die Balkanstaaten zugleich, verwickeln, den Oesterreich nicht wagen kann. Aber wenn der Weg heute nicht gangbar ist, soll er uns doch für die Zukunft offen bleiben. Ein Grund mehr, Serbien die Besetzung des Sandschaks und Altserbiens zu verwehren.

Oesterreich kann es heute nicht wagen, selbst nach Salonik zu marschieren. Aber es will auch nicht dulden, dass Serbien die Länder besetze, die zwischen Uvac und Salonik liegen. So wird Oesterreich zum Verteidiger des „Status quo“, des bestehenden Zustandes auf der Balkanhalbinsel. Es verteidigt damit die türkische Fremdherrschaft über die südslawischen Völker, die Ausbeutung der serbischen Bauern durch die türkischen Grundherren, die Knechtung der Balkanchristen durch die mohammedanische Herrenklasse. So kehrt Oesterreich zu der Politik Metternichs zurück, der die Türkei gegen den Freiheitskrieg der Griechen und der Serben beschützte. So tritt Oesterreich heute den Südslawen gegenüber, wie es von 1815 bis 1870 den Italienern gegenübergestanden ist: als der Feind ihrer nationalen Einheit und Freiheit. So ist Oesterreich heute auf dem Balkan die konterrevolutionäre Macht, der Beschützer der sozialen und politischen Reaktion.

Tritt Oesterreich ihnen mit der Waffe in der Hand gegenüber, so setzen die Balkanvölker ihre Hoffnung auf das Reich des Zaren. Russland hat seit einem Jahrhundert die Befreiungskämpfe der Serben, der Griechen und der Bulgaren unterstützt. Russland ist auch heute der Beschützer des Balkanbundes. Aber Russland spielt die Rolle des Befreiers der Balkanvölker nur zu dem Zwecke, um selbst zum Herrn der Balkanhalbinsel zu werden. Sein nächstes Ziel ist die Oeffnung des Bosphorus und der Dardanellen für seine Kriegsschiffe. Seit dem Meerengenvertrag von 1841 ist der Weg, der das Schwarze Meer mit dem Aegäischen Meer verbindet, für Kriegsschiffe aller Nationen gesperrt. Russland hat den Balkanbund gegen die Türkei mobilisiert, um sich diesen Weg zu öffnen. Können seine Kriegsschiffe vor Konstantinopel erscheinen, dann ist das grösste Handelszentrum des Orients, der Mittelpunkt der mohammedanischen Welt, die Brücke zwischen Europa und Asien in seiner Hand. Erobert zugleich Serbien einen Hafen an der Adria, Bulgarien Häfen am Aegäischen Meer, dann werden diese Häfen der slawischen Vasallenstaaten zu russischen Flottenstationen. Russland wird zur gebietenden Macht im Mittelmeer. Durch eine solche Umwälzung der Machtverhältnisse würden Oesterreich, Italien, Frankreich, England gezwungen, ihre Flottenrüstungen zu beschleunigen; alle Grossmächte des Mittelmeeres müssten um die Freundschaft des Zaren buhlen; das Ansehen des Eroberers würde die Macht des Zarismus gegen die Revolution im eigenen Lande stärken; Russland würde wieder, was es bis 1878 war: die Vormacht der Reaktion in ganz Europa. Ist die Politik Oesterreichs Reaktion am Balkan, so ist die Politik Russlands reaktionäre Gefahr für alle Nationen Europas.

Der Widerstreit der beiden reaktionären Mächte aber ist Kriegsgefahr für alle Völker des Erdteils. Darum muss sich die Internationale der Politik beider Mächte widersetzen, Oesterreich wie Russland mit der Parole entgegentreten, die die österreichische Sozialdemokratie ausgegeben hat: Keine Einmischung in den Balkankrieg! Der Balkan den Balkanvölkern! Erhaltung des Friedens!

Ist die Arbeiterklasse zu schwach, den Krieg zu verhindern, so werden ihr aus dem Krieg noch grössere Aufgaben erwachsen. Ein Krieg zwischen den Grossmächten würde Hunderttausende Menschenleben kosten, die Teuerung furchtbar verschärfen, Arbeitslosigkeit in unerhörtem Umfang herbeiführen, Tausende Bürger proletarisieren, die Volksmassen zur Verzweiflung treiben. Unsere Aufgabe wird es sein, die Volksmassen erkennen zu lehren, wer die Schuldigen sind, die solches Elend über sie verhängen. Erfüllen wir diese Pflicht, dann schlägt am Tage nach dem Kriege für das Proletariat der Welt die Schicksalsstunde.

Literatur. Von der umfangreichen Literatur über Mazedonien konnte ich nur einen Teil einsehen. Ich nenne hier nur die von mir benützten Schriften.

Ueber die geschichtlichen Voraussetzungen: Sax, Geschichte des Machtverfalls der Türkei. Wien 1908. — Jireček, Geschichte der Bulgaren. Prag 1876. — Kallay, Geschichte der Serben. Budapest 1878.

Ueber die wirtschaftlichen Ursachen der mazedonischen Revolution: Balugditsch, Die ökonomischen Ursachen der Gärung in Mazedonien. „Neue Zeit“, XIX. 1. — Morawitz, Die Türkei im

Spiegel ihrer Finanzen. Berlin 1903. — Arslanian, Eine historisch-nationalökonomische Studie über das System des ländlichen Grundeigentums im osmanischen Reiche. Leipziger Inauguraldissertation 1885. — Arslanian, Das gesamte Recht des Grundeigentums und das Erbrecht für alles Eigentum in der Türkei. Wien 1894. — Grünberg, Die Agrarverfassung und das Grundentlastungsproblem in Bosnien und der Herzegowina. Leipzig 1911.

Ueber die nationale Frage vom griechischen Standpunkt aus: Nikolaidis, Mazedonien. Berlin 1899. — Nikolaidis, Die neueste Phase der mazedonischen Frage. Berlin 1903. — Kasasis, Griechen und Bulgaren im 19. und 20. Jahrhundert. Leipzig 1908. — Kirnberger, Die mazedonische Frage. Berlin 1908. — Amadori-Virgilij, La questione Rumeliota e la politica italiana. Bitonto 1908. Die letztgenannte Schrift ist trotz ihrer philhellenischen Einseitigkeit wegen des Reichthums des in ihr verarbeiteten Materials und wegen des tieferen Einblicks in die sozialen Ursachen der nationalen Kämpfe besonders zu empfehlen.

Vom bulgarischen Standpunkt: Mach, Der Machtbereich des bulgarischen Exarchats in der Türkei. Leipzig 1906. — Brancoff, La Macédoine et sa population chrétienne. Paris 1905. — Bérard, Pro Macedonia. Paris 1904.

Vom serbischen Standpunkt: Petrović, Mazedonien und die Lösung seines Problems. Berlin 1904. — Marcuse, Serbien und die Revolutionsbewegung in Mazedonien. Berlin 1908.

Vom rumänischen Standpunkt: Bratter, Die kutzowalachische Frage. Hamburg 1907.

Ueber die Reformaktion der Mächte: Diplomatische Aktenstücke über die Reformaktion in Mazedonien. Herausgegeben vom k. und k. Ministerium des Aeussern. 1902 bis 1906. Wien 1906. — Dasselbe, 1906 und 1907. Wien 1907. — Hubka, Die österreichisch-ungarische Offiziersmission in Mazedonien 1903 bis 1909. Wien 1910. — Pinon, L'Europe et l'empire ottoman. Paris 1908.

Ueber die Sandschakbahn und die Auflösung der Mürzsteger Vereinbarungen: Riedl, Sandschakbahn und Transversallinie. Wien 1908. — Bauer, Oesterreich und der Imperialismus. „Der Kampf“ II. — Bauer, Oesterreich-Ungarn und Italien. „Der Kampf“ IV.

Ueber die jungtürkische Herrschaft in Mazedonien und den Streit um Kreta: Woods, The danger zone of Europe. London 1911.

Ueber das Verhältnis Oesterreichs zu Serbien: Kautsky, Oesterreich und Serbien. „Neue Zeit“, XXVII, 1. — Grünberg, Die handelspolitischen Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu den Ländern an der unteren Donau. Leipzig 1902. — Diplomatische Aktenstücke über die Handelsvertragsverhandlungen mit Serbien 1905 und 1906. Herausgegeben vom k. und k. Ministerium des Aeussern. Wien 1906. — Motivenbericht zu den Regierungsvorlagen über den Handelsvertrag mit Serbien. Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses: 1169 der XVIII. Session, 1013 der XX. Session und 20 der XXI. Session. — Georgevitch, Die serbische Frage. Stuttgart 1909.

Ernst Hübel: Gewerkschaften und Parteiorganisation

Die Ueberschrift dieses Artikels darf keineswegs zu der Annahme verleiten, dass in diesen Zeilen der ganze Komplex jener Fragen besprochen werden soll, der sich aus dem Verhältnis der Gewerkschaften zur politischen Interessenvertretung der Arbeiter ergibt. Es soll lediglich eine Detailfrage erörtert werden, wozu die Vorlage des neuen Organisationsstatuts der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich Anlass bietet, eine Frage, die schon längst einer gründlicheren Erörterung wert gewesen wäre, da sie in das Organisationsleben der Gewerkschaften tief einschneidet; sie ergibt sich aus folgender Bestimmung des Organisationsstatuts:

Jedes Parteimitglied hat die Pflicht, seiner Berufsorganisation anzugehören, so wie die Mitglieder der Berufsorganisation verpflichtet sind, Mitglieder der Parteiorganisation zu sein.

Diese Bestimmung ist in ihrem zweiten Teil bis heute mehr oder weniger eine papierene geblieben, das heisst, ein grosser Teil der Mitglieder der Berufsorganisationen sind der ihnen durch diese Bestimmung auferlegten Verpflichtung, Mitglieder der Parteiorganisation zu sein, nicht nachgekommen. Ein Umstand, der schon wiederholt auf Parteitagen und auch in der Parteipresse zu lebhaften Klagen Gelegenheit gab, die sich mitunter sogar zu Vorwürfen gegen die Gewerkschaften verdichteten. Es gibt eben Genossen, die mit Recht meinen, die Partei gebe sich nicht Gesetze von jener Art, die nur da sind, um übertreten zu werden; sie verweisen deshalb immer wieder auf das Missverhältnis, in dem die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten zur Zahl der Mitglieder der Parteiorganisation steht, und verlangen, dass der oben angeführten Vor-

schrift von beiden Seiten auf das genaueste entsprochen werde. Nicht unerwähnt darf bleiben, dass sich diese Klagen auch auf das Missverhältnis der Zahl der politisch Organisierten zur Zahl der sozialdemokratischen Reichsratswähler erstrecken.

Bevor wir untersuchen, wie weit jene Klagen und Vorwürfe berechtigt sind, wollen wir die in dieses Thema einschlagenden österreichischen und reichsdeutschen Ziffern vergleichen. Es mag das manchem Genossen, der einen solchen Vergleich noch nicht gemacht, als gewagt erscheinen, denn von der reichsdeutschen Sozialdemokratie spricht und schreibt man bei uns stets in Worten, die den Gedanken gar nicht aufkommen lassen, dass neben ihr auch wir „wer“ sein könnten. Man missverstehe nicht: die Grösse der reichsdeutschen Partei soll und kann nicht angezweifelt werden; aber wenn die reichsdeutsche Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen 35 Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigte, dagegen die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich von den auf die deutschen Parteien (im Gegensatz zu den anderssprachigen gemeint) entfallenen Stimmen „nur“ 30 Prozent erhielt*, so dürfen wir wohl schon mit Befriedigung konstatieren, dass wir ja nicht um gar so vieles „kleiner“ sind als unser grosser Bruder im Reich. Und wir dürfen uns deshalb schon mit ihm messen.

Die reichsdeutsche Sozialdemokratie zählte bei den letzten Reichstagswahlen 4,238.000 Stimmen; sie hatte Ende Juni 1912 970.112 Parteimitglieder, das sind 22·89 Prozent der sozialdemokratischen Wähler. Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich zählte bei der letzten Reichsratswahl 541.989 Stimmen und hatte Ende Juni 1911 146.623 Parteimitglieder, das sind 27·05 Prozent. In Deutschösterreich war also das Verhältnis der Zahl der politisch Organisierten zur Zahl der sozialdemokratischen Wähler ein weit günstigeres als in Deutschland. — Die reichsdeutschen Gewerkschaften zählten Ende Juni 1912 2,421.461 Mitglieder; von dieser Zahl bilden die 970.112 politisch Organisierten 40·06 Prozent. Die österreichischen gewerkschaftlichen Zentralverbände zählten Ende Dezember 1911 421.905 Mitglieder, und es bilden von dieser Zahl die 146.623 politisch Organisierten 34·75 Prozent.

Da haben wir's ja! wird mancher sagen: die reichsdeutschen Gewerkschafter stehen in viel grösserer Zahl in der politischen Organisation als die Gewerkschafter bei uns in Oesterreich. Mit Verlaub: es trifft das doch nicht zu. Denn da wir von der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich reden, können und dürfen wir unserer Berechnung auch nur die Zahl der deutschen Mitglieder der gewerkschaftlichen Zentralverbände zugrunde legen, denn die diesen Verbänden angehörenden Nichtdeutschen schalten für die deutsche sozialdemokratische Partei doch schon im vorhinein aus. Die Reichsgewerkschaftskommission gruppiert aber ihre Mitglieder nicht nach der Sprachenzugehörigkeit, weshalb wir einen anderen Schlüssel suchen müssen, um eine Berechnung vornehmen zu können. Er ist uns gegeben in der Höhe der Auflage der Fachblätter. Nach dem Bericht der Kommission betrug die Gesamtauflage der österreichischen Fachblätter Ende Dezember 1911 470.560 Exemplare; davon waren 345.950 = 73·52 Prozent deutsch. Wir treffen also wohl das Richtige, wenn wir von den 421.905 gewerkschaftlich Organisierten verhältnismässig ebenso viele, das heisst 310.184 als Deutsche betrachten. Dann ergibt sich aber folgendes Bild:

	Gewerkschaftlich Organisierte	Politisch Organisierte	In Prozenten
Deutschland	2,421.461	970.112	40·06
Deutschösterreich	310.184	146.623	47·26

Wir sehen jetzt, dass wir der reichsdeutschen Sozialdemokratie, zu der wir mit Bewunderung aufschauen, in mehreren Belangen „über“ sind und dass namentlich auch das Zahlenverhältnis der politisch Organisierten zu den Gewerkschaftern bei uns ein weit günstigeres ist als in Deutschland. Ein Klagen in dieser Hinsicht wäre also weit eher in Deutschland angebracht als bei uns, wo die Zahl der politisch Organisierten fast 50 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten beträgt und um mehr als 7 Prozent höher steht als in Deutschland.

Nach dieser Abschweifung in das Reich der Ziffern wollen wir zu unserem eigentlichen Thema zurückkehren. Der oben zitierte Satz aus dem Organisationsstatut legt

* In ganz Oesterreich wurden 22·5 Prozent sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

den beiden Gliedern der Arbeiterbewegung, der politischen wie der gewerkschaftlichen, scheinbar die gleiche Verpflichtung auf: das Parteimitglied hat der Berufsorganisation, das Mitglied der Berufsorganisation der Parteiorganisation anzugehören. Wie gesagt, scheinbar eine ganz glatte Rechnung. Und doch hat sie einen sehr grossen Fehler.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass der politisch Organisierte, der Sozialdemokrat, seiner Berufsorganisation anzugehören hat. Denn mit dem Augenblick, wo er sich zur Sozialdemokratie bekennt und Parteigenosse wird, hat er das Programm der Partei zu dem seinen gemacht, in dem es heisst: „Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewusstsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.“ Wie er diesen Grundsätzen entsprechen könnte, ohne Mitglied seiner Berufsorganisation zu sein, wäre schlechthin nicht zu verstehen.

Liegt aber die Sache ebenso einfach auch auf der anderen Seite? Ist das Mitglied der Gewerkschaft de facto auch schon Sozialdemokrat, so dass für jenes der Beitritt zur sozialdemokratischen Partei eine selbstverständliche Pflicht ist? Sehen wir zu!

Das Bestreben der Gewerkschaften ist und muss dahin gerichtet sein, alle Arbeiter eines Betriebes der Organisation zuzuführen. Je grösser der Prozentsatz der Zahl der Organisierten in einem Betriebe, desto leichter ist es, Verbesserungen der Lohnsätze, der Arbeitszeit, der Schutzvorrichtungen etc. dem Unternehmer abzurufen. Dem Unternehmer muss die Einheit der Arbeiterschaft entgegengestellt werden, soll der wirtschaftliche Kampf Aussicht auf Erfolg haben, soll er nicht durch das Fehlen eines Teiles der Arbeiter in der Organisation erschwert oder gar unmöglich gemacht werden. Der gewerkschaftliche Organisator darf also nicht danach fragen, ob die, die er der Organisation zuzuführen hat, diese oder jene oder keine politische oder religiöse Ueberzeugung haben. Es gilt für ihn der Grundsatz: Alles in die Gewerkschaft!

Nun ist es doch ganz natürlich, dass diejenigen, die der Gewerkschaft erst beitreten, ohne sozialdemokratisch gesinnt zu sein, die nicht immer nur indifferent sind, sondern gar oft der Sozialdemokratie direkt feindlich gegenüberstehen, nicht mit dem Uebertritt schon ihre frühere Gesinnung abstreifen, mit dem Mitgliedsbuch der Gewerkschaft auch gleich die sozialdemokratische Ueberzeugung mit übernehmen. Sie haben wohl den ersten Schritt auf sozialdemokratischem Boden getan — als solchen darf man wohl unsere Gewerkschaften bezeichnen — leben aber noch in der Gedankenwelt, der sie von früher zugetan. Es soll ihnen erst nach und nach der Sozialismus zum Verständnis gebracht werden, was bei dem einen schneller, bei dem anderen langsamer, beim dritten gar nicht gelingt. Aber — heute hat der neue Gewerkschafter den ersten Beitrag abgeführt, morgen kommt zu ihm irgendein gewerkschaftlicher Funktionär, der gleichzeitig auch Funktionär der politischen Organisation ist — in ungezählten Fällen liegen beide Funktionen in denselben Händen — und fordert ihn auf, auch der politischen Organisation beizutreten. Er weigert sich. Der Funktionär beruft sich auf das Organisationsstatut, das er ernst nimmt und konsequent zur Durchführung bringen will. Das Ergebnis ist, dass der Mann nicht nur der sozialdemokratischen Partei nicht beiträgt — deren überzeugtes Mitglied er vielleicht später durch die Eindrücke, die in der Gewerkschaft auf ihn eingewirkt hätten, geworden wäre — sondern auch die Gewerkschaft wieder verlässt und nicht bald wieder, vielleicht gar nicht mehr zurückgewonnen werden kann. So wirkt jene Bestimmung des Organisationsstatuts zum Schaden der Gewerkschaft und der politischen Partei.

Man sage nicht, das sei zu schwarz aufgetragen. Solche Fälle spielen sich gar oft ab und wenn sie nicht noch öfter vorkommen, so deshalb, weil man sich vielfach über jenen Punkt des Statuts einfach hinwegsetzt*, um sich die Mitglieder nicht zu vertreiben. Warum dann aber eine Vorschrift weiter beibehalten, der das praktische

* Ihm gegenüber steht übrigens ein Beschluss des Reichenberger Parteitages, welcher lautet: Für die beruflich organisierten Genossen bleibt der Beschluss des Linzer Parteitages — betreffend den Parteibeitrag von 2 Hellern für das Mitglied und den Monat — so lange aufrecht, als sie nicht ihre Mitgliedschaft bei der politischen Organisation mittels der Parteimitgliedskarte ausweisen können.

Organisationsleben entgegensteht? Die politische Partei wird sich ihre Reihen aus den Kadern der Gewerkschaften immer wieder stärken, das ist ein Stück natürlicher Entwicklung, das bedingt die Weckung und Stärkung des Klassenbewusstseins bei den den Gewerkschaften zugeführten Arbeitern. Aber man darf das Kind nicht mit dem Bade ausgießen, darf nicht ausser acht lassen, dass Klassenbewusstsein und Verständnis für die sozialistischen Ideen in den wenigsten Fällen in die Gewerkschaft mitgebracht werden, sondern nach dem Beitritt bei dem Mitglied erst langsam heranreifen müssen.

Weil dem aber so ist, sollte sich das Organisationsstatut den tatsächlichen Verhältnissen anpassen. Eine Bestimmung, welche die sozialdemokratisch gesinnten Gewerkschafter verpflichtet, der politischen Parteiorganisation anzugehören, würde wohl das Richtige treffen. Der Partei kann es nicht von Nutzen sein, wenn sie sich Gesetze gibt, die nicht eingehalten werden, weil sie nicht eingehalten werden können.

Hans Landemann:

„Das Volk“ als Erziehungsmittel

Vom Innsbrucker Parteitag wurde beschlossen, ein neues Parteiblatt erscheinen zu lassen, das nicht mehr als zwei Heller kosten und den Titel „Das Volk“ führen soll. Das Blatt flattert nun seit 1. Jänner d. J., und zwar jeden zweiten Donnerstag zu uns; der Stoff ist gut gewählt, obschon ich als Provinzler sehr gern etwas mehr ländliche oder dörfliche soziale Erscheinungen und Begebenheiten berücksichtigt wissen möchte, die Sprache leicht verständlich. Durch die auffallend starke Betonung des bestehenden allseits erkennbaren Klassengegensatzes in jeder neu erscheinenden Nummer wird gewiss sehr wertvolle Erziehungsarbeit geleistet. Bei dieser Feststellung allein dürfen wir in der Provinz es aber nicht bewenden lassen. Wer genötigt ist, in den zerstreuten Dörfern des flachen Landes den Sozialismus zu verbreiten, der weiss, welche Schwierigkeiten sich ihm in den Weg stellen. Der Indifferentismus, oft erschreckende Armut, wirtschaftliche Abhängigkeit, nationale, patriotische, religiöse Einflüsse machen sich auf dem Lande stärker geltend als in den Städten mit ihren kompakten Arbeitermassen. Kein Wunder, wenn da die Parteifunktionäre unentwegt nach Mitteln Ausschau halten müssen, diese Widerstände zu überbrücken oder zu beseitigen, um sodann bessere organisatorische Erfolge erzielen zu können. Wohl haben wir es so weit gebracht, dass es oft in weiten Länderstrichen kaum noch ein Dorf gibt, in dem nicht zumindest eine oder einige sozialdemokratische Stimmen bei den Wahlen abgegeben werden, doch halten viele Parteigenossen auf dem Lande ihre Verpflichtung gegenüber der Partei mit der Abgabe des Stimmzettels auch schon für erschöpft. Wiederholt wurden schon Versuche gemacht, das Landproletariat in den politischen und in den Fachvereinen zu organisieren, vielfach mit fraglichem Erfolg, weil es an rührigen, gut erzogenen Vertrauensmännern fehlt. Nicht etwa dass unseren Genossen im Dorfe die Erkenntnis des bestehenden Klassengegensatzes oder der gute Wille oder etwa die Parteiliebe mangelte, nein, es ist dies alles im hohen Grade vorhanden; es fehlt ihnen aber das alle unsere Vertrauensmänner in den Städten und Industrieorten auszeichnende hohe Selbstbewusstsein in Parteiangelegenheiten und die Gewöhnung an eine geregelte Partearbeit. Der Parteigenosse auf dem Lande sieht alle gegnerischen organisationsfeindlichen Einflüsse auf sich wirken, er vermisst die Masse, die ihn stützen könnte, in sich gekehrt träumt er in unbewachten Stunden von der kommenden besseren Zeit, das sozialdemokratische „Einmaleins“ vor sich hin tremulierend. Nimmt er an einer Versammlung teil, wird ihm oft sofort eine schwierige Funktion, nicht selten die Vertrauensstelle aufgestallt, weil man froh ist, in dem betreffenden Orte endlich einen Genossen gefunden zu haben. Der Mann versucht seiner Aufgabe gerecht zu werden, er sieht, es geht nicht, er versucht es ein zweites, vielleicht noch ein drittesmal, aber geht es auch dann noch nicht, so schickt er seine Aufträge zurück und ist nunmehr kaum noch für eine

Parteiarbeit zu haben; jetzt heisst es warten, bis sich wieder ein Mann findet, der in dem Dorfe eine Vertrauensstelle übernimmt; dies dauert oft sehr lange, die Parteibewegung macht kaum merkliche Fortschritte. Auch mit dem zweiten Vertrauensmann macht man oft dieselben Erfahrungen, weil ihm die Uebung in geregelter Parteitätigkeit mangelt. Wie wäre nun diesen Uebelständen abzuhelpfen? Wie kann also das Selbstbewusstsein unserer Klassengenossen auf dem Lande gehoben werden? Wie ist eine Gewöhnung an die Parteiarbeit zu erzielen?

Ich glaube im „Volk“ ein richtiges Mittel dafür gefunden zu haben. Das Blatt ist billig und gut und ist deshalb auf dem Lande leicht abzusetzen. Jener Genosse, welcher sich mit dem Vertrieb des „Volk“ beschäftigt, ist gezwungen, sich mit seinem Nachbar oder Arbeitskollegen in Verbindung zu setzen. Man darf anfänglich aber nicht zuviel verlangen, sondern es genügt, wenn er zunächst auch nur sechs der intimeren Bekannten mit dem Blatte versieht. Hat sich der Genosse einmal aus seiner Reserve herausgewagt, so wird jedes weitere Stück des „Volk“ das Selbstbewusstsein des Kolporteurs in bedeutendem Grade heben. Ich selbst habe in einem rein ländlichen Bezirk diesen Versuch erprobt und ich kann sagen, dass ich damit die besten Erfolge erzielte. Mit einer gewissen Genugtuung wurde mir mitgeteilt, dass 10 Stück, 20, ja 40 Stück „Volk“ verkauft würden. Allüberall ein bewundernswürdiger Eifer, der Partei dienen zu können. Der Vertrieb des Blattes erfordert aber von jedem Genossen auch Arbeit: das Bestellen und das Weitergeben. Diese Arbeit — so geringfügig sie scheinen mag — wird regelmässig gefordert, sie wird bald zur Gewohnheit. Das Erziehungswerk, das wir damit geleistet haben, können wir schon bezeichnen als: Gewöhnung an geregelte Parteiarbeit. Hat sich ein Genosse einmal gewöhnt, das „Volk“ regelmässig zu bestellen und weiterzugeben, so wird ihm auch der Bezug und die Verbreitung von Broschüren, Flugschriften, Arbeiterzünden etc. nicht mehr schwer fallen. Dieser eine Genosse, den wir planmässig zum Vertrauensmann „erzogen“ haben, dient nunmehr als Bindeglied zwischen den „Volk“-Lesern und der Parteileitung. Eine Versammlung in dem betreffenden Orte wird weitere Erfolge zeitigen. Es darf uns aber nicht genügen, endlich einen Genossen gefunden zu haben, der Parteiarbeit leistet, es darf uns nicht genügen, eine gewisse Zahl von „Volk“-Lesern gewonnen zu haben, wir müssen vielmehr darauf Bedacht nehmen, in einem und demselben Orte mehr Personen zu finden, die sich nach und nach an Parteiarbeit gewöhnen lassen, die also ebenfalls mindestens sechs Stück des „Volk“ bestellen und weitergeben. Das Prinzip der Arbeitsteilung muss da zur vollen Geltung gebracht werden. Wie die Bezirksvertretungen einen Teil dieser Erziehungsarbeit auch an die Vertrauensmänner und gewonnenen „Volk“-Kolporteurs abwälzen können, ja wie jeder unserer Genossen zur Erziehungsarbeit herangezogen werden kann, zeigt nachstehender Aufruf, der von mir verfasst und mit gutem Erfolge hinausgegeben wurde. Es heisst da:

Werter Genosse! Die Bezirksvertretung der sozialdemokratischen Partei für den X. Wahlkreis hat eine Aktion zur Gewinnung von Kolporteurs für das „Volk“ in die Wege geleitet. Es ist uns gelungen, eine grössere Zahl von Genossen zu finden, die den Verkauf dieses Blattes in die Hand genommen haben. Die Zahl der gewonnenen Kolporteurs ist aber noch viel zu gering. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass sich in jedem kleinsten Orte, ja dass sich für jedes zehnte Haus schon ein Vertrauensmann findet, der das „Volk“ bestellt und an die Bewohner dieser kleinen Orte und zerstreuten Häuser weitergibt.

Da die Bezirksvertretung allein nicht imstande ist, diese Arbeit zu leisten, so bittet sie die Genossen Kolporteurs und Vertrauensmänner, ihr dabei behilflich zu sein.

Wenn jeder Vertrauensmann und Kolporteur auch nur einen Genossen in seinem zuständigen Orte oder in einem der kleinen Orte der Umgebung findet, welcher wenigstens sechs Stück des „Volk“ regelmässig bestellt und an seine Freunde und Nachbarn weitergibt, so bedeutet dies für uns schon einen grossen Schritt nach vorwärts.

Die gewonnenen „Volk“-Kolporteurs einer Gemeinde gelten dann als Proponenten für den politischen Verein; die weitgehende Arbeitsteilung wird es ihnen möglich machen, später auch das schwierige Amt eines Subkassiers bekleiden zu können. Versagt einer, so übernehmen die anderen die Agenden desselben; mit der Vermehrung der „Volk“-Kolporteurs wächst die Zahl derer, die gegebenenfalls „einspringen“ können; der politische Verein erhält dadurch eine feste Verankerung.

Wenn ich mir noch anschliessend einen Vorschlag zur Ausgestaltung des „Volk“ zu machen erlaube, so geht der dahin, dass das Blatt jeden Donnerstag erscheinen möge; ich wünsche, dass es den Charakter eines Flugblattes bewahren möge; in der jetzigen Ausstattung wird es den Kreis- und Landesorganen keine Konkurrenz bieten, es wirkt aneifernd und weckt die Leselust. Möge das Blatt auch als Erziehungsmittel in der angedeuteten Weise Würdigung finden!

Friedrich Adler: Wissenschaft und Partei

Der Chemnitzer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hat einen durchaus ehrenhaften Mann aus der Partei ausgeschlossen. Die persönliche Anständigkeit Gerhard Hildebrands wurde in der Debatte von allen seinen Gegnern ausdrücklich anerkannt, aber ebenso fest war die überwältigende Mehrheit des Parteitages von der Ueberzeugung durchdrungen: Hildebrand ist kein überzeugter Sozialdemokrat und gehört deshalb nicht in die Partei.

Wir wollen hier keineswegs eine Untersuchung über die Ansichten Hildebrands anstellen; weder über ihre Stichhaltigkeit, für die kein einziger Parteigenosse, auch keiner von jenen, die ihn vor dem Ausschluss bewahren wollten, eingetreten ist, noch über ihre Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie. Es genügt, Hildebrands Broschüre „Sozialistische Auslandspolitik“* zur Hand zu nehmen, um zu erkennen, dass er wesentlich andere Ziele verfolgt als die Sozialdemokratie. Er ist sich darüber auch selbst nicht im geringsten unklar. Er betont im Vorwort ausdrücklich, dass das, was er „als aktuelle Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet“, bereits vom Jenaer Parteitag (1911) „einmütig abgelehnt worden“ ist. Er liess sich aber durch diese Abweisung keineswegs beirren, „von neuem für den Gedanken zu werben, dass auch vom sozialistischen Standpunkt aus die Sicherung kolonialer Domänen eine aktuelle wirtschaftliche Notwendigkeit wie für die übrigen westeuropäischen Industriestaaten, so für Deutschland geworden ist“. Ueber die „Notwendigkeit“ der „Sicherung kolonialer Domänen“ wollen wir hier nicht diskutieren, es kommt nur darauf an, festzustellen, dass die deutsche Sozialdemokratie diese „Notwendigkeit“ mit aller Entschiedenheit bestreitet, dass die Forderungen Hildebrands nicht etwa einen nebensächlichen, sondern einen der aktuellsten und wichtigsten Punkte ihrer politischen Aktion betreffen, dass sie ihren ganzen Kampf gegen den Militarismus und Imperialismus durchkreuzen.

Die Gegenwartsforderung „einer kräftigen und pfleglichen Kolonialpolitik“** ergab sich für Hildebrand als Konsequenz seiner wissenschaftlichen Studien. Es ist daher keineswegs erstaunlich, dass auch andere Leute bereits auf Grund seines Buches „Die Erschütterung der Industriegherrschaft und des Industriesozialismus“*** erkennen konnten, zu welchen praktischen Konsequenzen seine Theorien logisch führen mussten, dass insbesondere die Solinger Genossen, deren Parteiblatt er redigierte, bei denen er in Versammlungen für seine Ideen warb, zum Bewusstsein kommen mussten, Hildebrand hat den Boden der Sozialdemokratie verlassen. Dass er in diesem Buch überdies den Erfolg der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ganz anders einschätzt als die Sozialdemokratie, dass er also am Endziel, ebenso wie in den Gegenwartsforderungen, von der Partei abgerückt ist, dass er in der Agrarfrage wie in der des Schutzzolles andere Wege geht, dass er die Friedenspolitik der Sozialdemokratie geradezu verhöhnt und auch um den Preis eines Krieges den deutschen Kolonialbesitz erweitern will, unterliegt keinem Zweifel. Wie weit die Ansichten Hildebrands gerade in der Kolonialpolitik von denen der Sozialdemokratie abweichen, zeigt die Aeusserung Eduard

* Verlegt bei Diederichs in Jena 1911. (60 Pf.)

** „Sozialistische Monatshefte.“ Seite 1158. (Alle Zitate aus den „Sozialistischen Monatsheften“ beziehen sich auf den Jahrgang 1912.)

*** Verlag Gustav Fischer. Jena 1910. 244 Seiten. (6 Mk.)

Bernsteins: „Die Sozialdemokratie würde in Gefahr geraten, ihren Kompass zu verlieren, wenn sie sie akzeptierte*.“

Aber wie gesagt, auf die Untersuchung der Ansichten Hildebrands kommt es uns hier gar nicht an. Es ist ein Eingänger, dessen Einfällen wohl kaum politische Bedeutung beschieden sein wird. Dagegen hat sich an seine Ausschliessung eine höchst sonderbare Diskussion über deren prinzipielle Berechtigung geknüpft. Der Kreis der ausschliesslich literarisch interessierten Genossen von Josef Bloch über Eugen Dietzgen bis Franz Mehring ist aufs höchste über die „Unterdrückung der Meinungsfreiheit“ in der Partei entrüstet und die Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“ im Verein mit einer Anzahl anderer Genossen erliessen sogar in aller Form einen Protest, in dem es heisst: „Die Unterzeichneten fürchten, dass der Beschluss eine Hemmung der wissenschaftlichen Forschung in der Partei zur Folge haben wird und sehen darin einen Widerspruch zu dem alten sozialdemokratischen Grundgedanken, dass die praktische Politik der Partei auf der wissenschaftlichen Erkenntnis der Tatsachen zu beruhen habe.“

Die Artikel Mehrings in der „Chemnitzer Volksstimme“ kommen zum gleichen Resultat, wie die der Revisionisten in den „Sozialistischen Monatsheften“, aber sie gehen von vollständig anderen Voraussetzungen aus. Mehrings Schlüsse beruhen — soweit sachliche Grundlagen in ihnen überhaupt erkennbar sind — auf einem Missverständnis über das Wesen der Wissenschaft, die der Revisionisten dagegen auf einem Missverständnis über das Wesen der Partei.

Nach Mehrings Auffassung wurzelt — cum grano salis — nicht die Partei in der Wissenschaft, sondern umgekehrt die Wissenschaft in der Partei. Diesen Standpunkt, der ihn schon manchmal zu unhaltbaren Schlüssen geführt hat, der seinen krassesten Ausdruck wohl in den Worten Pannekoeks „die Geschichte der Philosophie ist die Geschichte des bürgerlichen Denkens“** gefunden hat, führt streng logisch zu den Folgerungen, die Mehring tatsächlich zieht. Ist die Partei die alleinige Stätte der Wissenschaft, so muss sie auch alle Bedingungen für sie schaffen, Meinungen aller Art zulassen.

Wir wollen die schon des öfteren angesponnene Diskussion über das Wesen der „proletarischen Wissenschaft“ hier nicht neu aufnehmen, es genügt für unseren Fall zu konstatieren, dass wer die Meinung Mehrings***, dass neben der „Partei als politische Kampforganisation“ eine „Partei der wissenschaftlichen Forschung“ existiert, die scharf unterschieden werden müssen und verschiedene Existenzbedingungen haben, nicht teilt, selbstverständlich auch nicht zu seinen Schlüssen gelangen kann und erfreulicherweise dem Dilemma entgeht, entweder die Partei oder die Wissenschaft zur Verkrüppelung verurteilen zu müssen.

Viel notwendiger ist die Diskussion mit jenen, die die schiefe Auffassung des Wesens der „proletarischen Wissenschaft“ nie genug verhöhnern konnten und nun durch die Ironie des Schicksals mit deren Verfechter einig sind. Was an Unklarheit über das Wesen der Partei bei der Behandlung des Falles Hildebrand zutage gefördert wurde, ist in der Tat geradezu erstaunlich. Die simple Tatsache, dass die Partei eine Kampfgemeinschaft ist, die ihre Aufgabe, den Kampf gegen die gegnerischen Klassen, um so erfolgreicher führen wird, je einiger sie über Weg und Ziel ist, dass also die Kampfgemeinschaft eine Meinungsgemeinschaft voraussetzt, wird direkt bestritten. Wolfgang Heine behauptet geradezu: „Es widerspricht den realen Tatsachen, zu behaupten, dass die Gemeinsamkeit gleicher Ueberzeugung die Parteien bildet“ †, und Bernstein hat diesen Standpunkt sogar mit einer feinen Unterscheidung begründet: „Die Sekte vertritt vor allem bestimmte Meinungen...., die Partei aber vertritt Interessen....“ ††. Er tut also so, als ob die gedanklich erfassten Interessen nicht wieder Meinungen wären, und zwar gleiche Meinungen sein müssen, wenn die Interessen mit Erfolg vertreten werden sollen. Aber wir können uns darauf

* „Sozialistische Monatshefte.“ Seite 1147.

** J. Dietzgen, „Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit“. Einleitung von Pannekoek. Seite 3.

*** „Chemnitzer Volksstimme“ vom 15. Oktober 1912.

† „Sozialistische Monatshefte“, Seite 537.

†† „Sozialistische Monatshefte“, Seite 1148.

beschränken, Bernstein durch Heine zu schlagen, der in seinem Verteidigungseifer für Hildebrand einmal zu dem ganz richtigen Satz kommt: „Als ob es zwischen Forschung, Meinung und Folgerung daraus für das Leben für ehrliche Leute Unterschiede geben dürfte“*. Die Interessengemeinschaft wird eben nur wirksam, wenn und soweit sie in einer Meinungsgemeinschaft zum Ausdruck kommt.

Also die Partei als Meinungsgemeinschaft wird verworfen und aus Angst, man könnte sie zu einer Kirche stempeln, erklärt man sie unbedenklich für einen Staat. „Hat eine Partei die Grösse und den Ausbau erlangt wie in Deutschland die Sozialdemokratie, dann ist, ein Gemeinwesen mit einem grossen Teil der Eigenschaften des Staates und damit auch dessen Verpflichtungen“, sagt Bernstein** und Heine behauptet sogar wiederholt, „man wird in die Partei hineingeboren geradeso wie in den Staat“***. In diesem Gedankengang trifft wie so manchmal der Revisionismus mit dem Syndikalismus zusammen. Auch von diesem konnten wir hören, die Organisation sei keine Meinungsgemeinschaft, sondern habe, ganz abgesehen von Zielen und Programmen alle Angehörigen der Arbeiterklasse zu umfassen. Die Organisation der Arbeiterklasse, die für uns Aufgabe ist, ist für die Syndikalisten Voraussetzung. Der Revisionismus spricht aber nicht von der Klasse, sondern erklärt die Sozialdemokratie für „eine grosse Bewegung der Nation“† und weiss wohl auch, warum er es tut. Denn so falsch die Auffassung der Syndikalisten ist, dass man als Arbeiter in die Bewegung „hineingeboren“ wird — zumindestens überwiegen leider die Fehlgeburten noch immer — so kann schon gar keine Rede davon sein, dass die Intellektuellen — und um die dreht sich doch das ganze Interesse der Revisionisten — in die Partei als Klasse „hingeboren“ werden. Aber auch die Auffassung der Partei als „Bewegung der Nation“ hilft im strittigen Falle doch recht wenig, denn Hildebrand wurde, um sich der Redeweise Heines zu bedienen, doch eigentlich in die — nationalsoziale Partei „hineingeboren“! Und in diesem Spezialfall darf man sogar Heine zustimmen, für den Nationalsozialen Hildebrand scheint man wirklich aus allen seinen Schriften und Reden schliessen zu müssen, dass er „in seine Partei hineingeboren, an sie gefesselt ist und nicht austreten kann“.

Es wäre auch alles in vollkommenster Ordnung, wenn nicht leider die Partei mit den nicht lebensfähigen Ansichten vorzeitig verschieden wäre. Und so war Hildebrand, da das „geboren werden“ offenbar nur einmal geht, gezwungen, sich nach einer anderen Partei umzusehen, und glaubte für seinen Standpunkt „kein besseres Tätigkeitsfeld finden zu können als die Arbeit in der Sozialdemokratie“††. Und seine Freunde behaupten nun, dass da niemand anderer etwas dreinzureden habe, dass tatsächlich der einzelne und nur dieser darüber zu verfügen habe, welcher Partei er die Ehre erweise, sie als „Tätigkeitsfeld“ zu erwählen. Maurenbrecher††† erklärt, dass es einzig darauf ankommt, dass man Parteigenosse sein will, und Peus†* verkündet: „Darüber zu entscheiden, wer seiner Ueberzeugung nach zur Partei gehört, sollte man ruhig dem Gewissen des einzelnen überlassen.“

Hildebrand selbst hat allerdings auf Grund der Chemnitzer Erfahrungen erkannt: „Ueber die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Organisation haben zwei zu entscheiden: der einzelne und die Organisation††*.“ Aber um eine gute Miene zum bösen Spiel zeigen zu können, erfand er eilends eine neue Auffassung über das Wesen der Partei. Man höre und staune: „Wer die Kandidaten der Partei in allen Wahlen unterstützt, die Gegenkandidaten bekämpft, der ist Parteigenosse, mag er sonst denken und sagen, was er wolle†††*.“

* „Sozialistische Monatshefte“, Seite 1292.

** „Sozialistische Monatshefte“, Seite 1148.

*** „Sozialistische Monatshefte“, Seite 1294, ebenso Seite 537.

† „Sozialistische Monatshefte“, Seite 1148.

†† „Sozialistische Monatshefte“, Seite 537.

††† „Sozialistische Monatshefte“, Seite 1158.

†* „Sozialistische Monatshefte“, Seite 1306.

††* „Sozialistische Monatshefte“, Seite 1282.

†††* „Sozialistische Monatshefte“, Seite 1283.

Man kann also öffentlich reden und schreiben, was man will, man braucht nicht organisiert zu sein, wenn man nur sein geheimes Wahlrecht richtig ausübt, ist man Parteigenosse, wie Hildebrand meint, und wie viele meinten, als wir noch machtlos waren, und erst einzelne die Bedeutung der Organisation erkannt hatten. Auf Grund dieser grossartigen Definition verkündet nun Hildebrand: „Ueber die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei kann nur einer entscheiden: der einzelne“*, auf Grund dieser Definition, die seinem Verständnis für das Wesen der Sozialdemokratie alle Ehre macht, schreibt er nach seinem Ausschluss Artikel: „Warum ich Sozialdemokrat bin und bleibe?“

Diese Kostproben von Anschauungen über das Wesen der Partei dürften genügen. Die Fundgrube der „Sozialistischen Monatshefte“ ausschöpfen zu wollen, wäre ja ein aussichtsloses Beginnen.

* * *

Die Verteidiger Hildebrands tun so, als stände das Recht der kritischen Untersuchung der Parteigrundsätze, das Recht der freien Forschung in der Partei in Frage. Quessel wehrt sich entrüstet dagegen, dass „die Lehren des Erfurter Programms den Wert von Glaubenssätzen haben, die wohl scholastisch gedeutet, nicht aber kritisch gewürdigt werden dürfen“.** Dieselbe Sorge um die Freiheit der Forschung bewegt Pernerstorfer*** wie Mehring. Sie ist auch der Inhalt der obenerwähnten Protesterklärung. Heine führt zum Ueberfluss sogar Lassalle als Kronzeugen: „Frei muss die Wissenschaft sein, auch bis zum Missbrauch frei.“

Wir kennen, offen gesagt, niemand in der Partei, der dem nicht zustimmen würde, nur sind wir der bescheidenen Meinung, dass das Recht der kritischen Forschung überhaupt nicht in Frage steht, dass es sich um ein vollständig anderes Problem handelt. Nicht ob man forschen, ob man kritisch untersuchen darf, ist die Frage, sondern ob jemand, der auf Grund seiner Forschungen zu nicht-sozialdemokratischen Ueberzeugungen gekommen ist, weiter in der Partei bleiben kann.

Ein einfaches Beispiel wird den Unterschied klarmachen. Quessel† erzählt triumphierend, dass niemand Geringerer als Friedrich Engels sich mit demselben Problem beschäftigt habe wie Hildebrand, ja dass in der ganzen handelspolitischen Literatur neben Engels niemand zu finden sei, „dessen Exportpessimismus an den Hildebrands heranreicht“. Und nun fragt Quessel pathetisch: „War es nun wirklich ein Verbrechen von Hildebrand, dass er sich der Lösung eines Problems zuwandte, dass doch auch unsere grossen Theoretiker so lebhaft beschäftigt hat?“ Sicher war die Forschung ebensowenig bei Hildebrand wie bei Engels ein Verbrechen. Und in gleicher Weise konnten auch die Resultate ihrer Forschungen, die Ueberzeugungen, zu denen sie kamen, unter keinen Umständen ein Verbrechen sein.

Engels schloss aus seinen Studien auf die Notwendigkeit der sozialen Revolution, Hildebrand auf deren Nutzlosigkeit. Wer recht hatte, ist für unsere Frage vollständig gleichgültig. Weder die Ueberzeugung von Engels noch die Ueberzeugung von Hildebrand ist ein Verbrechen, keine von beiden ist „strafbar“. Aber beide Ueberzeugungen haben gemein, dass sie die Freiheit der Wahl des Arbeitsfeldes der betreffenden Männer einengen, dass sie ihre Aktionen bestimmen.

Die Ueberzeugung, die Engels aus seinen Studien schöpft, bestärkt ihn in seiner Arbeit für die Sozialdemokratie, die Ueberzeugung Hildebrands weist ihn auf andere Aufgaben, als sie die Sozialdemokratie anerkennt. Engels wird durch seine Forschungen der Partei noch inniger verbunden, Hildebrand durch die seinigen der Partei entfremdet. Die kritische Untersuchung, die wissenschaftliche Forschung ist vollständig frei, aber die einmal gebildete Meinung, die zur Ueberzeugung verdichtete Anschauung ist bestimmend für das Verhältnis des einzelnen zur Partei.

* „Sozialistische Monatshefte“, Seite 1282.

** „Sozialistische Monatshefte“, Seite 1301.

*** „Sozialistische Monatshefte“, Seite 1150.

† „Sozialistische Monatshefte“, Seite 1301.

Wir können es im weiteren ganz dahingestellt sein lassen, inwieweit die Ueberzeugungen Hildebrands mit denen der Sozialdemokratie zusammenfallen, ob er noch auf dem Boden der Sozialdemokratie steht. Wir wollen die Frage ganz allgemein stellen: Kann jemand, der aufgehört hat überzeugter Sozialdemokrat zu sein, Parteigenosse bleiben?

Wir könnten einfach mit Pernerstorfer antworten: „Wer . . . sich mit einem der Hauptgrundsätze des Sozialismus in Widerspruch setzen würde, schliesse sich damit selbst aus der Partei aus.“* Aber leider sind die anderen Mitarbeiter der „Monatshefte“ nicht so einsichtig, diese Selbstverständlichkeit einzusehen und es bleibt vor allem noch die Frage offen, was die Partei zu tun hat, wenn der Betreffende „sich nicht selbst ausschliesst“, nicht freiwillig austritt.

* * *

Das Parteiprogramm ist keine heilige Schrift, enthält keine Dogmen, die unantastbar wären. Im Gegenteil, wir arbeiten stets an der Vertiefung unserer Einsicht und damit an der Verbesserung unseres Programms. Das Parteiprogramm ist nicht der Weisheit letzter Schluss, aber es sagt aus, wie weise wir heute sind.

Und auf dieses Heute kommt es an, denn wir sind eine Partei der Aktion. Wir können nicht abwarten, ob die Forschung dereinst nach Generationen uns in diesem oder jenem Punkte Unrecht geben wird, denn die bittere Not des Lebens zwingt uns, keinen Tag ungenützt vorübergehen zu lassen, zwingt uns, fortwährend zu handeln. Wir müssen jeden Moment in Aktion treten und diese Aktionen können sich nur auf jene Einsicht stützen, die wir schon besitzen. Diese unsere beste Einsicht suchen wir im Parteiprogramm zu formulieren und daher ist das Parteiprogramm, obwohl es keineswegs absolut vollkommen ist, tatsächlich die beste Richtschnur, über die wir verfügen.

Für uns ist das Bekenntnis zum Parteiprogramm ein Bekenntnis zur gemeinsamen Aktion. Und deshalb müssen wir fordern, dass dieses Programm, das uns sagt, welchem Ziele wir gemeinsam zustreben, welchen Weg wir gemeinsam gehen wollen, auch von jedem Mitglied der Partei anerkannt werde. Jeder, der das Parteiprogramm oder Teile desselben nicht anerkennt, andere Ziele erreichen oder andere Wege gehen will, ist ein Hemmnis der Aktion, stört die Bestrebungen der Partei, hindert ihren Fortschritt, gehört also im Interesse der Aufgabe der Partei nicht in sie hinein.

Die Anerkennung des Parteiprogramms bedingt aber, zumindestens bei jedem Menschen von Charakter, die Ueberzeugung von dessen Richtigkeit. Die Partei kann daher nur die Gemeinschaft der von den Prinzipien der Sozialdemokratie überzeugten sein.

Wir wissen, dass wir in der Partei Schichten von verschiedener theoretischer Durchbildung haben. Wenn jemand über gewisse Fragen noch nicht zur Klarheit gekommen ist, so ist das kein Grund gegen seine Parteiangehörigkeit. Anders steht es aber, wenn jemand sich eine andere Meinung bereits gebildet hat, als sie in der Partei herrscht, wenn jemand Ueberzeugungen erworben hat, die unsozialdemokratisch sind.

Und diesen Selbstverständlichkeiten gegenüber wiederholt man unaufhörlich den Vorwurf, die Sozialdemokratie werde zur Kirche, übe dieselbe Intoleranz wie diese.

Wenn die katholische Kirche sich wirklich nur jener „Intoleranz“ schuldig machen würde, wie die Sozialdemokratie, hätte wohl niemand gegen sie etwas einzuwenden. Denn es gibt zwei Arten von Intoleranz. Eine Intoleranz nach aussen und eine Intoleranz nach innen. Wenn die katholische Kirche jeden, der an die „heilige Eucharistie“ nicht glauben will, exkommunizieren würde, so dürfte kein Aussenstehender etwas dagegen einwenden. Denn die Frage, wie intolerant die Kirche nach innen, das heisst gegen ihre Mitglieder sein will, ist die ureigenste Angelegenheit der Kirchenangehörigen selbst. Was man der Kirche aber mit Recht vorwerfen kann, ist ihr Verhalten zu den Aussenstehenden, die Verfolgung der Andersgläubigen und Ungläubigen, die Ausnützung der Machtmittel des Staates, um Menschen in die

* „Sozialistische Monatshefte“, Seite 1153.

Kirche zu pressen und mit Gewalt in ihr festzuhalten. Dass die Kirche Ketzer in ihrem Innern nicht dulden will, darf ihr kein Aussenstehender zum Vorwurf machen. Dass sie aber den Protestanten, die nicht mehr ihrer Gemeinschaft angehörten, das Recht auf Existenz absprach, das ist die Vergewaltigung der Meinungsfreiheit, gegen die sich jeder wenden muss, das ist die fluchwürdige Intoleranz nach aussen.

Hildebrand kann nach der Auffassung der Sozialdemokraten schreiben und reden, was immer er will, wir werden seine Theorien widerlegen, nicht aber konfiszieren. Ob aber ein Mann, der in grundlegenden Fragen nicht auf dem Boden der Sozialdemokratie steht, unser Kampfgenosse sein soll, darüber hat niemand anderer zu verfügen, als unser praktisches Bedürfnis, wie es durch das Urteil der Mehrheit der Parteigenossen festgestellt wird. Der Unüberzeugte kann kein Genosse sein, ist zum Mitkämpfer untauglich.

Wie ist nun Wissenschaft in der Partei möglich? Was würde ein Mann, der Parteigefühl besitzt, tun, wenn er wie Hildebrand zum Schlusse kommt, dass die Vergesellschaftung der Produktionsmittel keineswegs die Not des Proletariats beseitigen kann.

Die fürchterliche Krise, die eine solche Erkenntnis im ganzen Denken und Gefühlsleben des echten Sozialdemokraten hervorrufen würde, müsste ihn zu allererst veranlassen, sich aus dem praktischen Kampf zurückzuziehen. Er würde fühlen, dass ihm jene Kraft abhanden gekommen ist, die allein aus der vollen Ueberzeugung zu schöpfen ist. Er würde vor allem seinen bisherigen Kampfgenossen die Treue halten, indem er nicht im marschierenden Heere Unordnung stiftet, sondern sich so entfernt, wie es die Achtung vor den Männern erheischt, in deren Reihen er als Gleicher unter Gleichen in guten Treuen aufgenommen wurde. Wenn er diesen für den ehrlichen Sozialdemokraten schmerzlichsten Schritt vollführt hat, erst dann ist der Augenblick gekommen, wo er für seine neue Ueberzeugung wirken kann. Glaubt er auf dem Boden der Sozialdemokratie weiter Platz zu haben, glaubt er, dass er den Interessen des klassenbewussten Proletariats besser zu dienen vermag, als es die Grundsätze des Parteiprogramms vermögen, dass die Partei sich zu seinem Standpunkt bekehren werde, dann kann er auch in der Partei für seine neue Ueberzeugung weiter wirken. Aber wirken nicht durch Agitation bei den Indifferenten, sondern nur auf dem Boden der — Wissenschaft. Er kann wissenschaftliche Untersuchungen anstellen, er kann theoretisch diskutieren, aber er kann aktiver Politiker erst dann wieder werden, wenn seine Meinungen in das Parteiprogramm Aufnahme gefunden haben. So würde in derartigen schmerzlicher Krise ein Mann handeln, der der Partei innerlich verbunden ist. Die Wissenschaft ist in der Partei möglich, aber sie ist es nur als Wissenschaft. Die Aktion, die Agitation kann sich einzig stützen auf das Parteiprogramm.

Die Partei soll ein Staat sein, soll Mitglieder dulden, wenn sie auch nicht überzeugt sind! Welche unüberwindlichen Schwierigkeiten damit für die gemeinsame Aktion geschaffen würden, ist kaum auszudenken. Und doch wagen es gerade jene, diese Auffassung zu vertreten, die zu gemeinsamer Aktion zu verhalten schon heute, wo die Partei nur die Ueberzeugten umfasst, so viele Schwierigkeiten gemacht hat. Alle Kämpfe der reichsdeutschen Parteitage, man denke nur an die Frage der Budgetbewilligung, gingen um nichts anderes, als die gemeinsame Aktion zu sichern. Und jene, die ironisch erklären, dass es ihnen die Verhältnisse „zufällig“ ermöglichten, den Beschlüssen der Parteitage Rechnung zu tragen, fabeln von einer Parteiverfassung, nach der die gemeinsame Aktion auf geradezu unüberwindliche Schwierigkeiten stossen würde. Würde die Partei zum „Staate“ werden, dann würde ja vielleicht das Gerede von den „Ketzergerichten“ verstummen, aber ersetzt werden durch den Jammer über die „militärische Subordination“, ohne die ein Staat niemals gekämpft hat und niemals kämpfen kann. Die Partei als Staat heisst für die Sozialdemokratie nichts anderes als den Verzicht auf die Aktion, den Verzicht auf die Kampffähigkeit.

* * *

Eine Reihe von Genossen hätten dem Ausschluss Hildebrands seine Verfemung durch den Antrag Laufenberg vorgezogen. Hildebrand hätte damit nichts gewonnen, nur die Kritiker der Partei hätten den Vorwurf des Ketzergerichtes durch die Erklärung

des Parteitages als „Konzil“ oder gar „Indexkommission“ zu ersetzen gehabt. Der Antrag Laufenberg war ein Kompromiss, aber ein überflüssiges, denn die Partei hat keinen Grund, sich zu scheuen, offen zu erklären: für Unüberzeugte ist in unseren Reihen kein Platz, sie können keine guten Kampfgenossen sein.

Und doch stand der Parteitag in dem Banne, dass an dem Ausschluss irgend etwas nicht in Ordnung sei. Die überwältigende Mehrheit war überzeugt, dass der Ausschluss vollzogen werden müsse, und doch stimmte sie nur mit schwerem Herzen dafür. Worin war das begründet?

Heine hat behauptet, dass der Ausschluss nur wegen Handlungen, nicht aber wegen Ueberzeugungen erfolgen dürfe. Und so falsch sein Schluss auch ist, so liegt der Kernpunkt der Frage doch in dieser Gegenüberstellung. Nur Handlungen, niemals aber Meinungen und Ueberzeugungen können ein „grober Verstoss“, ein „Verbrechen“ sein. Nur Handlungen, niemals aber Meinungen und Ueberzeugungen dürfen bestraft werden. Aber daraus folgt nicht, dass wir Männer beliebiger Meinung und beliebiger Ueberzeugung in unseren Reihen zu dulden brauchen.

Der Fehler liegt im Organisationsstatut. Der Ausschliessung haftet das Odium der Strafe des Ehrverlustes an. Wir haben eigentlich keine Ausschliessung ohne Ehrverlust, wie sie in Fällen à la Hildebrand am Platze wäre. Um es an dem Entwurf des neuen österreichischen Organisationsstatutes zu exemplifizieren: der Ausschliessungsparagraph 42 bezieht sich einzig auf den § 2, der nur von „groben Verstössen“ und „ehrlosen Handlungen“ spricht. Auf den § 1, der vom Parteimitglied fordert, dass es „sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt“, wird im Ausschliessungsparagraphen kein Bezug genommen.

Wenn man es also für notwendig finden würde, wegen der ja ausserordentlich seltenen Fälle à la Hildebrand eigene Bestimmungen zu treffen, so müsste man vor allem die Ausschliessung ohne Ehrverlust von der gewöhnlichen scharf sondern, und könnte etwa sagen: „Streichung aus den Mitgliederlisten. Tritt ein Mitglied, das sich nicht mehr zu den Grundsätzen des Parteiprogramms (§ 1) bekennt, nicht aus eigener Initiative aus der Partei aus, so kann der Parteitag auf Antrag der Parteivertretung die Organisation seines Wohnortes mit der Streichung seines Namens aus den Mitgliederlisten beauftragen.“

Mit einer derartigen Bestimmung wären alle Schwierigkeiten und alle Missverständnisse beseitigt und das Recht der Partei anerkannt, zu fordern, dass ihre Mitglieder gute Kampfgenossen sind. Denn nicht auf eine grösstmögliche Menge von Menschen, die sich Sozialdemokraten nennen, kommt es an, sondern auf eine grösstmögliche Menge sozialdemokratischer Arbeit.

Otto Wittner:

Variationen über das Thema: Hauptmann

(Zum 15. November 1912.)

Ein Schrei der Not gelbt schneidend durch die Welt. Ueber alles Geräusch des Lebens tönt er empor. Er zerbricht alle Harmonie. Er zerstört Frieden und Behagen. Er zwingt alle in seinen Bann, die da mit Ohren zu hören begabt sind. Unendlich gebiert er sich neu aus dem unendlichen Gewimmel der ringenden Kreatur. Unfruchtbar, neue Harmonien zu schaffen; ein Wahn, über Zweck und Wesen des Seins zu grübeln, solange dieser Schrei hunderttausendfach seine klagende, anklagende Stimme erhebt. In das Werk des Dichters hat sich dieser tönende Strom wie in ein sammelndes Bett ergossen. Hier wogt und stöhnt und droht und tobt es fort, aus Zeit zur Ewigkeit erlöst.

Der Dichter hebt den Stein, der den Eingang zu dieser Hölle des Leidens verschliesst. Ein Chaos von Gestalten steigt auf. Ausgemergelte, schwankende Hungerleider

mit grossen Grübleraugen schweben heran, den Weberschützen in der Hand; gefoltete, schlotternde Bauern, von weingeröteten, peitschenschwingenden Rittern verfolgt; der vom Schrecken des Aussatzes gebrochene Fürst mit Stab und Klapper und der von Reue, Sorge, Zweifel in den Wahnsinn getriebene Fuhrmann, den Strick um den Hals; die Reichen, ohne den Segen der Arbeit, leere Müssiggänger, vom Trunk zerstört; andere, mit stieren Blicken und fahriger Bewegung, vom Fluche eines schweren Erbes erdrückt; die mit dem wissenden Drang nach Befreiung aus dem Sumpf, der sie immer zäher, erstickend umschlingt; die vom öden Gleichmass freudloser Existenz Tag für Tag, Stück um Stück verzehrt; die von der Besessenheit ihrer Triebe irr durchs Leben gepeitscht; die leidend Einsamen, nach neuen Zielen schmerzvoll ringend in dieser am Gewohnten hängenden Welt. Verfolgte und Verfolger, Gequälte und Quäler, mit lastender Kette aneinandergefesselt; frei nur der Narr in der Seligkeit seines Traumes, der ein halbes Jahrtausend zu spät geborene Heilige, der an der Kälte und Nüchternheit dieser bloss nach dem Verstand gerichteten und rechnenden Welt zugrunde geht. . . Wild und drängend kreist diese Gehenna um ihn. Arme recken sich. Es schallt von Fluch und Gebet. Alle leben durch die gleiche Gier: die Inbrunst nach Aufhebung des Leidens, nach einer Welt, die frei von diesen allerfassenden Schmerzen ist, treibt sie. Und Fluch und Gebet haben nur den gleichen Sinn, fassen nur den einen Laut: Erlösung.

* * *

Die Dichtung Gerhart Hauptmanns, von dem verschollenen Promethidenepos seines jugendlichen Sturms bis zu den grossen Romanen seiner abgeklärten Gegenwart, ist nur von dem einen Drang bestimmt: das Leben durch Gestaltung zu begreifen. Was der Dichter den grossen Kaiser unkarolingisch genug sagen lässt:

So sei der Mann, der mir Willkommene:
er muss versteh'n, nicht richten! Muss das Leben
verehren, nicht abtöten wollen —

das ist der Geist seines eigenen Werkes. Hauptmann hat nie abwerfen wollen, was er tragen musste. Er hat sich nie, selbst in seiner romantischsten Phase nicht, gleich so vielen Poeten unserer Zeit, in eine stille Zelle geflüchtet, um vom Lärm der Not und Drangsal ungestört sich selbst zu leben. Immer suchte er nach der Menschenbrust, deren Leid er in sich aufnehmen konnte. „Sein Herz, seine Liebe zu den Mitmenschen . . . hielt ein immerwährendes schmerzliches Mitleid wie eine immer offene Wunde in ihm wach, so dass er das »Seid umschlungen, Millionen!« im Jubel der Seele und im bitteren Schmerz eigener Leiden empfinden musste.“ Dieses Wort seines Messiasromans enthüllt die Grundkraft seines Lebens und Schaffens.

Aus einer Zeit, die alles, was jung war in Deutschland, in heftigster Gärung erregte wider die in sicherem Besitze von gesellschaftlicher Stellung, Wissenschaft, Kunstübung Wohnenden, ist Hauptmann emporgekommen. Dieser neuen Generation galt keine Heiligkeit der Ueberlieferung, der Satzung, des ererbten Rechts. Es war eine Zeit des fruchtbaren Zweifels, bebender, wütender Fragestellung. Seit hundert Jahren hatte keine Jugend so wurzeltief den Gegensatz gefühlt, der sie in Empfinden und Denken, in Leben und Handeln von den „Alten“ schied. Jene gesättigte Generation in dem stolzen Gefühl, „wie wir es nun so herrlich weit gebracht“, in beruhigter Einheit mit sich; diese „Jungen“ von hundert Widersprüchen zerrissen, die politische und soziale Ordnung in allen ihren Unvollkommenheiten hart erleidend und hart befehdend, in Kunst und Weltbetrachtung die Tradition nur als den dürren Geist schablonenhafter Regelung erfassend. Die Erinnerung dieser inneren Kämpfe erweckt in einem späten Romanhelden Hauptmanns diese Selbstcharakteristik: „Die besten Geister dieser Zeit sind voller innerer Gärungen. Jeder einzelne Mensch von Bedeutung ist ebenso zerrissen, wie es die Menschheit im ganzen ist. . . In mir steckt der Papst und Luther, Wilhelm II. und Robespierre, Bismarck und Bebel; der Geist eines amerikanischen Multimillionärs und die Armutsschwärmerei, die der Ruhm des heiligen Franz von Assisi ist. Ich bin der wildeste Fortschrittler meiner Zeit und der allerwildeste Reaktionär und Rückschrittler. Der Amerikanismus ist mir verhasst und ich sehe in der

grossen amerikanischen Weltüberschwemmung und Ausbeuterherrschaft doch wieder etwas, was einer der berühmtesten Arbeiten des Herkules im Stall des Augias ähnlich ist.“ Diese Gärungen trieben zunächst dazu, überall selbst zu sehen, selbst erkennen zu wollen, keine Erfahrung anderer ungeprüft zu übernehmen. Man sucht Tatsachen zu sammeln und dieser Drang berührte sich durchaus mit den Tendenzen der neuen Literaturepoche, wie sie von Frankreich, von Skandinavien, von Russland herüberwirkten. Es galt, die Dinge so zu sehen und so darzustellen, wie sie wirklich waren. Jede Verbämung, jede Stilisierung war Uebel, war Verbrechen wider den Heiligen Geist der Wahrheit. Nietzsches Wort: „Aller Idealismus ist Verlogenheit vor dem Notwendigen“ hat nie glühendere Bekenner gefunden und freudigere Kämpfer erhoben. Und dieser neue Tatsachensinn fand sich am meisten angezogen von dem Komplex jener Erscheinungen, welche der politische und wirtschaftliche Liberalismus der älteren Generation teils mit einem Schleier philanthropischer Phrasen zu bedecken liebte, teils als durch unabänderliches Naturgesetz verhängt pharisäisch bedauerte: von der sozialen Not der Massen. Es war eine Bewegung in dieser Jugend, welche ins Volk drängte. Nicht mit jenem Pathos der Aufopferung, das die junge russische Intelligenz auf ihren Leidensweg trieb. Aber es war auch hier das Bewusstsein, dass man über die Grenzen, die die ältere Generation gezogen, hinaus müsse, dass ein Neues werde und dass sie berufen seien, diesem Neuen zur Geburt zu helfen. Freilich haftete den meisten die kleinbürgerliche Borniertheit ihrer Herkunft an. Sie hatten den sozialen Kampf des niedergehenden Handwerks gegen das sich mit skrupelloser Gewalt ausbreitende Grosskapital unmittelbar vor Augen. Das gab ihnen, die technisch dem Beispiel Zolas nachstrebten, ohne seinen sozialen Horizont zu begreifen, ohne sich über diesen Klassenkampf im Winkel zur befreienden Idee einer grösseren Kulturrevolution zu erheben, eine dem Kulturpessimismus Tolstois verwandte Stimmung. Freilich fehlte auch hier die Rücksichtslosigkeit der Konsequenz. Wie denn diese ganze Intellektuellenrevolution, die wohl von dem Lichte der proletarischen Ideologie beschienen war, doch ohne den Rückhalt einer kämpfenden Klasse blieb, sich auf die Literatur beschränkte. Das Schlagwort, das Bleibtreu mit grosser Gebärde und geringerem geistigen Fundus in die Welt schleuderte: „Revolution in der Literatur“ zeigt Richtung und Grenzen an.

Bei keinem dieser jungen Stürmer, die anfangs mit dem ganzen Fanatismus des Verkünders ins Gefecht zogen, um nach wenigen Jahren schon als heimkehrende verlorene Söhne in Fried' und Freud aufgenommen zu werden, reichten die neuen Erkenntnisse in so unauslotbare Tiefen des Gefühls hinab wie bei Gerhard Hauptmann. Was bei anderen eine vorübergehende Stimmung, die nicht länger dauerte, als der Gegensatz der Generationen eben zu seinem naturgemässen Ausgleich brauchte, das war bei ihm in der Konstitution seines lichten Wesens unabänderlich bedingt. Aus seinem Werk, in der bunten, oberflächlicher Betrachtung oft widerspruchsvollen Entwicklung dreier Dezennien, tönt, bald leiser, bald lauter, derselbe sonore Ton eines tiefen sozialen Empfindens. Der Naturlaut, den in seinem krausen Märchendrama jener rätselhafte Urriese ausstösst, ist eine Verkündigung der Sonnenfreude über die Welt hin, an alle Menschen gerichtet. Diese Gemeinsamkeit der Freude hat aber die grössere Alleinheit des Leidens zur notwendigen Voraussetzung. Hauptmann hat sich zum Gefäss dieser Gemeinsamkeiten gemacht. Die nervöse Vereinzelung des Aestheten ist seiner Natur ebenso entgegen wie die stolz bewusste des Uebermenschen. Die Anschauung, die Richard Dehmel in den in seiner Knappheit klassischen Doppelvers geprägt hat: „Alles Leid ist Einsamkeit, alles Glück Gemeinsamkeit“ — diese Anschauung ist die Lebensluft, in der Hauptmanns Schöpfung atmet.

* * *

In seiner Kunst ist sich Hauptmann also bewusst, nicht nur einer künstlerischen, literarischen, das heisst in einem höheren Sinn natürlich auch kulturellen Pflicht zu genügen, sondern auch einem sozialen, sittlichen Gebot zu gehorchen. Er folgt nicht allein dem Drang des Künstlers, „sich“ auszusagen — oder doch nicht zuvörderst, oder doch nur: vermittelt. „Seine Neigungen“, äussert er sich einmal, gerade in der Zeit, in der er die furchtbaren Mahnungen seiner „Weber“ in die Gewissen schleudert,

„zögen ihn mehr Sommernachtsträumen entgegen, aber ein harter innerer Druck treibe ihn dazu an, diese Not zum Gegenstand seiner Kunst zu machen.“ Dieser herrische Zwang hat ihn seit jener Frühzeit nicht mehr aus seiner Eisenhand entlassen, da er von unsicheren bildhauerischen Versuchen zu wissenschaftlichen Studien hinüberirrte, da er in der Schönheitsfülle einer Italienreise Klarheit über sich selbst suchte und sich auch hier von dem Jammer verfolgt sah, vor dem er aus der Heimat entflohen war. Damals vermochte er dieses Erlebnis noch nicht zur runden Plastik dramatischer Figuren von sich zu lösen: er musste zu subjektiveren Formen der Aussprache greifen, es entstanden lyrische Tendenzgedichte, die subjektive Epik des Promethidenloses, welche alle der Dichter, wohl eben um dieser Subjektivität willen, wieder vernichtet hat. In jener Zeit peinigte ihn der Gedanke an die Not der Massen, so dass es ihm nicht möglich war, „seine Mahlzeiten ruhig einzunehmen, die oft auch, besonders während der Züricher Studentenzeit, karg genug gewesen seien. In solchen Augenblicken sei schon eine Tasse Kaffee als beschämender Luxus erschienen“. Diese Qual senkte er nun tief in seine neuen dramatischen Dichtungen ein. Die neue naturalistische Methode, in ihrem Bestreben nach präzisester Erfassung des Tatsächlichen, wie er sie bei ihren Erfindern Holz und Schlaf gelernt hatte, war ihm zunächst nur das tauglichste Werkzeug zu ihrer eindringlichsten Objektivierung. Und diese Methode führte von selbst, durch ihre inneren Bedingungen, von der epischen zur dramatischen Darstellung, welche erst vermöge der versinnlichenden Kraft des Schauspielers die restlose Wiedergabe des Tatsächlichen in all seinen Nuancen verbürgt.

In jenen ersten Dramen Hauptmanns liegt die Bewusstheit ihrer Tendenz klar zutage. Weil der Dichter selbst den Zusammenhang alles Menschlichen so lebhaft spürte, glaubte sein Idealismus dieses Gefühl auch im Wesen und Willen der Gesamtheit zu finden. Hier zu wirken und zu wecken, betrachtete er damals als seine erste Aufgabe. Dies führte ihn in die Hütten der Weber und in das Armenhaus der Fieberträume Hanneles. Die Resonanz, die er der tiefsten Erfahrung seines Lebens durch die gewaltige Schallverstärkung der Bühne gab, sollte mahnen und heischen zum Werke sozialer, ausgleichender Gerechtigkeit. Aber nie sind die Grenzen moralischer Wirkung der Kunst, jenseits aller ästhetischen, so deutlich geworden. Die Gäste, die der Dichter gerufen hatte, liessen ihr Kunstinteresse nicht tiefer wirken, als es eben ihr Klasseninteresse erlaubte. So musste der künstlerische Erfolg Hauptmanns, gerade je stärker er war, um so lebhafter ihn in seinem Menschentum enttäuschen. Hatte er nun früher die Not der Besitzlosen mit seiner Dichtung zu fassen gesucht, so richtete sich jetzt die Frage in seiner Seele auf, wie denn der gesellschaftliche Mechanismus, der diese Not fortdauernd gebar, auf den Seelenzustand der herrschenden Schichte wirke, zu deren Nutzen jener Mechanismus seine Arbeit leistete. Der grosse Roman „Emanuel Quint“ gibt gleichsam nebenbei, zusammenfassend, die Antwort auf die Frage. Quint, der Gottsucher, der sein Leben in der Nachahmung Christi hinbringt, ist ganz ausserhalb dieser Gesellschaft erwachsen, die erst am Ende seiner Bahn als ein grosses Rätsel in sein Leben eintritt — ein Rätsel, um dessen Lösung er sich ebenso vergeblich bemüht wie irgendein zivilisationsferner Naturmensch. Aber nicht minder als das Elend der verhungerten Weber, unter denen er aufgewachsen, berührt ihn nun der Jammer der mittleren und oberen Stände. „Die Martern der meisten aber drehten sich um den Erwerb und den Verlust von Geld. Die Sorge darum vergiftete ihnen Tage und Nächte, verdarb und zerrüttete ihnen Jahr um Jahr ihrer Lebenszeit. Quint glaubte zu sehen, wie die gesamte moderne Zivilisation nichts weiter als eine erzwungene Orgie ohne inneren Sinn, verbunden mit einem faden, oberflächlichen Rausch, war, darin sich keiner der Teilnehmer wohlfühlte. . . Er blickte in ein über alle Begriffe bitteres inneres Elend hinein, und es kam ihm vor, als wenn dies das echte Antlitz der Zeit wäre.“ Besonders bewegt ihn die innere Unfreiheit, in der alle diese Menschen befangen sind. „Es musste Emanuel auffallen, welcher Grad von Demut, Furcht, ja Feigheit der Mehrzahl dieser Menschen eigen war, die in ihren Kreisen und in ihrer Oeffentlichkeit meist mit unbeugsamer Härte und mit nicht minderem Hochmut auftraten.“

Sie selber geben sich keiner Täuschung mehr hin. Ihr eigenes Urteil unterscheidet sich nicht von dem dieses Betrachters aus einer anderen Sphäre. „Sie selber meinten,

ihre Welt sei bis obenan von Tücke, Lüge, Heuchelei, Hass und Niedertracht angefüllt. Einer belauere des anderen Schritte und sei, sofern dieser auch nur das geringste Zeichen von Schwäche, etwa durch irgendein offenes Bekenntnis, merken lasse, sofort mörderisch über ihn herzufallen bereit; denn, sagten sie, die moderne Gesellschaft ist auf den rücksichtslosen Kampf der Interessen aller gegen alle gestellt. Wehe dem, der auch nur einen Augenblick feindlich um sich zu blicken und um sich zu schlagen nachlässt.“ An seinen Platz ist jeder gefesselt wie der Sträfling an die Ruderbank. Niemand kann entfliehen. Die ganze Menschheit erscheint Quint als ein Abbild jener Technik, auf die sie so stolz ist. „Sie sei zu einer schwitzenden, ächzenden, fluchenden Bedienungsmannschaft des grossen Molochs Maschine herabgewürdigt, ja sie sei selbst ein Maschinenteil und stünde mit Rad, Achse, Schiene, Kohle und Oel auf gleicher Stufe.“ Ausserdem plagten sich diese Menschen durch mancherlei Laster und wilde Triebe, die keine Kultur veredelt hat. „Es sitzen wie ebensoviele Krebsgeschwüre verdeckt unter buntem Tuch, blanken Knöpfen, Seide, Hermelin und Spangen von Edelstein, Geschlechtssucht, Ehrsucht, Mordsucht, verbunden mit Menschenfurcht, in dem Leibe der Zivilisation.“ In dieser Welt des gemeinen Eigennutzes ertönt Predigt und Lehre des neuen Heilandes wie der grimmigste Spott auf ihre Existenz. „Ihr seid die Tempel Gottes, Tempel, die da wandeln und erfüllt sind von Gottes Geist.“ Aber die inneren Stimmen, die in diesen Tempel zu Betrachtung und Gebet laden, werden überhört vom Geräusch der Dampfpeifen, die zu rücksichtsloser Hast des Erwerbes rufen.

* * *

„Nichts macht den Menschen so klein und verrucht als die Sorge ums tägliche Brot“, lautet eine der letzten Erkenntnisse des Heilandsnarren. Aber es ist nicht nur diese ängstliche Mühe der Geringen, die den einzelnen Schaden nehmen lässt an seiner Seele. Die Jagd nach Lust, nach Betäubung, nach Macht und Herrschaft treibt aus ihm ebenso sein ursprüngliches Menschentum, füllt die Leere mit allerlei Blendwerk, füttert seine Eitelkeit mit hundert Reizen. Doch sein bestes Wesen bleibt hungrig bei solchen Schaugerichten und ebendieser Hunger ist es, der ihn immer weiter verführt auf dem Irrpfad von Schein und Selbstsucht. Das Ich, das den anderen einmal vergessen hat, das ihn nur als Hindernis zwischen sich und seinem Ziel sieht, nur als Mittel zu seinen Zwecken braucht, ist schliesslich allemal betrogen. Der Hoffmann, der seine Jugendideale opfert, auf Schleichwegen und durch eine zweifelhafte Ehe zu Geld und Einfluss sich durchwindet, kommt um seinen ganzen Einsatz von Lebensglück. Das junge Mädchen, das den älteren, reicheren Doktor Scholz heiratet, ohne jedes innere Verständnis und Gefühl, richtet hierdurch sich, den Mann, die Kinder, die sie zur Welt bringt, zugrunde. Es ist bemerkenswert, dass in der Dichtung Hauptmanns diese in ihrer Entwicklung vernichtende Ueberspannung des individuellen, egoistischen Interesses gerade im Verhältnis der Geschlechter zutage tritt. So ist auch die tragische Wendung im Schicksal Henschels durch die rücksichtslose Genussucht und Selbstliebe Hannes bedingt und die schöne Rose Bernd wird in Blutschuld und Verderben gezogen durch die bedenkenlose Brunst der Männer, die sich an sie hängen „wie de Klett'n“.

Am verderblichsten aber wird dieser verzehrende Geist der Ichsucht im sozialen Zusammenhang, den er prinzipiell aufhebt. In dem Fabrikantentypus seines naturalistischen Meisterwerks hat Hauptmann einen solchen Menschenhai auf die Beine gestellt, der, wie der rote Bäcker sagt, „mit zwee-, dreihundert Webern fertich wird, eh' man sich umsieht. Da lässt a ooch noch ni a paar morsche Knochen iebig“. Hier ist die Psychologie des Bourgeois aus jener Frühzeit, da sie sich ungehemmt durch soziale Theorien und Massregeln ausbilden konnte, in monumentaler Weise Gestalt geworden. Aber wie schon in den „Webern“ hat Hauptmann im Ganzen der befreienden Gegenkraft mehr Raum gegeben, wie er uns ja mit dem Blick auf die siegreiche Masse entlässt. „D'r Mensch muss doch a eenziges Mal an Augenblick Luft kriegen.“

Nie ermüdet der Dichter, uns diese Erniedrigten und Beleidigten vorzuführen in der dumpfen Atmosphäre, die auf ihnen lastet. „Ueberall“, heisst es im „Emanuel Quint“, „nicht mit Unrecht, sehen die Armen raubtiermässig verderbliche Mächte lauern

und des Augenblicks warten, wo die Belauerten etwa auch nur vorübergehend Müdigkeit überfiele, wo dann sogleich immer ihr Schreckensschicksal entschieden ist.“ Dieser passive Kampf gegen das Schicksal, mag es sich in solcher Raubtiergestalt unbegriffener sozialer Mächte zeigen oder tiefer aus unbekanntem Seelengründen emportauchen, schliesst seine Fechter in ihrem innersten Wesen ganz vor uns auf. Hauptmann hat so Blicke in seelische Unterwelten getan, die keine Psychologie vor ihm ausgemessen hat.

* * *

In den meisten Dramen Hauptmanns stehen im Mittelgrunde, als Betrachter, als Interpreten, als eigentliche Seelenführer, Figuren, die in die Handlung selbst nur mittelbar eingreifen. Sie haben mit dem Leben schon abgeschlossen, das ihnen keine leichte Schule gewesen ist. Nun schauen sie ohne Wunsch für sich, ohne Leidenschaft und ohne Trieb dem Treiben und Getriebenwerden der anderen zu. Sie sind weise geworden, Träger von jener Weisheit, die ihren Sitz im Herzen, nicht im Kopfe hat. Sie deuten den ethischen Horizont an, unter den der Dichter seine Gestalten und ihre menschlichen Schicksale stellt.

In Hauptmanns Jugenddrama, das noch eine einseitige, abstrakt rationalistische Ethik zum Lebensprinzip des „Sämanns“ machte, fehlt dieser Mittler noch. Aber ins „Friedensfest“, diese Tragödie der Nervenzerrüttung, träufelt heitere Klarheit ihr lindern- des Oel, alle Missverhältnisse werden durch ein tieferes menschliches Erfassen erhellt. Der alte Kramer fühlt sich am Sarge tief in das Leben des Sohnes ein, dessen Sinn ihm immer verschlossen gewesen ist, und entdeckt in allem seinem Wesen Widersprechenden die Einheit einer höheren Harmonie: Auch Arnold hat den Kampf des Künstlers um Schönheit gekämpft, einen Kampf, der gegen das eigene hässliche Ich gerichtet war. Die gealterte Frau des leichtlebigen Direktors Hassenreuter findet in sich die lösende Erklärung für die aus unendlicher Sehnsucht nach Mutterschaft geborene Untat der Maurersfrau. Der hellste Glanz liegt aber auf den beiden Zurückgesetzten und Misshandelten der Hauptmannschen Gretchentragödie. Aus ihnen strahlt der wahre Splendor boni, von dem Augustinus spricht Frau Flamm schöpft aus ihrem Wesen den Unterschied zwischen Lippenchristentum und echter, verstehender Menschenliebe: „Dein Vater, der hat's mit der Mission, mit a Bibelstunden und all solchen Sachen. A spricht: Alle Menschen sein Sinder dahier und a will se alle zu Engeln mach'n. Kann sein, a hat recht, ich versteh's ebens nich. Ich hab ane eenzige Sache gelernt: nehmlisch was ane Mutter is hier uff der Erde und wie die mit Schmerzen gesegnet is.“ Und der armelige Buchbinder Keil hat das grosse Verzeihen, das aus einem leidgeprüften, lauterem Herzen kommt. Er weiss es, dass die unglückliche Liebe stärker ist als die glückliche. Er macht Ernst mit dem Heilandsgebot, das das selbstgerechte Verurteilen des Nächsten so scharf wie kaum eine andere Sünde verdammt. Er ist kein Pharisäer. „Was geht mich de Welt an? Nach der frag' ich nich!“ Nur danach fragt er, ob Leiden die Seele der Geliebten befallen hat, von dem er einen Teil auf seine schwachen Schultern nehmen kann. „Das Mädle — was muss die gelitten han!“

Wie diese Menschen, im Gegensatz zu jenen Ichsüchtigen, nur in der Beziehung auf das Du ihre Existenz finden, so ist die Frage nach dem Leiden am Eingang aller Werke Hauptmanns gestellt. Erst von hier aus werden dem Dichter die Menschen bedeutsam, sie hören auf, für sich zu sein, sie werden zum Gleichnis eines Allgemeinen. Dies ist der Herzpunkt seiner Dramen, von dem aus sie ihr Leben empfangen. Man kann behaupten, dass sie von dieser Höhe und diesem Ende aus nach rückwärts aufgebaut sind. Alle Strahlen treffen dann in diesem einen Fokus zusammen.

„Moralische Urteile sind eigentlich nur Bequemlichkeit“, heisst es in einem späteren, der Oeffentlichkeit lange vorenthaltenen Drama Hauptmanns. Mit der engen Welt, in der solche Faulheit Tugend und Gesetz ist, hat diese Hauptmannsche freilich nur die zeugende Berührung, über die sie sich zu klareren Dimensionen erhebt. In Fiebermärchenträumen sieht sich das arme Hannele ihrer Not entrückt. Ihre ganze dörfliche Welt, alles Elend und alle Schmach, ist noch um sie, aber ihre Vision verwandelt und verklärt. Der Trost, den ihr Bibel und Legende, Volkslied und Märchen spendet,

wird ihr lebendig in hundert Gestalten und so geht sie aus dem Jammer in ein seliges Jenseits ein, das ihrer Schmerzensmühsal durch ihren Glauben versprochen ist.

Wenn „Hannele“ die leidende Unschuld zeigt und was an ihr schuldig geworden ist, so ist in anderen modernen Dramen Hauptmanns, im „Fuhrmann Henschel“, in „Rose Bernd“, in den „Ratten“, ein Schicksal starr und unentrinnbar aufgerichtet, das diese Menschen in Schuld und Qual treibt. Rose ist „von Schlinge zu Schlinge getreten, dass ich gar ni bin mehr zur Besinnung gekomm“. Aus Scham wird sie zur Lügnerin, zur Meineidigen, zur Kindesmörderin. Die John aber wird zur Mörderin aus Sehnsucht nach dem Kinde, bis zum Wahnsinn gesteigert. Henschel wiederum reibt sich in innerlichem Zwist auf, der durch äussere Geschehnisse immer neue Nahrung erhält. Diese drei Schicksalskomplexe, von denen Leiden auf alles Umgebende ausstrahlt, sind in jeder einzelnen Phase ihres Werdens aus einem zu tiefst nachfühlenden Mitleiden gezeugt, das jenen Notschrei urgewaltig hervorbrechen lässt, am Schluss des vierten und fünften Aktes der „Rose Bernd“, in den aufgeregten Reden Henschels, in den hasserfüllten Gebärden der „Mutter“ John gegen die Gebärerin ihres Kindes. Vor ihm stürzt alles zusammen, was Konvention, Moral, Sitte mühselig und langsam aufgebaut haben.

Diese drei Trauerspiele, in denen sich Schwäche, Sehnsucht und Gewalt zu einem wundersamen Dreiklang mischen, bewegen sich innerhalb eines unverändert festen Horizontes. In anderen geschieht die dramatische Entwicklung dadurch, dass in deren Trägern die Tendenz erstarkt, ebendiesen Horizont zu verändern. Gerade in diese Dramen sind subjektive Leiden des Dichters eingeschlossen, zu allgemeinstem Sinn erhöht. Der Gelehrte Johannes Vockerat, der Künstler Meister Heinrich streben aus der Enge ihres Familiendaseins einer neuen freieren Ordnung des Lebens zu, so wie sie durch ihre Wissenschaft, durch ihre Kunst das Weltbild selbst umschaffen. Jener alten Eheform, wie sie in ihrer dumpfsten Art Frau Scholz im „Friedensfest“ charakterisiert: „Ich hab' gewiss immer mei' Bestes getan: ich hab' ihm sein schönes Essen gekocht, er hat seine warmen Strümpfe gehabt“ — Hauptmann hat in seiner Weise, Typen zu variieren, in Frau Kramer eine ähnliche Auffassung und Führung gestaltet — jener bloss auf kleinliche materielle Gemeinsamkeiten aufgebauten Beziehung stellen sie ein von den höchsten geistigen Interessen erfülltes Zusammenleben als Ideal gegenüber. Mit aller ihrer Kraft wollen sie es ins Leben zwingen. Aber die Konvention ist stärker als sie, stärker deshalb, weil sie sich auch in ihrem eigenen Innern wider das Ideal bewaffnet. Und dieser innere Kampf ist es, der sie vernichtet, mehr als alle äussere Anfechtung. Dass sie Leiden schaffen müssen, wo sie liebten und lieben wollen, nimmt ihrem Heldentum die Sieghaftigkeit. Sie sind weich und verwundbar, wo sie um ihres Zieles willen, wo sie für Werk und Tat in Stahl gekleidet sein sollten. So sehen sie das gelobte Land nur vor sich fern, ohne Hoffnung, es zu erreichen. Ihren Schritt hemmt das grosse Mitleid, das sie jedes zerstörte Leben als eine versunkene Welt der Schönheit und Harmonie betrauern lässt. Aber ebendieses Mitleid bewirkt in ihnen die Selbstzerstörung. Mit der vollen Intensität dieses Gefühls hat der Dichter seine halben Helden gestaltet, die verlorene Posten sind im Kampf um neue Reiche.

Wie nun das Mitleid jenes Grundgefühl ist, das des Dichters Verhältnis zu allen Problemen des Lebens färbt, hat es auch versunkene Vergangenheiten seinem Verständnis neu durchleuchtet. So wird ihm die alte, naiv simple Erzählung vom aussätzigen Fürsten zum Gefäss eines grandiosen Seelenkampfes. So wird der schier unbegreifliche Konflikt der altitalienischen Novelle von Griseldis, den auch Halms bekanntes Drama nur geistreich pointiert, nicht erklärt hatte, auf ein psychisches Rätsel lösend zurückgeführt. So erfährt jäh aufflackernde Erotik des Gealterten wundersam tiefes Verstehen in der Dramatisierung jener dumpfen Sage von der Gründung Aachens. Der „arme Heinrich“ will seinen tiefen Sturz nicht noch durch die schnöde Betrachtung solcher Niedrigkeit vertiefen. Sein Leben ist abgeschlossen — er ist entschieden, es zu beendigen. Aber der Lebensdrang seiner Jugend ist stärker als dieser verneinende Wille. Er will sich retten und sei es um den Preis eines fremden Lebens. Doch der Anblick dieser Opferwilligkeit weckt sein besseres Selbst wieder in ihm auf, aus der ungeheuersten seelischen Erschütterung erblüht ihm die neue Erkenntnis des Mitleidens und hierin wird fortan sein neues Leben begründet sein. . . Der Konflikt in „Griselda“

wird erklärt durch das Uebermass des Gefühls zweier Urnaturen, deren gewaltsamen Entladungen die kleine Gewöhnlichkeit mit unbegreifendem Staunen zusieht. Nur der Dichter, aus jener Kraft schöpfend, die ihn allem Leiden in Verwandtschaft nahebringt, erkennt ihre Qual, nimmt ihnen die Klage von den gepressten Lippen. . . Und in „Kaiser Karls Geisel“ bekundet sich die Sehnsucht des alten Mannes nach Leben, nach Kraft und Jugend, nach Blüte des Leibes und der Seele.

„Ich spüre nur, dass in mir etwas ist,
Was mich, von unten auf, durch tausend Röhren
Wie einen kahlen Baum mit Saft erfüllt. . .“

sagt der grosse Kaiser. In Gersuind aber, dem Opfer seiner pflegenden Sorgfalt und Liebe nicht minder als ihrer Lüste, hat Hauptmann jenen Typus junger Weiblichkeit gebildet, der durch die meisten seiner Dichtungen wandelt. Hannele, Ottegebe und Ruth Heidebrand, Pippa und Rautendelein, Gersuind und Ingigerd reichen sich schwesterlich die Hand. Auch in ihnen ist Ueberschwang, der sich in Opfer und Hingabe lösen will, bei den einen zu spiritualistischer Inbrunst verklärt, bei den anderen zu schwelender Brunst getrübt. Aber Weh stöhnt aus ihnen allen. Wie ein Epilog zu diesem Reigen sind die Worte Karls:

„Auf uns liegt noch der sonderbare Fluch
Gottes, der Eva wegen, unserer Ahnfrau,
Die immer noch zuweilen uns besucht,
Damit die Pein nicht sterbe unseres Daseins,
Mit frischen Aepfeln und mit neuer Schuld.“

So tönt jedem Notschrei aus dem Werke Hauptmanns ein getreues Echo. Was aber in der Welt der Erscheinungen verworren und unverstanden bleibt, das klärt und läutert sich in der Glut brennenden Rechts, das ihm, gleich seinem Geyer, durchs Herz fliesst. Sein „Narr in Christo“ trachtet nach Erlösung durch seinen heiligen Wandel. Aber wie der Magnet Stahlspäne anzieht, kommt alles Leid zu ihm, klammert sich an ihn, seine Bahn immer mehr ins Allgemeine lenkend. Dies ist ein Gleichnis auch für das Wesen des Dichters. Er hat das Wunder der Wandlung, wodurch er das Leid anderer auf sich nahm und in sein eigenes wandelte, stets geübt. Es ist sein Teil, unbekümmert um den Philister und seine matten und platten Gefühle, in dieser heilig grossen Empfindung zu glühen, bis er sich — einst — verzehrt.

Bücherschau

Slowenische Parteiliteratur

„Socialni problemi.“ Spisal Abditus. 1912. 234 Seiten. Verlag L. Schwendner, Laibach.

Drei interessante Bücher über den Sozialismus sind im Laufe der letzten zwei Jahre in slowenischer Sprache erschienen. Das erste Buch hat ein fanatischer Klerikaler — der Theologe Ušeničnik — unter dem Namen „Soziologie“ verfasst; das zweite hat ein junger Jurist, Vladimir Knaflič, Theoretiker und nationaler Enthusiast, geschrieben und „Sozialismus“ betitelt; das dritte hat zum Autor einen Parteigenossen, der als junger Handwerksbursche vor 15 Jahren in die Partei gekommen ist und die ersten fünf bis sechs Jahre sehr tüchtig als Journalist, Redner und Agitator gewirkt hat. „Abditus“ heisst der Mann seit 15 Jahren und sein Buch trägt den Titel „Soziale Probleme“.

„Abditus“ ist der eifrigste Mitarbeiter der sozialen Revue „Naši Zapiski“. Im Jahre 1903 hat er bereits ein Buch unter dem Namen „Gemeindesozialismus“ verfasst, das viel gelesen worden ist. Im Jahre 1908 ist sein zweites Buch: „Die Reformation und die sozialen Kämpfe der

slowenischen Bauern“ erschienen, das einen bemerkenswerten Fortschritt des Autors gezeigt hat. „Abditus“ ist von Beruf Handwerker, hat aber krankheitshalber seinen Beruf verlassen müssen und ist nun bereits ein Jahrzehnt k. k. Kanzleibeamter. Diese Wendung in seinem Leben ist für ihn von grossem Nutzen geworden, da er sich mehr dem Studium des Sozialismus widmen konnte. Die Partei hat zwar an ihm einen rührigen Agitator verloren, aber dafür hat er uns als Frucht seines stillen Studiums die „Sozialen Probleme“ geschenkt.

In zwei Abschnitte hat er das Buch geteilt. Im ersten spricht er über Kultur und Sozialismus, im zweiten löst er eigentliche — „Probleme“. Zuerst beschäftigt sich der Autor mit den slowenischen Kulturströmungen und mit der slowenischen sozialen Wiedergeburt, dann kommt er zur ideellen Richtung des modernen Sozialismus, zu Marx und zum Marxismus und zum „Sozialismus des Einzelnen“.

„Sozialismus des Einzelnen“! Acht kernige Kapitel, die im Refrain enden: der geistig starke und gefühlvolle Mensch tritt in den Sozialismus ein. Die Essays „Kampf gegen die Maschinen“,

„Was ist denn eigentlich mit dem Sozialismus?“, „Ueber den Kulturkampf“ bilden den ersten Abschnitt des Buches. Der Autor fragt: „Kann uns der Sozialismus nützen? Können wir ihn brauchen?“ Die Antwort heisst: Wir Slowenen sind eine proletarische Nation. Unsere Eigentums- und Kulturverhältnisse sind viel mehr proletarisch als kapitalistisch. Die soziale Eintracht und Solidarität sind dringende Postulate unseres jetzigen und zukünftigen Lebens. Nicht nur, dass die slowenischen Bauern — dieser Grundstein unseres bisherigen nationalen Lebens — am kapitalistischen Ackerbau, diesem Sprössling des echten Liberalismus, viel gelitten haben, sondern die heutige wirtschaftliche und kulturelle Struktur produziert eine immer grössere Armee von Tagelöhnern und gibt sie dem allgemeinen Arbeitsmarkt ohne sozialen Schutz preis, wo sie in den schwierigsten kapitalistischen Produktionszweigen zugrunde gehen. Immer grösser wird die Armee derjenigen, die nichts zu verlieren haben, aber alles gewinnen können! Ebendeswegen werden wir dem Sozialismus nicht aus dem Wege gehen können; denn nur mit seinem positiven Gedanken wird es möglich sein, unsere national-soziale Krise zu überwinden, welche in unserem allgemeinen wirtschaftlichen und kulturellen Leben immer lauter schreit. Das slowenische Nationalprogramm muss daher wesentlich sozialistisch sein, weil es nichts anderes ist und nichts anderes sein kann als ein Programm, ein wirtschaftliches und kulturelles Programm des slowenischen Arbeitervolkes.

Die „Probleme“ behandeln: 1. Gedanken über die Politik, 2. die politische Niederlage der Sozialdemokratie, 3. den Sozialismus der Jugend, 4. den Weg in der Einöde, 5. den Streit über die Weiber, 6. die Vagabunden und Nichtsteuer, 7. ein Fragment über die Religiosität.

Das Werk des Genossen Abditus ist ein gutes Buch. Ein sozialdemokratisches Buch! Die südslawische Sozialdemokratie hat es geboren. Unsere Vorkämpfer — einfache Arbeiter, Handwerker — haben schwere Tage gehabt; es war eine Heldentat, in slowenischen Ländern den Sozialismus zu predigen. Doch: ihre Arbeiten sind mit Erfolg gekrönt worden. Sie haben junge Seelen geweckt, die in ihren Intentionen weiterschreiten. Die längst im Grabe ruhenden Genossen — der alte Schneider Železnikar, der allbekannte Drofenik, der Gerbergehilfe Hitejc und andere — würden vor Stolz weinen, wenn sie das vortreffliche Buch des Abditus lesen könnten, denn damals hat ja niemand geahnt, dass auch die Slowenen so weit kommen werden.

Das Buch des Genossen Abditus überragt sowohl das des Dr. Ušeničnik als auch das des Knaflič — aus jeder Zeile, aus jedem Gedanken spricht der Sozialist! A. Kristan (Laibach).

Romane

Ein Lassalle-Roman. Dass die Roman- dichtung den Anreiz spürt, Leben und Persönlichkeit Lassalles zu durchfühlen und nachzuschildern, ist nicht weiter wunderbar. Der Stoff steckt voll Pointen, mischt in starken Quanten Grösse, Allzumenschliches und Tragik, und weil der bedeutende, seit zwei Menschenaltern volksbekannte Name längst zum Stichwort der Sen-

sationen gemacht worden ist, sichert er das Interesse einer grossen Lesermasse. Literarisch ernsthafte Romane, auch Dramatisierungen des Stoffes wurden versucht, und natürlich hat's auch an hundertheftigen Produkten der Schundkolportage nicht gefehlt. Der erste wohl, den die Gestalt Lassalles zum Nachschaffen anregte, war Spielhagen. Er schuf aus dem zeitgenössischen Erleben der Persönlichkeit Lassalles und der Anfänge der deutschen Sozialdemokratie heraus. Mit dem Gefühl und Intellekt einer Generation, die in einer Zeit erhöhter, geschichtlicher Spannungen ein starkes Verhältnis zu aktiven Persönlichkeiten verspürte. Das werden alle Zeiten gesunde Blutganges haben, wenigstens ihre aufsteigenden Schichten und Klassen; deshalb bleibt die Gestalt Lassalles aktuell, ganz abgesehen von der historischen Bedeutung ihrer Lebensleistung. Deshalb aber wagen sich auch Köpfe an die schriftstellerische Betätigung des Lassalle-Themas, denen zu dessen historischer Seite die enge Fühlung fehlt. Vielleicht sogar Leute, die der sozialdemokratische Agitator ärgert. Wir werden noch mancherlei Lassalle-Dichterei über uns ergehen lassen müssen.

Auch der Lassalle-Roman, den unlängst Alfred Schirokauer im Berliner Verlag von Richard Bong erscheinen liess — „Lassalle. Ein Leben für Freiheit und Liebe“, lautet der plakative Titel — auch dieses Opus gehört zu denen, über die man nur geringschätzig sprechen kann. Ganz geringschätzig sogar. Es ist kein Zufall, dass das Buch sich hinten und vorn und in der bildnisschwangeren Mitte marktschreierisch einführt, vorn mit den Kinoreizmitteln grossstädtischer Strassennachtreklame und hinten mit einer tuerischen Aufzählung durchstudierter Lassalle-Literatur und angekuppelten Bemerkungen, die dem Leser beibringen sollen, der Inhalt des Romans zeichne nach dem Leben, spiegle bare Wirklichkeit. Der Autor dürfte gewusst haben, dass er mit solchen Manövern schwerlich die Schicht der ernsthafter veranlagten Leser einkreisen kann. Aber er macht immerhin den Versuch, ihren Wünschen nach geschichtlicher Belehrung einen Köder hinzulegen. Für diese Opfer sind die vielen geschichtlich bemerkenswerten Bilder und Bildnisse namhafter Personen bestimmt, die in das Buch gepackt sind. Am meisten sorgt der Autor aber für die Schicht der vielen, auf die der Name Lassalle wie eine stark gewürzte Speise wirkt: die Erben des Rinaldini-Geschmacks. All diesen schutzlos törichten Lesern wird der Roman sehr falsche Vorstellungen von dem Helden und anderen grossen Leuten, die sein Leben berührten, geben. Es fehlt dem Autor jede Fähigkeit, bedeutende menschliche Kraft zu versinnlichen. Er scheint zu meinen, wenn Kleines und Schwaches tüchtig herausgereckt werde, so wirke es als Grösse. In dieser Weise nämlich fruktifiziert er die Nebenzüge in Lassalles Charakter. Er speist seine Leser mit gespreizter Hülle und dicken Schalen und vergisst das feine Korn in der Frucht. Er verherrlicht die bekannten Schwächen Lassalles geradezu und packt seine Bogen und Kapitel voll mit erotisch pointierten Szenen, hintertreppenhaft ausgesponnenen Liebessensationen, Fiebersprüngen ruhsüchtiger Eitelkeit und kurz gesagt, lächerlichen, psychologisch impotenten Verarbeitungen wichtiger, geschichtlich-tatsäch-

licher Augenblicke und Begegnungen im Leben Lassalles.

Wer der Gestalt Lassalles dichterisch nahekommen will, der braucht ein intimes Verhältnis zur Geistesgeschichte und Geschichte der politischen Bewegung der Volksmassen Berlins, Preussens und Deutschlands von den Vierzigerbis herauf zu den Sechzigerjahren. Er muss von alledem viel mehr als bloss die Daten und Aktenstücke kennen. Man muss von ihm die Verlebendigung der kreissenden Gewalten der Geschichte im Verhalten von Individuen und Massen erwarten. Wer das nicht geben kann, klopft der Geschichte das Fleisch zwischen den Adern weg und kann zum Geschichtsfälscher werden, mag er die Akten noch so genau wörtlich ausschreiben. So muss man auch von dem Buche Schirokauer sagen, es verflache und verzerrt das geschichtliche Material, womit es baut. Es ist ein Schädling und verdient nicht, dass ihm Geld oder gar Zeit geopfert wird.

Fr. D.

Alkoholfrage

Die Alkoholgefahr, ihre Ursache und ihre Bekämpfung. Nebst: Die alkoholischen Getränke und ihre Besteuerung. Von Emanuel Wurm. Hamburg 1912. 168 Seiten. Preis broschiert 60 Pfennig.

Wurm, der bereits auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Essen im Jahre 1907 das Referat über die Alkoholfrage erstattete, hat sich der dankenswerten Aufgabe unterzogen, diese die ganze Kulturmenschheit bewegende Frage vom Standpunkt des Sozialdemokraten übersichtlich darzustellen. Auch der Hamburger Parteiorganisation, in deren Auftrag das schmuck ausgestattete, erstaunlich billige Büchlein erschienen ist, gebührt der Dank aller Parteigenossen.

Wurm behandelt zunächst sehr glücklich die Arten der alkoholischen Getränke, deren Verbreitung und Besteuerung. Durch die Schilderung des „historischen Berufes“ des Schnapses, die Taschen der preussischen Junker zu füllen — insbesondere durch den Abdruck eines ausserordentlich interessanten, früher als Broschüre stark verbreiteten Artikels Friedrich Engels' aus dem „Volksstaat“ (1876) über den „preussischen Schnaps im Deutschen Reichstag“ — sowie durch die ausführliche Darstellung der Branntweinsteuer mit ihren „Liebesgaben“ und deren Wandlungen, des erfolgreichen Schnapsboykotts der deutschen Genossen und der Machenschaften des Alkoholkapitals werden wir sofort mitten hineingeführt in das eigentliche Problem der modernen Alkoholbekämpfung: in den Widerstreit der Volkskraft und Volksgesundheit mit dem Profitinteresse der mit allen reaktionären Gewalten des Staates versippten Alkoholmächte.

So vorbereitet findet die sehr anschauliche Darstellung der Einwirkung des Alkohols auf den Organismus des Menschen unsere erhöhte Aufmerksamkeit. Der Autor schildert dann in einem auch für die Abstinenten besonders beachtenswerten Abschnitt die sozialen Ursachen des Alkoholismus. Hier werden — unseres Wissens zum erstenmal systematisch — die ursächlichen Zusammenhänge zwischen Alko-

holismus und Nahrungsmangel, Wohnungsnot, Staub- und Hitzeentwicklung bei der Arbeit, überlanger Arbeitszeit, Mangel an Erfrischungsgetränken im Bau- und Verkehrswesen, Trinkzwang in der Gastwirtschaft, Trucksystem im Kantinenwesen u. s. w. mit sehr lehrreichen Belegen aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten dargelegt. Freilich schreibt Wurm den gewiss überaus wichtigen, von den bürgerlichen Alkoholgegnern oft ganz ignorierten sozialen Ursachen, die zum Alkoholismus führen, eine zu grosse Bedeutung zu. Die von ihm ausschliesslich verlangte Aenderung der sozialen Verhältnisse allein kann aber den Alkoholismus, der ja auch bei den wirtschaftlich besser gestellten Arbeiterschichten (Schriftsetzer etc.) und dem Bürgertum nicht Halt macht, nicht aus der Welt schaffen. Das Kapitel über die „soziale Wirkung des Alkoholmissbrauchs“ ist leider zu kurz und lückenhaft geraten. Hier hätten wir gerne wenigstens die wichtigsten allgemeinen Daten gesehen, die das Gesamtbild der fürchterlichen Verwüstungen veranschaulichen, die der Alkohol im Volkskörper verursacht. Sehr lesenswert ist der Schlussabschnitt, der von der Bekämpfung der Alkoholgefahr handelt. Hier werden die deutschen Alkoholgegnervereine, die Aufgaben des Staates und der Gemeinde, die Antialkoholgesetzgebung, Gasthausreform, Trinkerfürsorge und die Stellung der Sozialdemokratie in den einzelnen Ländern geschildert.

Eine Fülle des wichtigsten und neuesten Materials ist in dem Buch in reizvoller, oft mustergültiger Weise zusammengefasst. Wir können das Buch als Einführungslektüre für die Alkoholfrage allen Parteigenossen aufs wärmste empfehlen. Wer die Tatsachen über den Alkohol erfahren hat, wird aber als Sozialdemokrat dadurch gezwungen, sich über sein praktisches Verhalten zum Alkohol Rechenschaft zu geben. Genosse Wurm verlangt unbedingte und völlige Abstinenz für Kinder und Jugendliche. Ueber Mässigkeit oder Abstinenz müsse sich der Erwachsene im einzelnen Fall selbst entscheiden. Wurm vermag eine „Mässigkeitgrenze“, bis zu welcher der Alkoholgenuss unschädlich ist, weder für alle Personen noch für dieselbe Person für alle Zeiten anzugeben. Diese prinzipielle Erörterung lässt Wurm der Darstellung der Einwirkung des Alkohols auf den Einzelorganismus folgen. Dieser Standpunkt lässt sich nur medizinisch rechtfertigen. Will man die sozialen Verheerungen des Alkoholismus bekämpfen, so bleibt dieser Standpunkt, den die Mässigkeitsvereine schon vor 60 und 80 Jahren eingenommen haben, völlig wirkungslos, wie die Geschichte eben der Mässigkeitsbewegung lehrt. Der Sozialdemokrat, der dieses Büchlein aufmerksam zu Ende liest, wird sich die Frage vorlegen, was unsere finnischen, schwedischen, norwegischen und holländischen Genossen wohl veranlasst haben mag, das Alkoholverbot (durch Staat oder Gemeinde) in ihr Parteiprogramm aufzunehmen; er wird die Antwort selbst finden, wenn er erfährt, dass in diesen Ländern eine mächtige Volksbewegung gegen den Alkohol durch die langjährige Abstinenzpropaganda ausgelöst wurde. S. P.